Die Entwicklung der Industrie- und Bevölkerungsagglomeration Basel 1945—1961

Grundlagenstudie für eine Regionalplanung

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

Peter Dufner
von Basel

1963

1964
Buchdruckerei VSK Basel

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546005_0015

Die Entwicklung der Industrie- und Bevölkerungsagglomeration Basel 1945–1961

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK
LEIDEN

Die Entwicklung der Industrie- und Bevölkerungsagglomeration Basel 1945—1961

Grundlagenstudie für eine Regionalplanung

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

Peter Dufner
von Basel

1964
Buchdruckerei VSK Basel

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. G. Bombach.

Basel, den 27. März 1963

Prof. Dr. Rudolf Stamm
Dekan

Erscheint gleichzeitig als Nr. 79
der «Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt».

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1

Das Problem der Industrie- und Bevölkerungsballungen in gesamtschweizerischer Sicht 3

Regionale industrielle Ungleichgewichte 3
Erscheinungsformen der industriellen Zentralisation 5
Agglomerierende und deglomerierende Standortfaktoren 6
Die Wirksamkeit agglomerierender und dezentralisierender Faktoren auf die Industrie- und Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 8

Abgrenzung des räumlichen Einzugsbereiches der Agglomeration . 15

Kriterien der Abgrenzung 15
Die Stadtregionen als sozio-ökonomische Agglomerationsräume . 17
Die Abgrenzungskriterien in schweizerischer Sicht 19

Räumliche Abgrenzung der Agglomeration in Basel 22

Die Agglomeration Basel im Lichte der schweizerischen Abgrenzungskriterien 22
Die Region Basel als sozio-ökonomischer Agglomerationsraum . . 24
Industrieregion und Bevölkerungsagglomeration 26
Abgrenzung der Industrieregion 26
Bestimmung der Bevölkerungsagglomeration 29

Industrieregion und Bevölkerungsagglomeration in ihrer Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg 35

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung 35
Der Einfluß der Agglomerationsfaktoren auf das Bevölkerungswachstum 35
Die Entwicklung der Wohnbevölkerung seit 1945 40

Industrielles Wachstum und Strukturverschiebungen in der Region Basel seit dem Zweiten Weltkrieg 44
Bestimmungsgrößen des regionalen industriellen Wachstums 44
Die industrielle Entwicklung der Randgebiete 47

Faktoren des industriellen Wachstums in Stadt und Region Basel . . . 51
Das Wachstum einzelner Industriezweige in Basel-Stadt und im industriellen Ergänzungsgebiet 57
Faktoren der räumlichen industriellen Expansion 69

Die Faktoren der intraregionalen Standortwahl in heutiger Sicht . . 78

Die Landesgrenze als spezieller Faktor 78
Die Arbeitsorientierung 81
Die Trennung von Wohn- und Arbeitsort 81
Die Pendelwanderung in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland seit 1950 84
Die Nebenwohngebiete der Industrieregion Basel 87
Lohnkostendifferenzen als Standortfaktoren 90
Verkehrslage und Verkehrsverhältnisse 92
Andere Faktoren 95

Schlußfolgerungen und Ausblick 97

Das Industriegebiet von Stein 97
Bisherige Planung in der Region Basel 99
Hauptergebnisse und zukünftige Entwicklungstendenzen 100

Literaturverzeichnis 107

Einleitung

Die vielschichtigen Probleme, die den staatlichen, regionalen und kommunalen Behörden heute aus der Tatsache des Bestehens größerer Industrie- und Bevölkerungsagglomerationen erwachsen, rufen angesichts der ständigen Zunahme dieser Konzentrationstendenz immer dringlicher nach vorausschauenden Planungsmaßnahmen. Neben der Bewältigung der rasch anschwellenden Verkehrsströme ist die Notwendigkeit einer wirksamen Lenkung der räumlichen industriellen Expansion, einer sinnvollen Nutzung des knappen Bodens und einer Auflockerung der ineinandergewachsenen Industrie- und Wohngebiete ein Hauptanliegen jeglicher Regionalplanung. Bevor aber geplant werden kann, ist eine äußerst gründliche Analyse der ökonomischen und demographischen Vergangenheitsentwicklung unerläßlich. Sie erst gestattet es, sich konkrete Vorstellungen über die langfristige Weiterentwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft zu machen. Erst hieraus ergeben sich die kommenden Anforderungen und Bedürfnisse und damit die der praktischen Planung zugrunde zu legenden allgemeinen Richtlinien. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die künftige Entwicklung in allgemein akzeptierbare Bahnen zu lenken, optimale Entfaltungsmöglichkeiten zu gewährleisten und unerwünschten Tendenzen rechtzeitig zu begegnen.

Die Planung steht im gesamten Einzugsbereich der Stadt Basel heute noch auf sehr schwachen Füßen. Aber auch die für eine Planung notwendigen Grundlagenuntersuchungen sind bis jetzt nur zu einem kleinen Teil durchgeführt worden. Mit der vorliegenden Arbeit soll deshalb versucht werden, einen Beitrag zur Erweiterung des Kreises dieses für eine wirksame Regionalplanung unerläßlichen Grundlagenmaterials zu leisten. Das Hauptgewicht liegt dabei auf der Frage, nach welchen Kriterien sich die räumliche Expansion der Industrie in der Region Basel bei einem Fehlen jeglicher planerischer Maßnahmen seit dem Jahre 1945 vollzogen hat. Die einzelwirtschaftlichen Standortentscheidungen sollen dabei auf dem Wege einer volkswirtschaftlich-statistischen Analyse rekonstruiert werden. Wenn sich die Arbeit allein auf die Untersuchung der Industrie- und – in einem viel geringeren Maße – der Bevölkerungsentwicklung beschränkt und dabei die gerade für Basel so wichtigen Handels- und Dienstleistungsbetriebe völlig außer acht gelassen werden, so hat dies verschiedene Gründe. Einmal hätte eine ebenso detail-

lierte Untersuchung des tertiären Sektors, wie sie für die Industrie vorgenommen wurde, den Rahmen der vorliegenden Arbeit erheblich gesprengt. Die Überlegungen, die bei der industriellen Standortwahl angestellt werden, lassen sich zudem relativ einfach auf einen beschränkten Katalog von der ökonomischen Theorie längst bekannten Standortfaktoren reduzieren, die Beweggründe, welche über die Standortwahl von Dienstleistungsbetrieben entscheiden, sind dagegen zum überwiegenden Teil irrationaler Natur und lassen sich deshalb kaum in ein allgemein gültiges Schema fassen. Im weiteren liefert die alljährlich durchgeführte Fabrikzählung für die Industriebetriebe eine kontinuierliche Reihe von Vergleichswerten. Die für eine detaillierte Analyse unerläßlichen statistischen Reihen über die Handels- und Dienstleistungsbetriebe fehlen dagegen vollständig, da diese nur bei den eidgenössischen Betriebszählungen alle 10 Jahre erfaßt werden. Wenn sich also in dieser Arbeit das Interesse ausschließlich der Frage der industriellen Expansion zuwendet, so ist dabei zu beachten, daß damit zwar ein sehr wichtiges, wahrscheinlich das entscheidende Element der räumlichen Expansion der Agglomeration Basel[1] erfaßt wird, daß daneben aber noch eine ganze Anzahl von ebenfalls wichtigen Faktoren unbehandelt bleiben.

[1] Die endgültige Abgrenzung des als «Agglomeration Basel» anzusprechenden Gebietes wird nach Prüfung verschiedener Möglichkeiten nach einem speziell aufgestellten, auf die spezifisch baslerischen Verhältnisse zugeschnittenen Katalog von Zurechnungskriterien erfolgen. Zum besseren Verständnis der verschiedenen untersuchten Abgrenzungsmöglichkeiten und der geographischen Ausdehnung der mittels des endgültig verwendeten Schemas ausgeschiedenen Subregionen sei auf die Abbildungen 1 und 2 auf Seite 32 ff. verwiesen.

Das Problem der Industrie- und Bevölkerungsballungen in gesamtschweizerischer Sicht

Regionale industrielle Ungleichgewichte

Das Problem der ungleichmäßigen Verteilung der industriellen Produktion auf verschiedene Regionen und die seit dem Übergang zur industriellen Produktionsweise feststellbare Tendenz zur Bildung von Schwerpunkten innerhalb der nationalen Volkswirtschaft bieten immer wieder Anlaß zu wissenschaftlichen Untersuchungen und politischen Diskussionen. Auch in der Schweiz, wo von industriellen Ballungen im Sinne ausländischer Beispiele, etwa des Ruhrgebietes, kaum je gesprochen werden konnte, werden die Fragen nach den Kriterien der Industrieverteilung angesichts der bestehenden Diskrepanzen zwischen den hochindustrialisierten Mittelland- und Jurakantonen und den industriearmen Regionen des Alpengebietes immer wieder von den verschiedensten Richtungen her aufgeworfen.

Unter dem Gesichtswinkel der Raumordnung erhebt sich dabei die Forderung nach einem Ausgleich der regionalen Ungleichgewichte zum primären Postulat. Das Problem der Landflucht, eine gerechte Einkommensverteilung, die wirtschaftliche Not in den Berggebieten oder das ständige Anwachsen der volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft[1] in den Industriezentren sind je nach Gesichtswinkel die hauptsächlichen ins Feld geführten Argumente, welche die Forderung nach Dezentralisation der bestehenden industriellen und kommerziellen Ballungen untermauern sollen. Eine Raumordnung bleibt dann utopisch, wenn sie als Endziel eine totale Beseitigung jeglicher Ballungen und damit eine «gleichmäßige» Verteilung der Industrie auf das ganze Land anstrebt. Wird andererseits nur eine teilweise Auflockerung auf eine Mehrzahl kleinerer Industriezentren ins Auge gefaßt, so muß doch das Bestehen eines «optimalen Ballungspunktes»[2], über welchen hinaus die natürlichen Agglomerationsnachteile die -vorteile überwiegen, vorausgesetzt werden.

Die Entballung der bestehenden Agglomerationen, mit anderen Worten eine Beschränkung der vorhandenen Ballungen auf eine optimale Größe, kann entweder direkt durch eine Aussiedelung von Produktionsbetrieben

[1] Vgl. zu diesem Problemkreis: William Kapp, *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft*, Zürich 1958.

[2] Karl Christian Behrens, *Allgemeine Standortbestimmungslehre*, Köln und Opladen 1961, S. 125.

aus den heutigen Industriezentren oder indirekt durch eine Intensivierung des Wachstums der in den wenig industrialisierten Regionen bereits bestehenden Betriebe und eine verstärkte Ausrichtung der Neugründungen auf diese Gebiete erfolgen. In einem planwirtschaftlichen System wäre ein solches Ziel noch verhältnismäßig leicht zu erreichen, indem einer staatlichen Raumplanungsbehörde die Mittel gegeben sind, die industrielle Expansion direkt in die von ihr gewünschten Bahnen zu lenken. In einem marktwirtschaftlichen System ist jedoch an eine direkte staatliche Einflußnahme kaum zu denken[3].

Hier kann eine Beeinflussung der räumlichen Lagerung der Industriestandorte lediglich auf dem indirekten Weg über eine Verbesserung der Standortfaktoren in den stärker zu industrialisierenden Gebieten und damit eine Erhöhung der Attraktionskraft dieser Orte erfolgen. Die Tatsache, daß in verschiedenen Kantonen der Schweiz dieser Weg intensiv beschritten werden muß, scheint zu zeigen, daß vom einzelbetrieblichen Standpunkt aus in den meisten Fällen ein Überwiegen der Vorteile an einem industriearmen Ort – es gilt dies vor allem für die verkehrsgeographisch ungünstig gelegenen Kantone der Alpenregion – gegenüber den offensichtlichen Ballungsnachteilen erst dann gegeben ist, wenn die Standortbedingungen in den industriearmen Gegenden durch kantonale, kommunale und private Maßnahmen entscheidend verbessert werden. Eine solche aktive Standortpolitik vermag zudem nur sehr kurzfristig, durch eine Einflußnahme auf Faktoren gesellschaftlich-kultureller Art (zum Beispiel Grundrentenvorteile, Steuervorteile, Soziallastenvorteile), eine erhöhte Attraktionskraft für einen an sich nicht sehr günstigen Standort zu schaffen. Nach Ablauf einer gewissen Startperiode kann über standortpolitische Maßnahmen kaum mehr auf die Standortbedingungen des einzelnen Unternehmens eingewirkt werden[4].

Das Problem der ungleichen räumlichen Verteilung der industriellen Aktivität und der daraus resultierenden unterschiedlichen Sozialstruktur in den einzelnen Kantonen ist deshalb von einer Lösung weit entfernt, und die Notwendigkeit zu wirtschaftspolitischen Vorkehrungen des Staates wird, nicht

[3] Es fehlen vor allem auch die gesetzlichen Grundlagen zur wirksamen Durchsetzung einer kantonalen und interkantonalen Regionalplanung. Vgl. hierzu die Ausführungen über die gesetzliche Basis für eine Regionalplanung im Kanton Baselland, S. 99 ff.

[4] Zum Problem der Möglichkeiten und Grenzen einer aktiven staatlichen Standortpolitik sei auf die Arbeiten von Dörpmund und Ullrich verwiesen.

Vgl. Heinz Dörpmund, «Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit»; *Raumforschung und Landesplanung*, Bd. 17, Bremen 1950; und Peter Ullrich, «Der Standort der schweizerischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung von Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortpolitik», in: *Staatswissenschaftliche Studien*, Neue Folge, Bd. 8, Bern 1951.

zuletzt infolge des verstärkten Auseinanderfallens von industriellen und landwirtschaftlichen Einkommen, vielfach betont. Wir wollen uns aus diesem Grunde der Frage nach den Erscheinungsformen und Ursachen der Ungleichgewichte in der Industrieverteilung zuwenden.

Erscheinungsformen der industriellen Zentralisation

Der Prozeß der räumlichen Zentralisation der industriellen Produktion vollzieht sich theoretisch auf drei interdependenten Stufen[5]. Ein erstes Stadium der Agglomeration liegt bereits bei Ausweitung eines bestehenden Betriebes vor. Die Zusammenballung mehrerer Produktionseinheiten am nämlichen Standort in der Erkenntnis, daß sich ein Vorteil, das heißt eine Verbilligung der Fabrikation oder des Absatzes, daraus ergibt, daß die industrielle Produktion in einem bestimmten Maße an einem einzigen Platz vereinigt wird, bezeichnen wir als Agglomeration zweiter Stufe. Die Agglomeration dritter Stufe endlich ist dann erreicht, wenn diese Zentralisation nicht nur an einem, sondern an mehreren Standorten der gleichen Region nachgewiesen werden kann.

Keine dieser drei Stufen läßt sich als allgemeine Entwicklungstendenz verfolgen, vielmehr muß ein Versuch, Umfang und Bedeutung abzuschätzen, zwangsläufig nach Industriezweigen gesondert geführt werden[6]. Auch können die einzelnen Stufen nicht bestimmten Zeitperioden zugeordnet werden, da sie in verschiedenen Industriezweigen unterschiedlich auftreten und auch im konkreten Einzelfall zum gleichen Zeitpunkt und am gleichen Ort die erste und die zweite Agglomerationsstufe wirksam sein können.

Die Tendenz zur Agglomeration erster Stufe, das heißt zur internen Betriebsvergrößerung, ist heute ein Merkmal der meisten schweizerischen Hauptindustrien – vor allem der chemischen und Teilen der Maschinenindustrie – und ist zu einem großen Teil konjunkturbedingt. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung dürfte die Notwendigkeit einer äußerst intensiven, mit großem Kapitalaufwand verbundenen Forschung bei der che-

[5] Wir halten uns hier weitgehend an die Gedankengänge von Weber.

Alfred Weber, *Über den Standort der Industrien, 1. Teil, Reine Theorie des Standortes*, S. 121 ff., Tübingen 1909. *Derselbe:* «Industrielle Standortlehre, Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes», in: *Grundriß der Sozialökonomik*, 4. Abteilung, Tübingen 1914.

[6] Lehmann hat den Versuch unternommen, die Wirksamkeit aller drei Agglomerationsstufen in der Schweiz in den einzelnen Industriezweigen zwischen 1895 und 1949 nachzuweisen.

Vgl. Wolfgang Lehmann, *Die Entwicklung der Standorte der schweizerischen Industrien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, Diss., Zürich 1952, S. 130 ff.

mischen Industrie und weitreichender Entwicklungsarbeiten bei der Maschinenindustrie sein, ohne die ein Bestehen im internationalen Konkurrenzkampf kaum mehr möglich ist[7].

Für unsere Betrachtungen von alleinigem Interesse ist die Agglomeration zweiter Stufe, die deshalb in der Folge dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend nur noch als «Agglomeration» oder «Ballung» bezeichnet werden soll. Eine über den einzelnen Industriezweig hinausreichende Betrachtung der Agglomeration dritter Stufe ist ohnehin problematisch, kann doch meist nicht nachgewiesen werden, ob die Tatsache des Vorhandenseins einer Mehrzahl von Produktionseinheiten an verschiedenen Punkten einer Region die Folge von günstigen regionalen Standortfaktoren ist und damit zum Beweis der Existenz der Agglomerationswirkung dritter Stufe herangezogen werden kann, oder ob nicht Dezentralisationserscheinungen eines benachbarten Zentrums dafür verantwortlich gemacht werden müssen.

Einer solchen Deglomerierungstendenz liegen die inversen Gründe der Agglomerationsneigung zugrunde. Eine Verlegung der Fabrikation aus dem Agglomerationskern läßt einen Produktions- oder Absatzvorteil erwarten, der – obwohl in der Theorie immer materiell gefaßt – praktisch vielfach immateriell sein kann.

Als *echte Deglomerierung* ist eine Verlagerung der industriellen Schwergewichte aus den bestehenden Ballungen in bis anhin wenig industrialisierte Gebiete zu bezeichnen. Eine nur *unechte Deglomerierung* hat Verschiebungen aus dem Agglomerationskern in die Randgebiete zur Folge. Im Gegensatz zur echten Dezentralisation, deren Endeffekt in einer tatsächlichen gleichmäßigeren Streuung der industriellen Aktivität über das ganze Land bestehen kann, bewirkt die unechte Deglomerierung nur eine intraregionale Verschiebung der Schwergewichte und hat damit gerade den gegenteiligen Effekt, nämlich ein weiteres Anwachsen der Agglomeration, zur Folge.

Agglomerierende und deglomerierende Standortfaktoren

Wenn auch die Wirksamkeit von generellen, alle Industriezweige in gleichem Maße betreffenden Standortfaktoren nur unter starken Einschränkungen angenommen werden kann, so lassen sich doch einige Fakten aufzählen, die grundsätzlich eine agglomerierende Wirkung ausüben und die damit die Attraktionskraft des städtischen Industriestandortes weitgehend bestimmen.

[7] Vgl. auch die verschiedenen monographischen Darstellungen über die wichtigsten schweizerischen Industriezweige in: *Strukturwandlungen der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für Fritz Marbach*, Bern 1962.

Eine große Attraktionskraft wird einmal bestimmt auf diejenigen Betriebe einwirken, die kraft ihres Produktionsprogrammes auf die Versorgung einer größeren Bevölkerungsmenge ausgerichtet sind. Es bedeutet dies, daß für die Großbetriebe der Nahrungsmittelbranche, mit Ausnahme von Unternehmungen mit Spezialproduktion, ein in der Nähe einer städtischen Region liegender Standort vorteilhafter sein wird, oder umgekehrt, daß in dieser Branche eine ländliche Gegend die Entwicklung zum Großbetrieb weniger gestattet[8]. Analog ist die Stellung von kleineren Zulieferungsindustrien, die vielfach auf den Absatz bei ganz wenigen Großkunden angewiesen sind, sowie des in der Untersuchung ausgeklammerten Handwerkes und Baugewerbes.

Für diese bis anhin erwähnten Beispiele gilt nun aber ein Überwiegen der Agglomerationsvorteile nur deshalb, weil die entsprechenden Betriebe äußerst stark an einer vorhandenen Bevölkerungs- und Industrieballung absatzorientiert sind. Das Hauptgewicht unserer Betrachtungen soll aber auf der Frage liegen, inwieweit einem nicht unmittelbar rohstoff- oder absatzgebundenen Betrieb ballungsbedingte Vorteile erwachsen. In einem bereits bestehenden Agglomerationsraum sind es vor allem Fühlungsvorteile im weitesten Sinn, die für ein Unternehmen Kostenersparnisse erwarten lassen. Durch die breitere und bessere Schul- und Berufsbildung ist eine bessere Deckung des Bedarfes an Facharbeitern und Verwaltungspersonal gewährleistet als in industriearmen Gebieten. Die Grundlagen einer gemeinsamen Forschung sind vorhanden. Die Nähe von Banken und Versicherungen sowie anderer Dienstleistungsbetriebe läßt einen reibungsloseren Ablauf der Verwaltungsgeschäfte erwarten. Die Verkehrswege sind besser ausgebaut, was eine Senkung der Transportkosten und schnellere Lieferungen möglich macht. Die Versorgung mit elektrischer Energie und mit Wasser ist dank einem ausgebauten Verteilernetz gesichert; kostspielige Neuerschließungen fallen deshalb weg. Zudem üben die kulturellen Faktoren, wie Theater, Kino, Schulen usw., eine nicht zu unterschätzende Attraktionskraft vor allem auf führende Arbeitskräfte aus.

Der konträren Erscheinung der Deglomerierung liegen hauptsächlich zwei Motive zugrunde. Die ständig ansteigenden Bodenpreise sowie der generelle Platzmangel stehen der Erweiterung und teils auch der Modernisierung hemmend entgegen. Die Angespanntheit des Arbeitsmarktes läßt der Frage nach noch vorhandenen Arbeitskraftreserven primäre Bedeutung zukommen. Durch eine Verlagerung der Produktion in ein Gebiet mit einem noch weniger ausgeschöpften Angebot an Arbeitskraft und ohne straffe

[8] Diese Abhängigkeit wird allerdings zufolge der längeren Haltbarkeit der Nahrungsmittel (Konserven) ständig schwächer.

Organisation der Arbeitnehmer hofft man teilweise, die Lohnkosten im Vergleich zu einem städtischen Standort senken zu können.

In Zeiten äußerster Angespanntheit des Arbeitsmarktes kann allerdings vom Faktor Arbeitskraft gerade die gegenteilige Wirkung ausgehen, indem in einem stark industrialisierten Raum dank der Vielzahl der Arbeitskräfte und der relativ großen Arbeitsplatzmobilität die Chancen, den notwendigen Bedarf an Arbeitskräften zu decken, eher höher zu bewerten sind.

Die Wirksamkeit agglomerierender und dezentralisierender Faktoren auf die Industrie- und Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

Die schweizerische Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der jüngsten Zeit läßt erkennen, daß die Großstädte von ihrer Agglomerationskraft wenig eingebüßt haben. Eine echte Dezentralisation in wenig industrialisierte Regionen – vor allem des Alpengebietes – erfolgt in sehr bescheidenem Ausmaß, während sich freilich die sogenannte «unechte Deglomerierung» in die Randgebiete industrieller Schwerpunkte in immer stärkerem Maße vollzieht. Die Vermutung liegt nahe, daß generell gesehen für einen Großteil der industriellen Produktionsbetriebe die Attraktionskraft eines Ballungsraumes, oder allgemeiner eines städtischen Standortes, gegenüber den Vorteilen der Niederlassung in einer wenig industrialisierten Gegend überwiegt. Diese Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen, wäre eine betriebswirtschaftliche, für jeden Einzelfall neu zu lösende Aufgabe. Das Resultat aber – die ständig wachsende unechte Deglomerierung der Industrie in die Randgebiete der Agglomerationen, das schwächere Wachstum kleinerer Industriezentren und das weitgehende Stagnieren der ausgesprochen industriearmen Berggebiete – tritt klar zutage und soll von uns in volkswirtschaftlicher Sicht untersucht werden.

Tabelle 1

Zunahme der Wohnbevölkerung nach Regionen 1950–1960

	In Prozent
Ostschweiz[1]	9,2
Zürich	22,6
Nordwestschweiz[2]	20,7
Innerschweiz[3]	13,4
Bern	10,9
Westschweiz[4]	14,3
Tessin	11,7
Ganze Schweiz	15,1

Quelle: *Die Volkswirtschaft*, Heft 9/1961.

[1] GL, SH, AR, AI, SG, TG, GR. [2] SO, BL, BS, AG. [3] LU, UR ,SZ, OW, NW ,ZG. [4] FR, VD ,VS ,NE, GE.

In der unterschiedlichen Verteilung der Bevölkerungszunahme auf die verschiedenen Regionen spiegeln sich deutlich die starken Industriekonzentrationen in den Kantonen Zürich, Solothurn, Baselland und Basel-Stadt wider. Mit 22,6% für Zürich bzw. 20,7% für die Nordwestschweiz stehen diese beiden bevölkerungsreichen Regionen weit über dem gesamtschweizerischen Mittel von 15,1%.

Daß sich die Bevölkerungszunahme weitgehend Hand in Hand mit einer vermehrten Verstädterung vollzog, zeigen die Resultate für die einzelnen Stadtgemeinden[9]. 1960 wurden in der Schweiz bereits 65 Städte gegenüber 42 im Jahre 1950 gezählt, die mit zusammen 42% einen weitaus bedeutenderen Teil der Gesamtbevölkerung umfaßten als 1950 (36,5%).

Tabelle 2

Zunahme der Wohnbevölkerung in den Städten 1950–1960[1]

Bevölkerung 1950	Zunahme in Prozent
100 000 und mehr Einwohner	14,4
50 000–99 999 Einwohner	16,2
20 000–49 999 Einwohner	20,3
10 000–19 999 Einwohner	33,3

Quelle: *Die Volkswirtschaft*, Heft 9/1961.

[1] Eine detaillierte Aufstellung ist zu finden in: «Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz nach den Ergebnissen de eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1960». *Die Volkswirtschaft*, Heft 9/1961.

Die fünf Großstädte weisen zusammen mit 14,4% eine sehr niedrige Rate auf, wobei vor allem die deutschschweizerischen Städte Zürich, Basel und Bern mit 12,9, 12,6 und 11,4% stark unter dem gesamtschweizerischen Wert liegen. Angesichts der starken Zunahme in den Klassen 20000–49999 und vor allem 10000–19999 könnte man deshalb versucht sein, an eine Schwerpunktverlagerung von der Großstadt auf eine Mehrzahl von kleineren Zentren zu glauben und dies naturgemäß auf eine ebensolche industrielle Dezentralisierung zurückführen. Somit würde sich eine weitgehende echte Deglomerierung abzeichnen, die schließlich zu einer gleichmäßigen Industrieverteilung auf viele Klein- und Mittelstädte führen könnte.

Eine solche Hypothese läßt sich aber statistisch nicht erhärten. Von den 48 Städten der untersten Klasse sind nämlich über 35% Vororte von Großstädten. Ihr rapides Wachstum ist weitgehend aus einer Überballung des Agglomerationskernes zu erklären. Nur 6 von den 24 seit 1950 neu in den Rang einer Stadt emporgestiegenen Gemeinden liegen nicht im direkten Ein-

[9] Als Städte gelten nach schweizerischer Zählpraxis alle Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern.

zugsbereich einer Großstadt. Von den 19 Vororten mit über 10000 Einwohnern sind in den letzten 10 Jahren nur 4 um weniger als 44% gewachsen, eine Zahl, die umgekehrt nur durch eine einzige der übrigen Städte der gleichen Kategorie (Sitten) übertroffen worden ist. Mit Köniz ist bereits seit 1950 eine Vorortgemeinde in der zweiten Klasse anzutreffen. Ihr Zuwachs von 31,3% liegt weit über den Werten der übrigen Vertreter der gleichen Kategorie.

Es wird somit deutlich, daß die Großstadt von ihrer Agglomerationskraft nichts eingebüßt hat, daß im Gegenteil immer weitere Gebiete in ihren Bann gezogen werden.

Es bleibt nun nur noch festzustellen, ob der Ballungstendenz an den einzelnen Orten nicht rein monoindustrielle Motive zugrunde liegen, welche die These vom Vorhandensein einer allgemeinen Attraktionskraft der bestehenden Agglomerationen widerlegen würden[10]. Das Dominieren eines einzelnen Industriezweiges in einer Region könnte den Hauptgrund für das starke Anwachsen der Bevölkerung in diesem Gebiet bilden. Gemäß den Resultaten der Untersuchung von LEHMANN[11] war aber im Jahre 1949 eine akute monoindustrielle Gefährdung höchstens für die Uhrengebiete des Kantons Neuenburg nachzuweisen. Da zudem in einem Vergleich mit den Jahren 1895 und 1923 eine starke Abschwächung der monoindustriellen Tendenz im schweizerischen Wirtschaftsgesamt deutlich wird, darf trotz dem relativ starken regionalen Übergewicht einzelner Industriezweige die Agglomerationsneigung in keinem Falle nur auf das Vorhandensein eines einzigen, dominierenden Industriezweiges zurückgeführt werden.

Tabelle 3

Fabrikarbeiter und Fabrikbetriebe nach Gemeinde-Größenklassen 1961

Gemeinden	Betriebe	Arbeiter/Angestellte
Städte mit 50000 und mehr Einwohnern	3430	178945
Agglomerationsgemeinden	1011	52056
Städte mit 20000–49999[1] Einwohnern	680	40213
Städte mit 10000–19999[1] Einwohnern	1420	100969
Übrige Gemeinden[1]	6767	344426
Ganze Schweiz	13308	716609

Quelle: *Die Volkswirtschaft*, Heft 5/1962.

[1] Ohne Agglomerationsgemeinden der Städte über 50000 Einwohner.

[10] LEHMANN spricht von einer monoindustriellen Gefährdung, wenn der Anteil der Arbeitskräfte eines Industriezweiges an der Gesamtzahl der Beschäftigten mehr als 40% beträgt.

Vgl. LEHMANN, a.a.O.

[11] LEHMANN, a.a.O., S.144.

In den vorangegangenen Ausführungen wurde bei der Darstellung der zunehmenden Verstädterung anhand der Bevölkerungszahlen stillschweigend vorausgesetzt, sie sei die Folge einer im gleichen Maße bestehenden industriellen Zentralisationstendenz. Zur Verifizierung dieser Annahme ist eine Untersuchung der industriellen Expansionstendenzen selbst notwendig. Im Jahre 1961 fanden sich rund ein Drittel aller Industriebetriebe in Städten mit über 50000 Einwohnern oder in deren Agglomerationsgemeinden. In ihnen arbeiteten zirka 30% aller dem Fabrikgesetz unterstellten Arbeiter und Angestellten. Unter Hinzurechnung der übrigen Stadtgemeinden steigen diese Anteile auf je etwa die Hälfte des gesamtschweizerischen Totals.

Angesichts des hohen Anteils der nicht zu den Agglomerationsgemeinden zählenden Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern sowohl an der Zahl der Fabrikarbeiter als auch an den Fabrikbetrieben ist eine der Bevölkerungszentralisation entsprechende analoge industrielle Entwicklung vorerst nicht nachzuweisen. Der folgende Entwicklungsvergleich ausgewählter Kantone ergibt jedoch ein aufschlußreicheres Bild:

Tabelle 4

Zunahme der Fabrikarbeiter und Fabrikbetriebe 1945 bis 1961 in Prozent

Kantone	Fabrikbetriebe (1)	Fabrikarbeiter (2)	2:1 (3)
Uri	47,8	23,4	0,49
Schwyz	87,5	75,4	0,86
Obwalden	76,0	46,7	0,61
Nidwalden	131,8	59,4	0,45
Wallis	90,3	48,0	0,53
Schaffhausen	15,6	58,5	3,75
Genf	16,1	51,8	3,22
Basel-Stadt	8,2	52,1	6,35
Baselland	103,7	130,8	1,00

Quelle: Ergebnisse der eidgenössischen Fabrikzählungen September 1945 und September 1961, veröffentlicht in: *Die Volkswirtschaft.*

Im Zeitraum zwischen 1945 und 1961 erfolgte in allen Kantonen eine mehrheitlich gleichmäßige Zunahme der Zahl der Fabrikarbeiter, wobei dieses Wachstum gerade in den industriearmen Alpenkantonen meist über dem schweizerischen Durchschnitt lag. Die Annahme einer in gewissen Grenzen gelungenen weiteren Streuung der Industriebetriebe liegt deshalb nahe. Immerhin birgt ein nur prozentualer Vergleich der Zunahme in den Kantonen angesichts der sehr unterschiedlichen absoluten Zahlen den Keim einer gefährlichen Verzerrung in sich, sobald man daraus gesamtwirtschaftliche Tendenzen ablesen will.

Ein Großteil der in Gemeinden unter 10000 Einwohnern ansäßigen Fabrikunternehmen sind Klein- und Mittelbetriebe, die mit einem gewichtigen Anteil ihrer Produktion auf die Versorgung regionaler Märkte ausgerichtet sind. Zudem ist die Preisstützungspolitik mancher Arbeitgeberverbände sowie die Praxis der möglichst weit unter die Kleinbetriebe gestreuten Auftragserteilungen des Bundes dazu angetan, die Entwicklung von Kleinbetrieben in ländlichen Gegenden zu fördern. Nun ist das Bestehen von kleineren und mittleren Fabrikationsbetrieben in Gemeinden von unter 10000 Einwohnern allerdings gerade in den an sich schon stark industrialisierten Kantonen des Mittellandes nachzuweisen, während, zum Teil infolge ungünstiger Verkehrsverhältnisse, einer echten industriellen Dezentralisation in die Berggebiete keine wesentliche Bedeutung zukommt. Das ausgewiesene industrielle Wachstum in diesen Gebieten wird durch die zunehmende Agglomerationstendenz in den Industrieregionen, vor allem in Form interner Betriebserweiterungen (Agglomeration erster Stufe) unter einem gesamtwirtschaftlichen Gesichtswinkel mehr als aufgewogen. Zum Beweis seien der reine Stadtkanton Basel-Stadt sowie die mehrheitlich städtischen Kantone Schaffhausen und Genf, die beide nicht über ein stark industrialisiertes Hinterland verfügen, herangezogen (vgl. Tabelle 4). In allen drei Fällen stehen für den Zeitraum von 1945 bis 1961 einer relativ bescheidenen Zunahme der Zahl der Fabrikbetriebe ein Mehrfaches erreichende Raten der Zahl der Arbeiter gegenüber. Die Tendenz zur innerbetrieblichen Expansion wird damit deutlich.

In den industriearmen Kantonen der Innerschweiz sowie im Wallis lassen sich dagegen gerade die entgegengesetzten Tendenzen erkennen. Bei einer beträchtlichen Zunahme der Zahl der Fabrikbetriebe weisen die Arbeitskräfte im gleichen Zeitraum ein weit geringeres Wachstum auf. Da die Zahl der Fabrikarbeiter in den bereits 1945 bestehenden und noch heute vorhandenen Fabrikbetrieben kaum zurückgegangen sein dürfte, andererseits angesichts der ständigen Hochkonjunktur auch die Zahl der Betriebseinstellungen, von einigen Ausnahmefällen abgesehen, unbedeutend ist, muß es sich bei den neu hinzugekommenen Betrieben größtenteils um solche mit einem sehr kleinen Arbeiterbestand handeln. Betriebserweiterungen großen Stils in den alteingesessenen Industriebetrieben können umgekehrt nicht vorgenommen worden sein, da solche sich ebenfalls in einem verstärkten Anwachsen der Zahl der Fabrikarbeiter niedergeschlagen hätten. Die Annahme ist deshalb naheliegend, daß es trotz den intensiven Anstrengungen von seiten der industriearmen Kantone zur Verbesserung der Standortfaktoren in ihren Gebieten nicht gelungen ist, in großem Stil bestehende Betriebe zur Aufgabe ihres bisherigen Standortes und zur Verlegung ihrer ganzen Produktion oder Tei-

len davon in industriearme Gebiete zu bewegen. Vielmehr scheint das starke Ansteigen der Zahl der Fabrikbetriebe eine Folge der zahlreichen Neugründungen zu sein, deren Standortwahl maßgebend durch die angebotenen Starterleichterungen[12] beeinflußt wurde und deren vorläufige Existenzmöglichkeit in nicht wenigen Fällen vom weiteren Genuß solcher Privilegien abhängt[13]. Wenn allerdings trotzdem von einer verstärkten Industrialisierung der Berggebiete gesprochen werden kann, so in keinem Falle im Sinne einer gleichzeitigen Auflockerung der bestehenden Industriezentren.

Für die als Beispiele angeführten Bergkantone können die topographischen Gegebenheiten sowie die teilweise schlechte Verkehrslage als prohibitive Gründe gegen eine Industrieansiedelung in Betracht fallen. Eine industrielle Dezentralisation in die verkehrsmäßig günstiger gelegenen Kantone des Mittellandes wäre dagegen durchaus denkbar, ist aber nicht erfolgt, zumindest nicht direkt durch eine Auswanderung aus den Industriezentren.

Ein Blick auf die tatsächlich vorgenommenen Standortverlegungen aus dem Kanton Basel-Stadt zeigt den kleinen Anteil der über die Grenzen der Agglomeration hinaus erfolgten Betriebsverlagerungen. Von 99 Betrieben, die von 1921 bis Mitte 1962 aus dem Kantonsgebiet weggezogen sind, verblieben 81 innerhalb der Agglomerationsgrenzen. Von 18 Betriebsverlegungen nach neuen Standorten außerhalb der Region Basel entfallen 13 auf die Zeit vor 1950[14]. Nicht berücksichtigt sind dabei die teilweise Ausgliederung von einzelnen Produktionsprozessen und die Gründung von Filialbetrieben. Es wird aber in einem späteren Kapitel noch gezeigt werden, daß bei den Teilverlagerungen der Anteil der den Agglomerationsraum verlassenden Betriebe noch geringer ist.

Damit kann, ohne zur Frage der volkswirtschaftlichen Wünschbarkeit einer industriellen Dezentralisierung Stellung zu nehmen, das vorläufige, gänzliche Fehlen jeglicher «echten» bevölkerungsmäßigen und vor allem

[12] In verschiedenen Kantonen sind kantonale, halbstaatliche, kommunale und private Büros und Kommissionen mit einer ausgedehnten Industrieanwerbung beschäftigt. Der Katalog der angebotenen Standortvorteile ist nicht sehr verschiedenartig und umfaßt meist die folgenden Punkte:

- Weitgehende Steuererleichterungen für die Anfangszeit (meist in Form einer auf fünf Jahre befristeten Steuerfreiheit);
- Erschließung von Bauland und Abgabe zu günstigen Bedingungen;
- Hinweise auf noch bestehende Arbeitskraftreservoire;
- Bau von Arbeiterwohnungen;
- Schaffung von Berufsschulen.

[13] Weiter wäre es notwendig, zu untersuchen, ob die neuen Betriebe lediglich der regionalen Versorgung dienen oder ob es gelungen ist – mit oder ohne künstliche Förderung –, «Exportunternehmungen» anzusiedeln.

[14] Vgl. S. 52.

industriellen Auflockerung der bestehenden Ballungsräume festgestellt werden.

Die Industrieregion Basel hat sich in den letzten 15 Jahren stark vergrößert. Es wurden dabei immer weitere Gebiete in ihren direkten Bann gezogen. Die «unechte» Dezentralisation vollzog sich aber trotzdem nur gerade in solch engen Grenzen, wie sie, bedingt durch die verschiedenen Überballungserscheinungen in der Stadt Basel, vor allem durch die Knappheit des Bodens unbedingt erforderlich waren. Diese Tendenz scheint auch für andere Industrieregionen charakteristisch zu sein.

Aus diesem Grunde darf sich diese Arbeit auf die Untersuchung der Merkmale und Beweggründe der intraregionalen, der «unechten» Deglomerierung beschränken und die Frage betreffend die regionalen Standortfaktoren sowie das Problem der gesamtschweizerischen Industrieverteilung weitgehend unberücksichtigt lassen.

Abgrenzung des räumlichen Einzugsbereiches der Agglomeration

Kriterien der Abgrenzung

Nach der Darstellung der starken industriellen Konzentration in den Stadtregionen und der zahlreichen Indizien einer weiteren Verstärkung der Ballungstendenz vor allem in den bestehenden großstädtischen Agglomerationen kommt der Frage der räumlichen Abgrenzung einer Agglomeration zentrale Bedeutung zu. Die ausschließliche Betrachtung eines einzigen Ballungsraumes vermöchte zwar auf Grund einer eingehenden, gemeindeweisen Untersuchung den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit einer jeden einzelnen Gemeinde vom großstädtischen Agglomerationskern weitgehend aufzuzeigen. Es bedarf jedoch eines nach den Verhältnissen verschiedener Stadtregionen gesamthaft etablierten Maßstabes, will man den so erhaltenen Resultaten ihr wahres Gewicht beimessen. Die aus den Einzeluntersuchungen gewonnenen Beobachtungswerte dienen damit sowohl als Vergleichsbasis einer Gegenüberstellung verschiedener Ballungsräume als auch zur Beurteilung des konkreten Einzelfalls. Für diese zweite Aufgabe kann allerdings jeglichen quantitativen Abgrenzungskriterien meist nur wegweisende Bedeutung zukommen. Die einzelnen Bestimmungsgrößen müssen für den Fall einer Einzeluntersuchung den herrschenden Verhältnissen entsprechend variiert werden können.

Hauptaufgabe einer Abgrenzung muß es sein, den gesamten Einflußbereich eines bestehenden Ballungsraumes aufzuzeigen und den so umgrenzten Raum entsprechend der Intensität der von der Kernstadt ausgehenden Agglomerationswirkung in verschiedene Zonen aufzugliedern. Dabei kann von zwei gedanklichen Grundkonzeptionen, einer geometrischen und einer kommunalrechtlichen, ausgegangen werden.

Sowohl die innere Agglomeration (Agglomerationskern) als auch die äußere Agglomeration (Agglomerationsgebiet) werden im ersten Fall einer *geometrischen* Begrenzung durch eine Kreisfläche mit dem Zentrum des Wirtschaftsgebietes als Mittelpunkt umgrenzt[15]. Damit werden aber zum Beispiel bei der vorgegebenen geographisch unregelmäßigen Ausdehnung einer jeden Stadt an einer Stelle Vorortgemeinden zum Agglomerationskern mit hinzugerechnet, an einer anderen Außenquartiere der Stadt nicht berück-

[15] Vgl. Ernst von Hasse, «Die Intensität großstädtischer Menschenanhäufungen», *Allgemeines Statistisches Archiv*, Bd. II, München 1891.

sichtigt. Obgleich das Vorhandensein einer gewissen Interdependenz zwischen der Entfernung einer Außengemeinde vom Zentrum und den auf sie einwirkenden agglomerativen Kräften unter sonst gleichbleibenden Umständen erwiesen ist[16], kann in den meisten Fällen kaum auf eine geometrische Abgrenzung gegriffen werden.

Weit sinnvoller und für eine quantitative Untersuchung wirksamer mit statistischen Angaben belegbar scheint dagegen eine Abgrenzung nach *politisch-rechtlichen* Gesichtspunkten. Sowohl in der Theorie der Raumordnung als auch in der Praxis der Agglomerationsstatistik wird deshalb einer kommunalrechtlichen Begrenzung der Vorzug gegeben, wobei je nach Untersuchungsziel von verschiedenen Beobachtungspunkten ausgegangen werden kann.

Nach Boustedt[17] ergeben sich für die Bereitstellung der methodischen Unterlagen zur Abgrenzung von Stadtregionen generell drei Möglichkeiten:

Die Abgrenzung von sozio-ökonomischen Einheiten

(«Metropolitan Areas» in den USA). Nach dieser Methode werden alle solchen Gebiete im Umland größerer Städte zum Agglomerationsraum gerechnet, deren Einwohner überwiegend nichtlandwirtschaftlichen Berufen nachgehen und von denen der überwiegende oder zumindest ein erheblicher Teil seine Existenzgrundlage in den Arbeitsstätten der Großstadt hat.

Die Abgrenzung von städtebaulichen Einheiten

Als «Conurbations» werden in England größere städtische Raumeinheiten zusammengefaßt, und zwar nicht nur nach der wirtschaftlichen Betätigung der Bevölkerung, sondern auch nach dem unmittelbaren städtebaulichen, verkehrsmäßigen und versorgungsmäßigen Zusammenhang. Hierbei sind in England nur ausgesprochene Großballungsräume in dieser Weise zusammengefaßt worden.

Abgrenzung als demographisch-soziologische Einheiten

Bei der Bestimmung der Agglomerationen in Frankreich wird die wirtschaftliche Struktur der Bevölkerung ganz in den Hintergrund gerückt und vor allem der «Lebensstil der Bevölkerung», das heißt das soziologische Gepräge des Familienlebens und der Gemeinschaft als Kriterium für die Zurechnung von Umlandteilen zur Kernstadt verwendet.

Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der Schweiz wird der Tatsache der wirtschaftlichen Verflechtung im Rahmen sozio-ökonomischer Einheiten das Hauptaugenmerk geschenkt und bei der Auswahl der

[16] Vgl. Walter Stöcklin, *Die Stellung der Basler Vorortgemeinden in der großstädtischen Agglomeration*, Diss., Basel 1928, S. 20.

[17] Olaf Boustedt, «Die Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland», in: *Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung*, Bd. XIV, Raum und Bevölkerung, Bremen 1960, S. 9.

Abgrenzungsmerkmale anderen als ökonomischen Größen kaum großes Gewicht beigemessen. Die städtebaulichen sowie die demographisch-soziologischen Aspekte werden aus diesem Grunde in der Folge außer acht gelassen[18]. Als Bestimmungsmerkmale dienen der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an der Gesamtheit der Erwerbenden einerseits, die Bedeutung der Pendelwanderung sowie deren Zielrichtung andererseits. Zusätzlich wird oft die Bevölkerungsdichte als Hilfsmeßzahl zugezogen.

Auf Grund der empirischen Resultate einer eingehenden Untersuchung im Gebiet der Bundesrepublik versuchte Boustedt ein die allgemeinen Tendenzen beinhaltendes Abgrenzungsschema herauszuarbeiten. Da die noch sehr junge deutsche Agglomerationsstatistik sich nach diesen Kriterien ausrichtet und sich daraus auch für die schweizerischen Verhältnisse wertvolle Richtlinien ableiten lassen, soll dieses Schema in seinen Hauptkonzeptionen kurz umrissen werden.

Die Stadtregionen als sozio-ökonomische Agglomerationsräume

Streng genommen erfaßt der Agglomerationsbegriff jede starke Anhäufung menschlicher Ansiedlungen. Erst ein Überwiegen der nicht landwirtschaftlichen Berufe und das Vorhandensein einer vollentwickelten Kernstadt sind aber Voraussetzung für die Existenz einer *städtischen* Agglomeration. Zu deren Abgrenzung sollen die folgenden vier Merkmalsgrößen verwendet werden:

1. Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen in Prozent aller Erwerbspersonen (zur Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden).
2. Auspendler in Richtung des städtischen Kerngebietes:
   a) in Prozent der Erwerbspersonen insgesamt,
   b) in Prozent der Auspendler insgesamt
   (zur Kennzeichnung der Verflechtungsintensität des Umlandes mit dem Kerngebiet).
3. Absolute Zahl der Einpendler (zur Ermittlung der Gravitationszentren, das heißt der Kernstädte und der Kerngebiete).
4. Bevölkerungsdichte (Einwohner je Quadratkilometer)
   (zur Kennzeichnung des Siedlungscharakters der Gemeinden, insbesondere der Verstädterung).

[18] Wir halten uns in der Folge konsequent an die Terminologie von Boustedt, auch wenn die strenge Unterteilung in «demographisch-soziologische» und «sozio-ökonomische» Aspekte vielleicht zu einer Begriffsverwirrung führen könnte.

Innerhalb einer Region werden zudem verschiedene Zonen festgelegt, was eine Differenzierung der Gemeinden nach der Beeinflussungsintensität erleichtert.

Anhand von detaillierten, gemeindeweisen Untersuchungen für die gesamte Bundesrepublik wurden von Boustedt die folgenden Kriterien zur Abgrenzung der verschiedenen Zonen innerhalb einer Stadtregion festgelegt:

1. Als Kernstadt wird das Verwaltungsgebiet der Stadtgemeinde zugrunde gelegt[19].
2. Der Kernstadt zugeordnet wird das Ergänzungsgebiet. Dieses bildet zusammen mit der ersteren das Kerngebiet und umfaßt solche Gemeinden, die unmittelbar an die Stadtgemeinde angrenzen und dieser in struktureller und funktionaler Hinsicht weitgehend ähnlich sehen.
3. In der Umlandzone wird unterschieden zwischen der verstädterten Zone, deren Bevölkerung einen ausgesprochen gewerblichen Erwerbscharakter aufweist und die zu einem erheblichen Teil im Kerngebiet arbeitet, und den Randzonen, charakterisiert durch einen nach der Peripherie hin ständig zunehmenden Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen und durch eine überwiegend auf das Kerngebiet ausgerichtete Pendelwanderung.

Die bei der Untersuchung deutscher Stadtregionen gesammelte Erfahrung ließ Boustedt die folgenden quantitativen Abgrenzungskriterien aufstellen[20]:

Zone	Bevölkerungsdichte (Einwohner je km²)	Landwirtschaftliche Erwerbspersonen in Prozent der Erwerbspersonen insgesamt	Anteil der in das Kerngebiet Auspendelnden an den	
			Erwerbspersonen insgesamt	Auspendlern insgesamt
Kerngebiet				
Kernstadt und Ergänzungsgebiet .	in der Regel über 500	unter 10	•	•
Umlandzone				
Verstädterte Zone .	über 200	unter 30	über 30	über 60
Randzone 1 . . .	•	unter 50	über 20	über 60
Randzone 2 . . .	•	50–65	über 20	über 60

[19] Als Kriterium für die Berücksichtigung einer Gemeinde in der Agglomerationsstatistik wird in der Bundesrepublik eine Mindestzupendlerzahl von 2000 gefordert.

[20] Olaf Boustedt, «Wesen und Bedeutung der Stadtregionen», in: *Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung*, Bd. XIV, Raum und Bevölkerung 1, Bremen 1960, S. 3.

Der wichtigste Gedanke an diesem Schema ist wohl der Zusammenzug der Kernstadt und der direkt angrenzenden Gemeinden zum Kerngebiet. Dies ist vor allem wichtig zur Beurteilung der Bedeutung der Zupendler ins Kerngebiet, deren Arbeitsstätten oft in vorstädtischen Gemeinden liegen, die zwar unmittelbare Glieder der städtischen Wirtschaft sind, kommunalpolitisch aber nicht zur Stadt gehören.

Die Abgrenzungskriterien in schweizerischer Sicht

Mit der Entwicklung der größeren Städte über die Enge ihrer kommunalen Grenzen hinaus ergibt sich auch in der Schweiz immer mehr die Notwendigkeit, bei der Behandlung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme sowohl die nähere als auch die weitere Umgebung außerhalb der Gemeindegrenzen mit einzubeziehen. Diesem Umstand Rechnung tragend, berechnete das Eidgenössische Statistische Amt anhand der Ergebnisse der Volkszählung von 1950 die Bevölkerung von 25 städtischen Agglomerationen[21]. Dabei wurden alle diejenigen umliegenden Gemeinden zur Agglomeration gerechnet, deren Berufstätige zu mindestens 30% im Agglomerationshauptort arbeiteten und deren landwirtschaftliche Bevölkerung weniger als 20% der Gesamtbevölkerung betrug. Als wesentliches Merkmal einer Agglomerationsgemeinde wurde damit ebenfalls – wie in der Bundesrepublik Deutschland – der «bedeutende» Anteil der in der Stadt arbeitenden berufstätigen Bevölkerung sowie die relativ niedrige Quote der landwirtschaftlich Erwerbstätigen angesehen.

Wenn auch, abgesehen von einer ungleich roheren Differenzierung der Abgrenzungsmerkmale, eine Gliederung nach ähnlichen wie den zuvor für die Bundesrepublik beschriebenen Gesichtspunkten vorgenommen wurde, so ist doch in der Tatsache, daß von der Pendelwanderung nur die Zupendler in die Kerngemeinde ohne die dazugehörenden Ergänzungsgebiete berücksichtigt wurden, ein schwerwiegender Mangel zu erblicken. Da zur Definition der Ballungserscheinung das Vorhandensein mehrerer Produktionseinheiten in «einer bestimmten Region» und nicht allein an «einem bestimmten Ort» herangezogen werden muß, drängt es sich auf, bei der Abgrenzung des Ballungsraumes nicht primär auf die Pendelwanderung in den Agglomerationshauptort, sondern auf den Austausch von Arbeitskräften innerhalb der gesamten Region abzustellen.

Diesem Einwand wurde bereits bei der Volkszählung 1950 teilweise Rechnung getragen, indem in konkreten Einzelfällen in Abwandlung der strengen

[21] Vgl. *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1961*, S. 13.

Zurechnungskriterien Gemeinden nur auf Grund ihres baulichen Zusammenhangs in den Agglomerationsraum einbezogen wurden, obwohl sie nicht den notwendigen Pendleranteil nach der Kernstadt ausweisen konnten.

Für die Neubegrenzung der Agglomerationen nach den Resultaten der Volkszählung 1960 sollen grundsätzlich dieselben Kriterien wegleitend sein. Hingegen ist eine noch freizügigere Interpretierung vorgesehen. Diese soll es gestatten, auch solche Gemeinden einzurechnen, deren Berufsbevölkerung zwar zu einem großen Teil auspendelt, aber nicht unmittelbar in der Kernstadt, sondern in den umliegenden Industriegemeinden arbeitet. Die dazu notwendigen Detailauszählungen sind zwar für Basel, noch nicht aber für die ganze Schweiz vorgenommen worden. In den offiziellen gesamtschweizerischen Vergleichen über das Wachstum der Agglomerationen im Zeitraum der letzten 10 Jahre wird deshalb vorerst auch noch für 1960 das gemäß Volkszählung 1950 abgegrenzte Agglomerationsgebiet zugrunde gelegt.

Es sind nun dies allerdings Gegenüberstellungen mit sehr beschränkter Aussagekraft, indem der Agglomerationsraum als fest angenommen wird und nur den Schwergewichtsverlagerungen innerhalb der feststehenden Region Rechnung getragen werden kann. Schon aus der Tatsache, daß die einzelnen Gemeinden mittels der bekannten Abgrenzungskriterien auf ihre Zugehörigkeit zum Agglomerationsraum geprüft werden, läßt sich aber erkennen, daß der zweiten Frage nach der wechselnden geographischen Ausdehnung des Einzugsbereiches primäre Bedeutung zukommen muß.

Die angedeutete Möglichkeit einer noch extensiveren Auslegung der offiziellen Abgrenzungskriterien trägt bestimmt wesentlich zur wirklichkeitsnaheren Erfassung der Agglomerationserscheinung im Einzelfall bei. Die Aussagekraft gesamtschweizerischer Vergleiche muß aber umgekehrt unter dieser für jeden einzelnen Ballungsraum individuellen Betrachtungsweise empfindlich leiden. Die Forderung nach einer Revidierung der generellen Kriterien – Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen und Anteil der Berufspendler nach der Kernstadt – bleibt deshalb bestehen. Die zunehmende Bedeutung der umliegenden Industriegemeinden kann in gesamtschweizerischer Sicht erst dann voll erfaßt werden, wenn die Pendelwanderung in diese Orte auch «offiziell» in die maßgeblichen Abgrenzungskriterien eingebaut wird und nicht nur in offensichtlichen Sonderfällen eine Zurechnung zum Agglomerationsraum erzwingt.

Es können auf Grund der vorliegenden Arbeit, die nur die Entwicklung der Agglomeration Basel zum Gegenstand hat, keine quantitativen Kriterien erarbeitet werden, nach denen eine Neubestimmung der Merkmalsgrößen vorgenommen werden müßte. Ein Vergleich mit anderen schweizerischen Agglomerationsgebilden wäre dazu Voraussetzung, da allgemeingültige

Kriterien nur unter Zuhilfenahme empirischer Werte aufgestellt werden können.

Für eine Einzelbetrachtung allerdings – dies sei nochmals betont – ist eine den speziellen Gegebenheiten angepaßte Abgrenzung durchaus sinnvoll, sogar unerläßlich. Es soll deshalb im folgenden Kapitel eine noch weitergehende Anpassung an die örtlichen Besonderheiten der Agglomeration Basel, als sie für 1960 bereits durch die amtliche Statistik vorgenommen wurde, versucht werden.

Räumliche Abgrenzung der Agglomeration in Basel

Die Agglomeration Basel im Lichte der schweizerischen Abgrenzungskriterien

Auf Grund der Ergebnisse der eidgenössischen Volkszählung von 1950 und in Anwendung der dargestellten schweizerischen Abgrenzungsmerkmale wurden in der Agglomerationsstatistik die folgenden umliegenden Gemeinden der Stadt Basel als Agglomerationsgemeinden zugeordnet[22]: Allschwil, Arlesheim, Bettingen[23], Binningen, Birsfelden, Bottmingen, Münchenstein, Muttenz, Oberwil, Reinach und Riehen[23]. In Anbetracht des bereits seit Jahrzehnten sehr geringen Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung am Total der Erwerbstätigen in den meisten in Frage kommenden Gemeinden verblieb als entscheidendes Zurechnungskriterium nurmehr die Zahl der in Basel erwerbstätigen Personen.

Tabelle 5

Nach der Stadt Basel auspendelnde Erwerbstätige in Prozent aller Erwerbstätigen in den Gemeinden 1950

Allschwil	51,2	Münchenstein	45,0
Arlesheim	26,6	Muttenz	33,7
Bettingen	45,9	Oberwil	39,7
Birsfelden	49,6	Reinach	41,2
Binningen	48,5	Riehen	54,6
Bottmingen	45,7		

Quelle: *Statistische Quellenwerke der Schweiz*, Heft 281. Eidgenössische Volkszählung 1. Dezember 1950, Berufstätige nach Arbeits- und Wohnort, Bern 1956.

Außer in diesen einbezogenen Gemeinden erreichte der Auspendleranteil in die Stadt Basel nur noch in Schönenbuch, das wegen seiner großteils landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht berücksichtigt werden konnte, eine Quote von über 30% (30,3%). Arlesheim ist ein Beispiel für eine Gemeinde, die auf Grund ihres engen städtebaulichen Zusammenhangs mit der Kern-

[22] Vgl. *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1961*, S. 13.

[23] Die Gemeinden Riehen und Bettingen sind heute reine Außenwohngebiete der Stadt. Da sie auch, ihrer peripheren Lage wegen, als Industriestandorte praktisch nicht in Frage kommen, werden sie in der Folge ohne eine gegenteilige Anmerkung der Stadt Basel zugerechnet werden.

stadt in den Ballungsraum einbezogen wurde, obwohl sie nur einen Auspendleranteil von rund 27% aufwies.

Aus den Ergebnissen der *Volkszählung 1960* lassen sich folgende Zahlen errechnen:

Tabelle 6

Landwirtschaftliche Erwerbstätige und Auspendler nach Basel-Stadt in Prozent aller Erwerbstätigen 1960

Gemeinde	Landwirtschaftlich Erwerbstätige[1]	Auspendler
Allschwil	1,6	57,2
Arlesheim	1,9	27,9
Birsfelden	–	50,0
Binningen	0,9	60,5
Bottmingen	6,5	55,9
Münchenstein	1,7	48,2
Muttenz	2,8	34,9
Oberwil	8,0	46,9
Reinach	2,8	44,9
Ettingen	14,0	38,7
Therwil	13,6	34,6
Aesch	3,1	23,1
Dornach	3,1	16,2
Pratteln	2,9	12,2

Quellen: Amt für Gewerbe, Handel und Industrie, Baselland, Abt. Statistik, Mitteilung Nr. 7: *Die Pendelwanderung im Kanton Baselland* (1960). Mitteilung Nr. 9: *Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte im Kanton Baselland* (1961).

[1] Es handelt sich um approximative Werte aus einem Vergleich der berufstätigen Wohnbevölkerung gemäß Volkszählung 1960 und den landwirtschaftlichen Arbeitskräften auf Grund einer Erhebung anläßlich der Eidgenössischen Viehzählung 1961. Unterschiede bei einem Vergleich zum selben Zeitpunkt (1960) dürften sich kaum nennenswerte ergeben. Der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen ist ohnehin ständig im Abnehmen begriffen, so daß die ausgewiesenen Werte allenfalls höchstens zu hoch, sicher aber nicht zu niedrig sein können.

Der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen lag in allen Gemeinden der nächsten Umgebung, im Birstal, im Rheintal und im Ergolztal bis nach Lausen unter 10%, mehrheitlich sogar unter 5%, im Birsigtal – mit Ausnahme von Biel-Benken und Schönenbuch – zwischen 5 und 20%. Entscheidend für die Zurechnung zum städtischen Agglomerationsraum mußte damit wiederum die Zahl der Auspendler nach Basel-Stadt werden.

Bei einer strengen Anwendung der Zurechnungskriterien müßten 1960 Therwil und Ettingen mit einem Auspendleranteil von 34,5% bzw. 38,7% sowie einer Quote der landwirtschaftlich Erwerbstätigen von 13,6% bzw. 14,0% in den Ballungsraum einbezogen werden, währenddem zum Beispiel die Industriegemeinde Pratteln weiterhin ausgeschlossen bliebe. Die amt-

liche Statistik macht nun hier von der Möglichkeit der flexibleren Handhabung der Abgrenzungsmerkmale Gebrauch und rechnet neben Therwil sinnvollerweise auch die Gemeinden Pratteln, Aesch und Dornach zur Agglomeration hinzu. Ausgeschlossen bleibt dagegen des fehlenden baulichen Zusammenhangs wegen trotz der Auspendlerquote von über 30% weiterhin Ettingen.

Damit ist der Raum der großstädtischen Agglomeration Basel bestimmt wesentlich sinnvoller abgegrenzt als dies bei einer strengen Anwendung der beiden Hauptkriterien der Fall gewesen wäre. Unsere Untersuchung, deren Schwergewicht auf der Frage der Industriestandorte liegt, kann nun allerdings auch diese Abgrenzung nicht vollumfänglich übernehmen. Es wird später noch zu zeigen sein, daß für die räumliche Expansion der Bevölkerung, der Industriebetriebe und der Dienstleistungsunternehmungen ganz verschiedene Faktoren wegweisend sind. Bei der Abgrenzung des Agglomerationsraumes soll deshalb diesem Umstand bereits Rechnung getragen werden. Eine erste Möglichkeit ist es, die von Boustedt für Deutschland entwickelten Abgrenzungskriterien auf die Region Basel zu übertragen.

Die Region Basel als sozio-ökonomischer Agglomerationsraum[24]

Auch wenn in der amtlichen Statistik für 1960 die städtischen Agglomerationen unter Berücksichtigung der jeweiligen individuellen Besonderheiten wirklichkeitsnaher abgegrenzt wurden, als dies bis anhin der Fall war, liegt dem offiziellen schweizerischen Agglomerationsbegriff immer noch die stillschweigende Annahme zugrunde, daß eine intraregionale Dezentralisation der Industriestandorte sich weitgehend nur innerhalb der politischen Grenzen der Kernstadt vollzogen hat. Das teilweise Auseinanderfallen von industriellen Nebenzentren und sekundären Wohngebieten wird durch die grobe Unterteilung in Agglomerationskern und Agglomerationsgemeinden nicht berücksichtigt.

Bei der differenzierteren deutschen Abgrenzungsmethode wird zwar dem Entstehen eines die Kernstadt umschließenden äußeren Industriegürtels im Gebiet der angrenzenden Gemeinden zusätzlich Rechnung getragen. Dafür wird aber eine mehrheitlich gleichmäßige geographische Ausdehnung der Industriezonen und damit eine beschränkte Abhängigkeit zwischen der Entfernung der Außengemeinden von der Kernstadt und ihrem Industrialisierungsgrad unterstellt. Die Ausscheidung eines räumlich beschränkten Er-

[24] Vgl. hierzu Tabelle 10, S. 31.

gänzungsgebietes nach den Kriterien Bevölkerungsdichte, Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen und gemeinsame Grenze mit der Kernstadt (fakultativ) kann ja nur soweit sinnvoll sein, als in einem solchermaßen abgesteckten Gebiet der hauptsächliche Teil des Industriepotentials der untersuchten Region vereinigt ist. Ohne diese Annahme könnte der Anteil der Auspendler in das gesamte Kerngebiet gar nicht zum Hauptabgrenzungsmerkmal für die Bestimmung der Umlandzonen erhoben werden. Nicht berücksichtigt bleibt aber weiterhin die Möglichkeit einer einseitigen industriellen Schwerpunktverlagerung aus dem Agglomerationskern bei einer gleichzeitigen Bildung von neuen Wohnzentren in einem anderen Sektor des Ergänzungsgebietes. In Angaben über die Wohndichte vermag sich eine solche Entwicklung nicht widerzuspiegeln, und der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen liegt in einem größeren Umkreis von industriellen Ballungsräumen ohnehin meist unter 10%.

Auf Grund einer Bevölkerungsdichte von über 500 Einwohnern je Quadratkilometer und unter strenger Anwendung des Kriteriums der gemeinsamen Grenze mit der Kernstadt müßten 1960 im Falle von Basel die sämtlichen angrenzenden Gemeinden Allschwil, Binningen, Birsfelden, Bottmingen, Münchenstein, Muttenz und Reinach zusammen das Ergänzungsgebiet bilden[25]. Ausgeklammert werden könnte allenfalls die Gemeinde Reinach, da diese im Grenzgebiet praktisch unbesiedelt ist, während im Falle von Muttenz trotz der kurzen Grenze die relative Nähe des Bevölkerungsschwerpunktes eine Zurechnung rechtfertigen würde.

Läßt man dagegen die Bedingung der gemeinsamen Grenze fallen und bildet man das *Ergänzungsgebiet* aus allen aneinandergrenzenden Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte von über 500 Einwohnern je Quadratkilometer und einer landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung von unter 10%, so umfaßt dieses 1960 zusätzlich die Gemeinden Aesch, Dornach, Pratteln, Augst, Frenkendorf und Liestal.

Die *verstädterte Zone* müßte dann im weiteren aus den Gemeinden Füllinsdorf, Lausen, Sissach, Kaiseraugst, Rheinfelden und Möhlin gebildet werden, und die Randzonen würden sich bis zum Jurakamm erstrecken und weite Gebiete des aargauischen Fricktales und des solothurnischen Bezirkes Dorneck in den Agglomerationsraum einbeziehen[26]. Damit wäre eindrücklich die weitgehende wirtschaftliche Verflechtung dieser Gebiete mit der Industrieregion von Basel angedeutet und die zentralörtlichen Funktionen

[25] Die gemeinsame Grenze des Kantons Basel-Stadt mit den angrenzenden Gemeinden des Kantons Baselland beträgt in Kilometern: Birsfelden 3,225, Muttenz 0,295, Münchenstein 3,455, Reinach 0,347, Bottmingen 1,658, Binningen 3,793 und Allschwil 2,880.

[26] Vgl. Abbildungen 1 und 2, S. 32ff.

der Stadt Basel deutlich hervorgehoben. Die Einwände, die sowohl in bezug auf das so erhaltene Kerngebiet als auch noch in vermehrtem Maße gegenüber den fragwürdig großen Umlandzonen angebracht werden müßten, lassen nun aber doch erkennen, daß offenbar eine rigorose Übertragung der deutschen Abgrenzungskriterien weder den speziellen Voraussetzungen im Falle von Basel noch den Bedürfnissen dieser Arbeit gerecht werden könnte.

Wollte man in einem gesamtschweizerischen Vergleich aller Zentralorte erster Ordnung die Einzugsbereiche der einzelnen Industriezentren gegeneinander abgrenzen, so wäre mittels der angewandten Kriterien eine Gegenüberstellung sehr wohl möglich. Für eine Untersuchung in einem enger begrenzten Raum darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß kleinere Industriezentren, wie etwa Liestal, ihrerseits ihre radialen Auswirkungen auf ihr Umland ausüben können. Es muß also in der Frage der für den speziellen Fall der Region Basel sinnvollen Abgrenzung noch weiter differenziert werden.

Industrieregion und Bevölkerungsagglomeration

Abgrenzung der Industrieregion

Zwei hauptsächliche Maßzahlen können zur Ermittlung des Industrialisierungsgrades der einzelnen Gemeinden herangezogen werden. Das Verhältnis der in einer Gemeinde beschäftigten Personen zur ortsansäßigen Wohnbevölkerung stellt ein eher grobes Maß zur Abgrenzung der vornehmlichen Wohngebiete von den hauptsächlichen Industrieregionen dar. Die Beschäftigtendichte je Quadratkilometer in den Gemeinden spiegelt die Intensität der wirtschaftlichen Aktivität besser wider. Da aber das Total der Beschäftigten nur anläßlich der eidgenössischen Betriebszählungen alle zehn Jahre erfaßt wird und die letzte derartige Erhebung bereits acht Jahre zurückliegt, werden anstelle der Beschäftigten die in der Gemeinde arbeitenden Fabrikarbeiter in die Relation eingesetzt. Es scheint dies um so eher gerechtfertigt, als diese Zahlen jährlich erhoben werden und bei gewerblichen Betriebszählungen eine Unterscheidung zwischen Betrieben der industriellen Produktion und reinen Handelsunternehmungen oft schwerfällt. Zudem sollen gerade auch die Handels- und Dienstleistungsbetriebe aus der Untersuchung ausgeklammert werden, da die statistischen Unterlagen zu diesem Bereich nur spärlich vorliegen und zudem die Faktoren, welche die Standortwahl des tertiären Sektors beeinflussen, rational kaum einheitlich zu fassen sind.

Tabelle 7

Fabrikarbeiter pro Einwohner und pro km² 1960

Arbeitsgemeinde	Fabrikarbeiter je km²	Fabrikarbeiter Wohnbevölkerung
Kanton Basel-Stadt	814	13,4
Aesch	125	23,3
Allschwil	207	14,3
Arlesheim	147	19,6
Augst	35	6,6
Benken	26	15,5
Biel	7	4,2
Binningen	151	5,7
Birsfelden	450	11,2
Bottmingen	20	2,4
Ettingen	24	10,8
Frenkendorf	36	6,2
Füllinsdorf	34	9,2
Lausen	184	37,7
Liestal	143	25,3
Münchenstein	197	13,7
Muttenz	182	25,3
Oberwil	19	3,8
Pratteln	342	38,9
Reinach	68	7,6
Therwil	29	11,4
Dornach	181	24,7

Quellen: Ergebnisse der Fabrikstatistik 1960, in: *Die Volkswirtschaft*, Heft 6/1961. *Arealstatistik der Schweiz, 1952. Statistische Quellenwerke der Schweiz*, Heft 246, Bern 1953.

Da, wie bereits oben erwähnt, die Kernstadt zusammen mit dem ihr zuzuordnenden Ergänzungsgebiet den überwiegenden Teil der industriellen Aktivität der Region umschließen soll, muß die Auswahl unter denjenigen Gemeinden getroffen werden, deren Industrialisierungsgrad jenem der Kerngemeinde nahekommt. Wenig Aufschluß in dieser Frage gibt dabei vorerst die Beziehung zwischen der Zahl der in einer Gemeinde beschäftigten Fabrikarbeiter und der ortsansäßigen Wohnbevölkerung. So läßt sich zum Beispiel für gewisse spärlich industrialisierte Gemeinden der Randzonen (Benken) infolge des Bestehens weniger Kleinbetriebe und des damit verbundenen Zustroms von Fabrikarbeitern aus den umliegenden reinen Bauerngemeinden ein sehr viel höherer Verhältniswert errechnen, als für industriell viel bedeutendere, der Stadt näher gelegene Gemeinden (zum Beispiel Binningen). In diesen wirkt sich die Tatsache aus, daß ein großer Teil der ansäßigen Fabrikarbeiter in die Stadt auspendelt und daß zudem der Anteil der in Verwaltungsabteilungen und Dienstleistungsbetrieben beschäftigten Personen

viel größer ist. Immerhin läßt sich bereits auf Grund dieser Verhältniszahlen eine gewisse Schwerpunktbildung im Raum Muttenz-Pratteln erahnen.

Aufschlußreicher sind Vergleiche auf der Basis der Fabrikarbeiterdichte je Quadratkilometer. Von 21 bei Berücksichtigung von Lage und Bevölkerungsdichte überhaupt in Frage kommenden Gemeinden erreichen deren 11 einen Dichtewert von über 100 Fabrikarbeitern je Quadratkilometer. Die Werte der restlichen 9 liegen derart tief, daß sie auch bei Berücksichtigung des unterschiedlichen Verhältnisses zwischen bebaubarem und nicht bebaubarem Land in den einzelnen Gemeinden für die engere Wahl nicht mehr in Betracht fallen. Die Gemeinden Liestal und Lausen können ebenfalls ausgeklammert werden, wird doch durch die niedrige Quote im Gebiet Frenkendorf-Füllinsdorf gegenüber dem Basler Industriegebiet eine deutliche Trennung vollzogen[27].

Damit darf angenommen werden, daß das industrielle Hauptergänzungsgebiet der Stadt Basel im Raume der verbleibenden 9 Gemeinden Aesch, Allschwil, Arlesheim, Binningen, Birsfelden, Münchenstein, Muttenz, Pratteln und Dornach liegen dürfte. Es bleibt noch die Frage abzuklären, ob nochmals eine eindeutige Schwerpunktbildung nachzuweisen ist, die eine weitere Einengung des industriellen Ergänzungsgebietes gestatten würde.

Tabelle 8

Prozentanteile am Fabrikarbeiterbestand von neun Agglomerationsgemeinden

Pratteln	24,96
Muttenz	20,50
Allschwil	12,46
Münchenstein	9,59
Birsfelden	7,66
Dornach	7,13
Arlesheim	6,91
Aesch	6,28
Binningen	4,54
Zusammen	100

Quelle: Errechnet nach den Ergebnissen der Fabrikstatistik 1960 in: *Die Volkswirtschaft* Heft 6/1961.

[27] Anhand von Intensität und Zielrichtung der Pendelwanderung aus dem Raum Frenkendorf-Füllinsdorf kann die Mittelstellung dieser beiden Gemeinden zwischen der Hauptindustrieregion von Basel und dem Nebenzentrum von Liestal deutlich aufgezeigt werden. Von total 846 berufstätigen Auspendlern aus der Gemeinde Frenkendorf haben 349 ihren Arbeitsplatz im Basler Industriegebiet und 394 in der Gemeinde Liestal. Von 617 außerhalb von Füllinsdorf arbeitenden Personen pendeln 255 ins Basler Kerngebiet gegenüber 251 in die Gemeinde Liestal. In beiden Gemeinden liegt die totale Quote der Auspendler an der berufstätigen Wohnbevölkerung weit über 50% (Zahlen für 1960).

Als hauptsächliche Zentren scheiden sich nun deutlicher Muttenz und Pratteln aus, die zusammen allein über 45% aller Fabrikarbeiter der 9 Gemeinden auf sich vereinigen. Weitere Schwerpunkte scheinen in Allschwil und Münchenstein zu bestehen. Die Gemeinden Binningen und Arlesheim können ihrer zu geringen Bedeutung wegen ausgeklammert werden. Ebenso fällt Aesch auf Grund seiner peripheren Lage für die weiteren Untersuchungen außer Betracht. Da zudem das Fabrikarbeitertotal der Gemeinde Dornach praktisch durch einen einzigen Großbetrieb bestimmt wird, erscheint ihre Zurechnung zum industriellen Ergänzungsgebiet ebenfalls nicht gerechtfertigt.

Birsfelden andererseits muß trotz des relativ geringen Anteils am Fabrikarbeitertotal der geographischen Lage zwischen der Stadt Basel und dem Industriegebiet von Muttenz und Pratteln wegen sowie in Anbetracht der Bedeutung seines Rheinhafens eingeschlossen bleiben.

Somit ist dem Kanton Basel-Stadt ein aus den folgenden Gemeinden bestehendes *industrielles Ergänzungsgebiet* zuzuordnen: *Allschwil, Birsfelden, Münchenstein, Muttenz und Pratteln.*

Auf diesem so abgesteckten industriellen *Kerngebiet* (Basel-Stadt zuzüglich die fünf oben erwähnten Gemeinden) wurden 1960 41277 von rund 54000 in den beiden Halbkantonen insgesamt beschäftigten Fabrikarbeitern gezählt. Auch wenn man von diesem Total noch eine gewisse Quote von Betrieben in Abzug bringt, deren Produktion hauptsächlich auf die Befriedigung von regionalen Bedürfnissen ausgerichtet ist, so darf behauptet werden, daß in diesem industriellen Kerngebiet tatsächlich zur Zeit der dominierende Teil vor allem der exportorientierten[28] Industriebetriebe zentralisiert ist.

Bestimmung der Bevölkerungsagglomeration

Im vorangegangenen Abschnitt mußte die Abgrenzung des Kerngebietes infolge der abweichenden Schwerpunkte der industriellen Ballung und der Gebiete mit starker Wohnzentralisation[29] teilweise anhand neugewählter

[28] In Anlehnung an die von Stohler gewählte Definition wird als «Export» nicht derjenige Teil der regionalen Produktion bezeichnet, dessen Absatzmarkt außerhalb der nationalen Grenzen liegt, vielmehr ist hier entscheidend, welche Märkte außerhalb der regionalen Begrenzung liegen.

Vgl. Jacques Stohler, «Der Basler Arbeitsrappen», *Staatswissenschaftliche Studien*, Bd. 30, Zürich 1957, S. 35.

[29] Je nach dem Gesichtswinkel des Betrachters kann unterschieden werden zwischen der «industriellen Ballung» in den Industriebezirken, der «kommerziellen Ballung» in der City und der Wohnzentralisation in den Arbeitervierteln und Vorstädten.

Vgl. Behrens, a. a. O., S. 124.

Merkmale vorgenommen werden. Ein nach den bekannten Abgrenzungskriterien bestimmtes Ergänzungsgebiet hätte den an ein solches Gebilde zu stellenden Anforderungen nicht entsprochen.

Ähnlich muß auch bei der Abgrenzung der verstädterten Wohnzone[30] vorgegangen werden. Der Hauptakzent hat dabei auf der Bestimmung der hauptsächlichen Nebenwohngebiete der im industriellen Ballungsraum beschäftigten Arbeitskräfte zu liegen. Obgleich auch hier vorerst die deutschen Abgrenzungskriterien als Grundrichtlinien vorgegeben werden müssen, werden diese in verschiedenen Punkten einer Abänderung im Sinne des verfolgten Gesamtzieles bedürfen.

Die folgenden Gemeinden erfüllten 1960 die Bedingungen, die eine Einrechnung in die verstädterte Wohnzone rechtfertigen[31]: Arlesheim, Augst, Binningen, Bottmingen, Dornach, Ettingen, Kaiseraugst, Oberwil, Reinach, Therwil.

Tabelle 9

Prozentanteile an der Wohnbevölkerung von zehn Agglomerationsgemeinden 1960

Binningen	30,2
Reinach	15,8
Arlesheim	13,4
Dornach	10,9
Oberwil	9,9
Bottmingen	6,4
Therwil	5,0
Ettingen	3,6
Kaiseraugst	2,6
Augst	2,2
Zusammen	100

Quelle: *Eidgenössische Volkszählung 1. Dezember 1960*, Wohnbevölkerung der Gemeinden, Bern 1961.

Während für die industrielle Ballung eine eindeutige Schwergewichtsbildung in den verkehrsmäßig am günstigsten gelegenen Gebieten des Rheintales festgestellt werden konnte, hat sich die bevölkerungsmäßige Expansion

[30] In Anlehnung an die Definition von Boustedt soll ein erster dem Kerngebiet zuzuordnender Umlandgürtel Gemeinden mit vornehmlich gewerblichem Erwerbscharakter, deren Bevölkerung zu einem erheblichen Teil im Kerngebiet arbeitet, umfassen. Da bei der Begrenzung des Ergänzungsgebietes von teilweise neuen Kriterien ausgegangen wurde, schien eine Präzisierung des Begriffes der verstädterten Zone und eine Umbenennung in «verstädterte Wohnzone» notwendig. Diese beiden Begriffe sind in der Folge einander gleichgesetzt.

[31] Vgl. Definition S. 18.

Tabelle 10 Die Pendelwanderung in das Kerngebiet 1960

Wohnort	Auspendler nach Zielort						Berufstätige		Auspendler nach dem Kerngebiet		
	Allschwil	Birsfelden	Münchenstein	Muttenz	Pratteln	Kanton Basel-Stadt	Insgesamt	Davon Auspendler	Total	In Prozent der Auspendler insgesamt	In Prozent der berufstätigen Wohnbevölkerung
Aesch	3	9	111	16	7	475	2051	1044	621	59,5	30,3
Arlesheim	4	11	187	44	10	688	2468	1119	944	84,4	38,2
Benken	–	–	–	1	–	45	155	64	46	71,9	29,7
Biel	1	–	1	1	–	54	143	91	57	62,6	39,9
Binningen	89	34	53	108	30	3840	6345	4374	4154	95,0	65,5
Bottmingen	8	5	12	8	4	559	1000	700	596	85,1	59,6
Ettingen	6	4	3	1	2	266	687	432	282	65,3	41,0
Oberwil	9	7	9	14	8	763	1625	1030	810	78,6	49,8
Pfeffingen	1	–	9	–	3	50	223	119	63	52,9	28,3
Reinach	9	10	137	47	15	1241	2764	1732	1459	84,2	52,8
Therwil	2	3	15	6	8	336	972	494	370	74,9	38,1
Schönenbuch	15	–	–	1	–	49	135	67	65	97,0	48,1
Arisdorf	–	–	–	17	27	10	345	126	54	42,9	15,7
Augst	–	6	4	23	106	51	387	224	190	84,8	49,1
Bubendorf	–	2	–	11	34	20	761	295	67	22,7	8,8
Frenkendorf	–	5	4	48	167	125	1233	846	349	41,3	28,3
Füllinsdorf	–	2	–	54	137	62	779	617	255	41,3	32,7
Giebenach	–	–	–	5	17	7	83	40	29	72,5	34,9
Hersberg	–	–	–	1	4	–	36	16	5	31,3	13,9
Lausen	–	1	2	25	49	60	1341	567	137	24,2	10,2
Liestal	3	2	3	51	126	214	4627	699	399	57,1	8,6
Lupsingen	–	–	–	6	9	2	158	112	17	15,2	10,8
Ramlinsburg	–	–	–	1	13	6	112	81	20	24,7	17,9
Seltisberg	1	–	–	3	6	6	210	92	16	17,4	7,6
Ziefen	–	–	–	2	7	4	418	125	13	10,4	3,1
Bezirk Sissach	6	4	3	155	306	346	9541	4105	820	19,8	8,6
Bezirk Waldenburg	–	1	3	16	51	54	4969	1572	125	8,0	2,5

Quelle: Amt für Gewerbe, Handel und Industrie, Baselland, Mitteilung Nr. 7: *Die Pendelwanderung im Kanton Baselland* (1960).

Abbildung 1

Die Agglomeration Basel gemäß den Abgrenzungskriterien des Eidgenössischen Statistischen Amtes

A = Kernstadt
B = Agglomerationsgemeinden 1950
C = Zusätzliche Agglomerationsgemeinden 1960

weitgehend in den südlich der Stadt anschließenden Regionen des Birs- und Birsigtales vollzogen. Ein erster Schwerpunkt findet sich hier in den teilweise recht bedeutende eigene Industriebetriebe aufweisenden Gemeinden des unteren Birstales, wo aber auch eine starke Ausrichtung der Pendelwanderung auf die industriellen Ergänzungsgebiete von Münchenstein, Muttenz und Pratteln festzustellen ist. Demgegenüber wird das Birsigtal mehr und mehr zum hauptsächlichen Nebenwohngebiet für die in der Stadt arbeitenden Erwerbstätigen[32]. Die direkt an die Stadt angrenzende Gemeinde Binningen trägt seit längerer Zeit den Charakter eines reinen peripheren Wohngebietes der Stadt.

[32] Vgl. hierzu Tabelle 10.

Abbildung 2

Die Region Basel als sozio-ökonomischer Agglomerationsraum (1960)

A = Kernstadt
B = Industrielles Ergänzungsgebiet
C = Verstädterte Zone
(Die Gemeinde Aesch ist in der Untersuchung aus der verstädterten Zone ausgeschlossen geblieben, weil sie 1960 die aufgestellten Kriterien um weniges nicht erfüllte. Sie ist aber zum jetzigen Zeitpunkt mit Sicherheit einzuschliessen.)

Überraschend wirkt dagegen das Fehlen eines weiteren Bevölkerungsschwerpunktes in den an Pratteln angrenzenden Gebieten. Für die nahegelegenen Bauerngemeinden des Gempenplateaus hat offenbar die geographisch ungünstige Lage einen intensiven Pendelverkehr verhindert. Die im Osten und Südosten anstoßenden Gemeinden hingegen scheinen bereits stark im Kraftfeld der seit langem gewachsenen Nebenindustriezentren Rheinfelden und Liestal zu liegen. Die größere Entfernung zur Kernstadt dürfte auch der zum Beispiel für das Birsigtal recht bedeutsamen Pendelwanderung von Arbeitnehmern in die Basler Verwaltungsabteilungen und Dienstleistungsbetriebe hemmend im Wege stehen.

Obgleich auch für die verstädterte Wohnzone – wenn auch weniger eindeutig als für die Industrieregion – eine sehr unterschiedliche Gewichtsverteilung festgestellt worden ist (die Gemeinden Augst und Kaiseraugst müssen zum Beispiel auf Grund ihrer Beschäftigungsstruktur zwar der verstädterten Wohnzone zugerechnet werden, sind aber als Wohnstätten für die Arbeitnehmer des Kerngebietes von völlig untergeordneter Bedeutung), scheint eine weitere Einengung der so umgrenzten Nebenwohngebiete der verstädterten Zone nicht mehr notwendig. Auch wird auf eine detaillierte Untergliederung der weiteren Umlandzonen gänzlich verzichtet; dies deshalb, weil die geringe Zahl der hierbei erfaßten Arbeitskräfte für den regionalen Arbeitsmarkt nicht stark ins Gewicht fällt[33].

Abbildung 1 zeigt die Ausdehnung der Agglomeration Basel nach den offiziellen Abgrenzungskriterien gemäß den Resultaten der Volkszählungen 1950 bzw. 1960. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Zoneneinteilung, wie sie sich gemäß dem dieser Arbeit zugrunde gelegten und ab hier ausschließlich verwendeten Abgrenzungsschema ergibt.

[33] Aus den zehn Gemeinden der verstädterten Zone allein begeben sich fast 10000 Personen zu ihren Arbeitsplätzen im Kerngebiet, während die Zahl der Einpendler aus dem Kanton Baselland insgesamt nur knapp 12000 beträgt.

Industrieregion und Bevölkerungsagglomeration in ihrer Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung

Der Einfluß der industriellen Agglomerationsfaktoren auf das Bevölkerungswachstum

Zum besseren Verständnis der Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg scheint es notwendig, einige summarische Hinweise auf die Zunahme der Wohnbevölkerung in den letzten 100 Jahren vorangehen zu lassen.

Während rund vier Jahrhunderten zählte die Stadt Basel zwischen 14000 und 16000 Einwohner, bis im Gefolge einer liberaleren Wirtschaftsordnung sowie des Überganges von der handwerklichen zur vorwiegend industriellen Produktion im 19. Jahrhundert ein verstärktes Wachstum einsetzte. Neben der steigenden Bedeutung der Vorortgemeinden als Wohnzentren der Basler Berufstätigen, die sich in einer zunehmenden Beschleunigung des Wachstums der angrenzenden Gemeinden niederschlug, wurde schon bald auch die industrielle Verlagerung aus der Kernstadt von einer beschränkten Wichtigkeit. Diese ersten Anzeichen einer Industrieauflockerung werden deshalb in einem anderen Zusammenhang noch zu untersuchen sein. Es kann aber hier schon vorweggenommen werden, daß die meisten Beispiele industrieller Standortverlagerung in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg eine Folge von speziellen, nur diese bestimmten Betriebe berührenden Standortfaktoren waren. Eine auf eine Überballung im Kerngebiet zurückzuführende gewichtige industrielle Dezentralisierungstendenz kann erst nach dem Zweiten Weltkrieg nachgewiesen werden.

In einer rückblickenden Betrachtung auf die letzten 100 Jahre dürfen deshalb die Agglomerationswirkungen der Stadt auf ihre Vorortgemeinden weitgehend unter dem Blickwinkel des großstädtischen Arbeiterbedarfes betrachtet werden. Noch im Jahre 1850 zählte die Stadt Basel mit rund 30000 Einwohnern fast 18000 Personen weniger als der Kanton Baselland. Im Jahre 1880 wurde für Basel-Stadt erstmals eine größere Einwohnerzahl als für die Landschaft ausgewiesen, und bis zum heutigen Zeitpunkt stieg dieses Verhältnis auf nahezu 2 : 1. Gleichzeitig ist eine eindeutige Verlagerung des Bevölkerungsschwerpunktes des Kantons Baselland in die stadtnahen Regionen des Bezirkes Arlesheim unverkennbar. Seit 1830 ist dessen Anteil am Total der Landschäftler Bevölkerung von 25,1% auf 56,4% im Jahre 1960 an-

gestiegen. Der Anteil der Gemeinden der «näheren Umgebung» (Allschwil, Binningen, Bottmingen, Birsfelden, Münchenstein, Muttenz)[34] am Total des Bezirkes Arlesheim hat sich von 48,7% im Jahre 1850 auf 71,2% im Jahre 1960 erhöht, was innerhalb dieses Gebietes nochmals auf eine stadtwärts gerichtete Verlagerung des Bevölkerungsschwerpunktes schließen läßt[35, 36].

Im Gegensatz zum Industrialisierungsgrad, der sich meist nicht als eine Funktion der Entfernung einer Gemeinde vom Agglomerationskern darstellen läßt, scheint also für die Bevölkerungsentwicklung eine gewisse Interdependenz zwischen dem Wachstum der Außengemeinden und ihrer Entfernung zur Kernstadt zu bestehen. Dies verdeutlicht auch eine Gegenüberstellung der prozentualen Zunahme der Wohnbevölkerung in den einzelnen Zonen seit 1850. Während der gesamte Kanton Baselland 1960 nur etwa dreimal soviel Einwohner zählte wie in der Mitte des letzten Jahrhunderts, stieg die Einwohnerzahl im Bezirk Arlesheim im gleichen Zeitraum um 596%, in den oben angeführten Gemeinden der «näheren Umgebung» um 917%, während die Einwohnerzahl von Basel-Stadt sich um 659% erhöhte.

Der Anteil der baselstädtischen Bevölkerung am Total der beiden Halbkantone war in allen Erhebungsjahren bis 1910 in ständigem Steigen begriffen, stagnierte bis 1950 weitgehend und fiel im Jahre 1960 wieder unter den Wert von 1900 zurück. Entsprechend blieben die Anteile des Bezirks Arlesheim und der näheren Umgebung bis 1910 annähernd konstant. Eine entscheidende Veränderung scheint sich erst im Abschnitt zwischen 1910 und 1920 vollzogen zu haben. Wohl wuchs in dieser Periode bei einem sinkenden Anteil von Basel-Stadt die Quote der näheren Umgebung vorerst nur leicht an, doch wurde in den folgenden dreißig Jahren eine starke Verlagerung des Schwergewichtes auf die nähere Umgebung sichtbar. Die übrigen Gemeinden des Bezirks Arlesheim waren bis 1950 mit einer nahezu gleichbleibenden Quote beteiligt. Erst in den letzten zehn Jahren traten in der Kernstadt gewichtige, in den angrenzenden Gemeinden etwas abgeschwächte

[34] Wir halten uns hier ausnahmsweise an die Definition von Kull.

Walter Kull, «Die Verflechtung der Wohnbevölkerung der Kantone Basel-Stadt und Baselland», *Wirtschaft und Verwaltung*, Heft 3/1945.

[35] Die exakte Lage des Bevölkerungsschwerpunktes kann einfach errechnet werden. Seine x- und y-Werte in einem zu Grunde gelegten Achsenkreuz sind dabei gleich dem arithmetischen Mittel aller x- resp. y-Werte der einzelnen Punkte. Da aber in der Praxis nicht, wie dies im theoretischen Falle vorgesehen ist, eine Berechnung auf dem Wohnort des einzelnen Einwohners aufgebaut werden kann, sondern der kleinste allgemein zugängliche Erhebungskreis die Gemeinde ist, vermöchte in dem relativ kleinen Untersuchungsraum eine solche exakte Berechnung gegenüber einer mehr annähernden Abschätzung kaum wesentlich genauere Ergebnisse zu liefern.

Vgl. hierzu: Paul Flaskämper, *Bevölkerungsstatistik*, Hamburg 1962, S. 102ff.

[36] Vgl. Tabelle 11.

Tabelle 11

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung in Basel-Stadt und Baselland 1850–1960

Jahr	Basel-Stadt	Baselland	Bezirk Arlesheim		Nähere Umgebung[1]	
			Absolut	In Prozent Baselland	Absolut	In Prozent Bezirk Arlesheim
1850	29 698	47 885	12 003	25,1	5 851	48,7
1860	40 683	51 582	14 230	27,6	7 844	55,1
1870	47 040	54 026	15 545	28,8	8 735	56,2
1880	64 207	59 171	19 972	33,8	12 901	64,6
1888	73 749	61 941	21 903	35,4	14 369	65,6
1900	112 227	68 497	26 439	38,6	17 186	65,0
1910	135 918	76 488	32 052	41,9	21 554	67,2
1920	140 708	82 390	36 558	44,4	24 380	66,7
1930	155 030	92 541	45 321	49,0	30 926	68,2
1941	169 961	94 459	46 715	49,5	32 011	68,5
1950	196 498	107 549	53 547	49,8	36 481	68,1
1960	225 588	148 282	83 583	56,4	59 514	71,2
Wachstum in Prozent (1850 = 100)						
	759,6	309,7	696,4		1017,2	

Jahr	Total Basel-Stadt und Baselland	Anteile am Total der Kantone Basel-Stadt und Baselland			
		Basel-Stadt	Nähere Umgebung	Übriger Bezirk Arlesheim	Übriges Baselland
1850	77 583	38,3	7,5	8,0	46,2
1860	92 265	44,1	8,5	6,9	40,5
1870	101 066	46,5	8,6	6,8	38,1
1880	123 378	52,0	10,5	5,7	31,8
1888	135 690	54,4	10,6	5,5	29,5
1900	180 724	62,1	9,5	5,1	23,3
1910	212 406	64,0	10,1	5,0	20,9
1920	223 098	63,1	10,9	5,5	20,5
1930	247 571	62,6	12,5	5,8	19,1
1941	264 420	64,3	12,1	5,6	18,1
1950	304 047	64,6	12,0	5,6	17,8
1960	373 870	60,3	15,9	6,5	17,3

Quelle: Errechnet nach einer Zusammenstellung von KULL, a. a. O., S. 102.

[1] Umfaßt die Gemeinden: Allschwil, Binningen, Bottmingen, Birsfelden, Münchenstein und Muttenz.

Überballungserscheinungen zutage. Der Anteil der Stadt nahm auf Kosten der «näheren Umgebung» und auch der übrigen Gemeinden des Bezirks Arlesheim ab, während das restliche Baselbiet mit dem Wachstum der Stadt und der stadtnahen Bezirke nahezu Schritt zu halten vermochte.

Es stellt sich die doppelte Frage, von welchem Zeitpunkt an der Agglomerationseinfluß auf einzelne Gemeinden festgestellt werden kann, und ob dieser Zeitpunkt, ebenso wie das weitere Wachstum, als eine Funktion von der Entfernung zur Kernstadt zu betrachten ist.

Stöcklin[37] glaubt eine enge Abhängigkeit sowohl für den Zeitpunkt des Eintrittes in den großstädtischen Agglomerationsraum als auch für das weitere Wachstum nachweisen zu können. Für das Jahr 1920 stellt er eine vollkommene Übereinstimmung zwischen der Größe der von ihm untersuchten sieben Vorortgemeinden[38] und deren Entfernung zum Stadtzentrum fest. Auch für die vorangehenden Volkszählungsjahre ist eine weitgehende Parallelität nachzuweisen. Für die späteren Zählungen gelten diese Feststellungen infolge der Trennung von Wohn- und Industriezentren aber immer weniger. So zwang der Raummangel in der Stadt zu einer immer stärkeren Verlegung der Wohngebiete vorerst nach Riehen, Allschwil und Binningen. Es bleibt später noch abzuklären, inwieweit diese Gemeinden – teilweise unter dem Druck der eigenen schwindenden Bodenreserven – diese Funktion zumindest wachstumsmäßig bereits an weiter entfernte Gemeinden abgetreten haben.

Damit wird auch die zweite, von Stöcklin vertretene These von der Interdependenz zwischen der Entfernung zur Kernstadt und dem Zeitpunkt der beginnenden Agglomerationswirkung angeschnitten. Auf Grund seiner Erhebungen über die Trennung von Wohn- und Arbeitsort der Basler Beschäftigten erachtet er die objektiven Voraussetzungen für die restlose Auswirkung der großstädtischen Agglomeration im Wirtschaftsgebiet der Stadt Basel erst ungefähr für das Jahr 1860 als gegeben. Die schon früher einsetzende Bevölkerungsanhäufung in der Gemeinde Binningen und die Entstehung der politisch selbständigen Gemeinde Birsfelden ist seiner Meinung nach nur als eine Folgeerscheinung der Trennung Basels in zwei Halbkantone im Jahre 1833 zu sehen. Für den Eintritt der Vorortgemeinden in den Einzugsbereich der großstädtischen Agglomeration gibt er, gestützt auf eine besonders stark gesteigerte Bevölkerungsvermehrung, folgende approximative Daten: Binningen und Birsfelden 1860, Allschwil 1870, Riehen, Münchenstein, Muttenz und Arlesheim 1888.

Auf Grund dieser Untersuchungen kommt Stöcklin zu zwei hauptsächlichen Schlußfolgerungen[39]:

«Die Intensität der Einwirkung der Stadt Basel auf ihre Vorortgemeinden

[37] Stöcklin, a.a.O., S.31ff.

[38] Untersucht wurden die Gemeinden Binningen, Birsfelden, Allschwil, Riehen, Münchenstein, Muttenz und Arlesheim.

[39] Stöcklin, a.a.O., S.31 und 35.

in bevölkerungsagglomeratorischer Hinsicht hängt von der geringeren oder größeren Entfernung vom Wirtschaftszentrum ab.»

«Je weiter eine Vorortgemeinde vom Zentrum des Wirtschaftsgebietes entfernt ist, um so später und weniger wirksam zeigt sich der Einfluß der Stadt in der Bevölkerungsagglomeration.»

Für die Zeit bis 1945 haben beide Aussagen ihre absolute Richtigkeit. Angesichts des Auseinanderfallens von Bevölkerungs- und Industrieagglomeration nach dem Zweiten Weltkrieg wird ihr Geltungsbereich aber auf die Gemeinden der verstädterten Zone beschränkt, indem der Faktor «Distanz zur Kernstadt» nicht mehr einen derart unmittelbaren Einfluß ausübt, wie dies früher der Fall war. Auch die «Distanz zum Zentrum des gesamten Kerngebietes» vermag diese Stellung nicht einzunehmen. Die durchweg große Bevölkerungsdichte zwingt vielmehr bei der weiteren Besiedelung zu einer vermehrten Ausrichtung nach topographischen Kriterien[40].

Für die Entwicklung der Bevölkerungsagglomeration sind zwei sich zeitlich folgende Stufen der Beeinflussung durch die Kernstadt zu unterscheiden.

Auf der *ersten Stufe* ist der Agglomerationseinfluß vor allem unter dem Gesichtswinkel der freiwilligen Trennung von Wohn- und Arbeitsort zu sehen. Das Bevölkerungswachstum steigt zufolge einer teilweisen Auswanderung aus der Kernstadt und einer Zuwanderung von außen. Die angrenzenden Gemeinden stellen dabei für die nach der Kernstadt gerichtete Fernwanderung vielfach eine erste Akklimatisierungsstufe dar[41].

Sobald die Kernstadt oder in einem späteren Zeitpunkt die direkt angrenzenden Vorortgemeinden in ihrem Bevölkerungswachstum an ihre natürliche Grenze stoßen, setzt in den nächsten angrenzenden Gemeinden, die bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls bereits unter dem Einfluß der ersten Stufe gestanden haben, die Agglomerationswirkung *zweiter Stufe* ein. Das Bevölkerungswachstum wird dadurch nochmals stark gesteigert, daß die Kernstadt oder die dem Kern näher gelegenen Gebiete gezwungen sind, sich auszudehnen.

Damit lassen sich für die Agglomerationswirkung der Stadt Basel auf die Bevölkerungsentwicklung ihres Umlandes vier Zeitabschnitte erkennen:

1. Die Zeit vor 1860 ist gekennzeichnet durch das Fehlen jeglicher Agglomerationswirkung.

[40] Für den Einfluß der wichtigen Dienstleistungsbetriebe auf die Expansion der Agglomeration gelten die von Stöcklin aufgezeigten Tendenzen wohl immer noch. Die jüngste Entwicklung der Bevölkerungsagglomeration ist aber die Resultante zweier Kräfte (Industrie und Dienstleistungen), die nicht mehr in der gleichen Richtung wirken.

[41] Kull, a.a.O., S. 107.

2. Von 1860 bis 1910 ist ein starkes Anwachsen der Bevölkerung in den direkten Vorortgemeinden als Folge der Agglomerationswirkung erster Stufe festzustellen.
3. Ab 1910 wird diese Entwicklung dadurch gefördert, daß die Stadt in ihrer Bevölkerungsexpansion an ihre Kantonsgrenzen stößt. Die direkten Vorortgemeinden treten in die zweite Stufe ein, während die Agglomerationswirkung erster Stufe vor allem im Birsigtal auch in den in zweiter Linie anstoßenden Gemeinden fühlbar wird.
4. Nach 1945 beginnt das Auseinanderfallen von Bevölkerungs- und Industrieagglomeration. In den südlich anstoßenden Gemeinden des zweiten und dritten Gürtels bewirkt der Platzmangel in den direkt angrenzenden Gebieten ein beschleunigtes Wachstum; sie treten ebenfalls in die zweite Stufe ein.

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung seit 1945

Bei einem gesamtschweizerischen Vergleich der Bevölkerungszunahme im Zeitraum zwischen den beiden Volkszählungen von 1950 und 1960 schält sich der Kanton Baselland mit 38% als der wachstumsintensivste aller Kantone heraus. Seit dem Jahre 1945 hat sich die Bevölkerung dieses Halbkantons gar um 52,4%, diejenige des Bezirks Arlesheim um 74,0% vermehrt. Damit waren 1960 annähernd 60% der Gesamtbevölkerung des Baselbiets in diesem einen Bezirk vereinigt. Erwartungsgemäß war die Zunahme im Kanton Basel-Stadt seit 1945 mit 28,8% wesentlich geringer. Die Bevölkerung des Ergänzungsgebietes ist dagegen um 81,7%, diejenige der verstädterten Zone um 65,3% gewachsen.

Tabelle 12

Wohnbevölkerung in der Region Basel 1945 und 1960

	1945	1960	Zunahme in Prozent
Kanton Basel-Stadt	175 096	225 588	28,8
Ergänzungsgebiet	30 126	54 743	81,7
Kerngebiet insgesamt	205 222	280 331	36,6
Verstädterte Zone	23 582	39 012	65,4
Total	228 804	319 343	39,6

Quellen: *Fortschreibung der Wohnbevölkerung per 31. Dezember 1945. Eidgenössische Volkszählung 1. Dezember 1960.*

Innerhalb des Kerngebietes vollzog sich aber eine Gewichtsverlagerung aus dem Agglomerationskern in die Gemeinden des Ergänzungsgebietes. Diese Entwicklung läßt sich nicht nur im Rahmen des gesamten Kerngebie-

tes, sondern auch bis hinab zu den einzelnen Quartieren der Kernstadt nachweisen. In nicht weniger als fünf Quartieren der Stadt Basel ist die Einwohnerzahl seit 1950 absolut gesehen sogar gesunken. Die Abnahme beträgt allerdings mit Ausnahme der Altstadt Großbasel (–14%) nirgends mehr als 3%[42].

Das Kerngebiet insgesamt (Kernstadt und Ergänzungsgebiet) vermochte allerdings seine Bevölkerung nur um 35,6% zu vermehren, wohingegen die verstädterte Zone einen Zuwachs von 65,4% zu verzeichnen hat.

Im weiteren sollen die Gemeinden des Ergänzungsgebietes und der verstädterten Zone gesondert untersucht werden. Für beide Gebiete, in vermehrtem Maße allerdings für das letztere, wird der Frage nach der Bedeutung der Entfernung zur Kernstadt primäres Interesse entgegenzubringen sein.

Von den Gemeinden des *industriellen Ergänzungsgebietes* steht Muttenz mit einer Zunahme von 96,1% an der Spitze, gefolgt von Münchenstein (91,7%), Pratteln (79,1%), Birsfelden (72,4%) und Allschwil (71,9%). Die periphere Lage von Allschwil und die geringe Ausdehnungsmöglichkeit der zwischen der Stadt Basel, der Gemeinde Muttenz und dem Rhein eingeengten Gemeinde Birsfelden scheinen diese beiden Gemeinden gehindert zu haben, mit dem Gesamtwachstum des Ergänzungsgebietes Schritt zu halten. Für die drei übrigen Orte scheint ein Zusammenhang zwischen Wachstum und Entfernung zur Kernstadt zu bestehen. In allen Gemeinden außer Pratteln ist von 1950 an ein gesteigertes Wachstum der Wohnbevölkerung eingetreten. Pratteln dagegen, die zu Beginn unserer Beobachtungen am intensivsten industrialisierte Gemeinde, wuchs bis 1952 stärker als das übrige Ergänzungsgebiet, blieb aber dann hinter Münchenstein und Muttenz erheblich zurück[43].

Die Gemeinden der *verstädterten Zone* sollen den topographischen Verhältnissen entsprechend in drei Regionen aufgegliedert werden. Es werden zusammengefaßt: die Gemeinden Binningen, Bottmingen, Oberwil, Therwil und Ettingen zur Region «*Leimental*»; Reinach, Arlesheim und Dornach zum «*Birstal*» und Augst und Kaiseraugst zur Region «*Rheintal*». Diese Aufgliederung scheint angesichts des unterschiedlichen Industrialisierungsgrades sowie der isolierten Lage der Doppelgemeinde Augst notwendig.

Anhand der Zusammenstellung über die Fabrikarbeiterdichte war festzustellen, daß die Industriedichte im Birstal durchweg höher ist als im Leimen-

[42] Die sogenannte «Citybildung» ist in den letzten 10 bis 15 Jahren in sämtlichen Großstädten der Schweiz einen großen Schritt weitergegangen. So sind zum Beispiel in der Stadt Zürich zwischen 1950 und 1960 die Einwohnerzahlen in 18 der 32 Quartiere zurückgegangen. Vgl. «Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1960», in: *Die Volkswirtschaft*, Heft 9/1961.

[43] Vgl. Tabelle 13.

tal und daß die Gemeinden Augst und Kaiseraugst als Arbeitskraftreservoire für das Kerngebiet ihrer zu geringen Größe wegen praktisch bedeutungslos sind. Die näheren Umstände der Agglomerationseinwirkung sind demgemäß in den einzelnen Gemeindegruppen etwas verschieden. Das Birstal kann bis zu einem gewissen Grad als sekundäres Industriegebiet angesehen werden. Seine Entwicklung wird sowohl durch das Wachstum der eigenen Industriebetriebe als auch durch die Wirkung des verstärkten Bevölkerungsdruckes der Stadt bestimmt. Demgegenüber besitzt das Leimental praktisch keine Industriebetriebe. Die bevölkerungsmäßige Agglomerationswirkung ist fast ausschließlich eine Folge der Wohnortverlagerung der im Kerngebiet beschäftigten Arbeitskräfte. Diese wirkt ihrerseits stimulierend auf die Entwicklung von Handwerk und Gewerbe.

Im *Leimental* weist die Gemeinde Bottmingen mit einer Zunahme von 117% seit 1945 weitaus das bedeutendste Wachstum auf. Es folgen: Oberwil mit 73,8%, Binningen mit 71,1%, Therwil mit 58,2% und Ettingen mit 22,0%. Klammert man Binningen aus, das bekanntlich als eine der ersten Gemeinden in den Agglomerationsraum einbezogen wurde und das heute eindeutig den Charakter eines äußeren Wohnquartiers der Stadt trägt, so ist festzustellen, daß das Wachstum mit steigender Entfernung zur Stadt abnimmt. Die Zuwachsrate der Gemeinde Bottmingen liegt schon seit 1945 stark über derjenigen der übrigen Gemeinden des Leimentales. Ihre gemeinsame Grenze mit Basel-Stadt sowie der durch das starke Wachstum der Gemeinde Binningen entstandene Druck haben sie als erste am allgemeinen Bevölkerungswachstum in der Stadt nach 1945 partizipieren lassen.

Sämtliche Gemeinden des Leimentales mit Ausnahme von Ettingen standen bereits 1945 unter dem Einfluß der Agglomerationswirkung erster Stufe[44]. In Binningen wurde zudem die zweite Stufe bereits um 1920 erreicht, und in Bottmingen scheint die zweite Stufe ebenfalls bereits in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen zu haben. Für Oberwil und Therwil ist, gestützt auf ein überdurchschnittliches Wachstum der Wohnbevölkerung, der Beginn der Agglomerationswirkung zweiter Stufe auf die Jahre 1955 bzw. 1957 festzulegen. Die Wohnbevölkerung der Gemeinde Ettingen stagnierte bis 1957 vollständig. Von diesem Zeitpunkt an ist ebenfalls ein stark intensiviertes Wachstum festzustellen, das auf eine verstärkte Agglomerationswirkung erster Stufe schließen läßt.

Für die im *Birstal* gelegenen Gemeinden der verstädterten Zone läßt sich ebenfalls eine deutliche Abhängigkeit des Wachstums von der Entfernung zur Kernstadt bzw. zum Kerngebiet feststellen. Die stadtnächste Gemeinde Reinach liegt mit einer Zunahme um 103,4% vor Arlesheim (55,3%) und

[44] Vgl. Definition S. 39.

Dornach (34,7%) an der Spitze. Ähnlich präzise Angaben über den Eintritt einzelner Gemeinden in die beiden Stufen der Agglomerationswirkung zu machen, scheint angesichts des entscheidenden Einflusses der eigenen Industriebetriebe auf das Bevölkerungswachstum zu gewagt. Immerhin kann festgestellt werden, daß Reinach um 1954 in die zweite Stufe eingetreten sein dürfte.

Da für das Jahr 1960 auch die absoluten Bevölkerungszahlen sowohl für das Leimental (mit Ausnahme von Oberwil) als auch für das Birstal mit der Entfernung von der Kernstadt übereinstimmen, und auch für den Eintritt der Randgemeinden in die zweite Stufe der Agglomerationswirkung der Einfluß der Entfernung von der Stadt erwiesen ist, darf behauptet werden, daß die von Stöcklin aufgestellten Gesetzmäßigkeiten bezüglich der Bedeutung der Entfernung zur Kernstadt für den Beginn und die Intensität der Agglomerationswirkung in einzelnen Gemeinden immer noch ihre Richtigkeit haben, sofern man allerdings die einschränkende Unterteilung der verstädterten Zone in verschiedene Regionen macht.

Tabelle 13

Bevölkerung in der Region Basel nach Zonen 1945–1960

Jahre	Basel-Stadt[1] (1)	Ergänzungsgebiet (2)	Kerngebiet (3 = 1 + 2)	Verstädterte Zone[2] (4)
1945	175 100	30 126	205 226	23 582
1946	178 710	31 092	209 802	24 203
1947	184 200	32 302	216 502	24 794
1948	189 360	33 462	222 882	25 506
1949	192 280	33 684	225 964	26 007
1950	194 860	34 049	228 909	26 899
1951	197 990	35 360	233 350	27 428
1952	200 970	36 747	237 717	28 252
1953	203 560	38 760	242 320	28 874
1954	206 060	40 794	246 854	29 990
1955	208 170	43 211	251 381	31 228
1956	211 080	45 485	256 565	32 601
1957	215 140	47 467	262 607	34 071
1958	218 220	48 719	266 939	35 328
1959	221 140	50 612	271 752	36 302
1960	223 660	54 743	278 403	39 012

Quellen: 1. *Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt.*
2. *Bevölkerungsfortschreibung nach Gemeinden*, Amt für Gewerbe, Handel und Industrie Baselland.

[1] Bevölkerungsfortschreibung (mittlere Wohnbevölkerung).
[2] Die Einwohnerzahlen für Dornach sind für die Jahre 1945–1949 und 1951–1954, für Kaiseraugst 1945–1949 und 1951 bis 1959 geschätzt.

Schon aus der Tatsache, daß im *Rhein- und im Ergolztal* einzig die beiden kleinen Gemeinden Augst und Kaiseraugst der verstädterten Zone zugerechnet werden können, läßt sich der relativ bescheidene Umfang der Agglomerationswirkung in den östlichen Randgebieten erkennen. Immerhin zeigt die starke Bevölkerungszunahme in der Gemeinde Augst seit 1955 eine Intensivierung dieser Kräfte. Für Kaiseraugst stehen leider keine fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen zur Verfügung, es darf aber angenommen werden, daß sich ihre Entwicklung nicht wesentlich von derjenigen der Schwestergemeinde unterschieden hat.

Industrielles Wachstum und Strukturverschiebungen in der Region Basel seit dem Zweiten Weltkrieg

Bestimmungsgrößen des regionalen industriellen Wachstums

Die Fülle der das industrielle Wachstum einer Region beeinflussenden Bestimmungsgrößen kann grundsätzlich auf drei Hauptfaktoren von gewichtigem Einfluß reduziert werden.

Die Intensität der industriellen Expansion einer begrenzten Region in einem bestimmten Beobachtungszeitraum kann gesehen werden als eine Funktion 1. des Gesamtwachstums der größeren räumlichen Einheit, des ganzen Landes; 2. des strukturellen Aufbaus der regionalen Industrie im Vergleich zur Industrieverteilung insgesamt; 3. des Verhältnisses von positiven und negativen Standortfaktoren.

Bei einem gleichen Anteil der Industriegruppen sowohl am Total der Region als auch des gesamten Landes und unter Ausklammerung der Standortunterschiede wird das Wachstum der regionalen Industrie mit demjenigen der Industrie insgesamt übereinstimmen; dies auch dann, wenn nicht alle Industriegruppen gleichmäßig von konjunkturellen Rückschlägen betroffen werden oder wenn in Zeiten andauernder Hochkonjunktur den einzelnen Industrien unterschiedliche Wachstumsneigungen innewohnen. Bei einer sehr ungleichmäßigen Verteilung der Industriegruppen auf das ganze Land hingegen wird das regionale Wachstum durch konjunkturelle Dämpfungserscheinungen, die nicht alle Branchen mit gleicher Intensität treffen, ebenso wie durch eine von Branche zu Branche verschiedene Expansionstendenz entscheidend vom Gesamtwachstum des ganzen Landes abweichen können. Die unterschiedliche Eignung der verschiedenen Regionen zur Industrieansiedlung und zur industriellen Expansion, mit andern Worten das unter-

Tabelle 14

Schweizerischer Konjunkturverlauf 1947–1959, Indexzahlen, wenn Jahresmittel 1947–1959 = 100

Jahre	Volkseinkommen[1]	Elektrizitäts-umsatz[2]	SBB-Güterverkehr[3]	Beschäftigungs-gang[4]
1947	75	74	86	93
1948	78	80	87	95
1949	75	75	75	89
1950	79	79	85	87
1951	87	92	100	95
1952	92	96	91	97
1953	96	99	91	98
1954	102	103	99	100
1955	109	112	110	104
1956	117	115	119	108
1957	124	121	122	114
1958	129	125	114	111
1959	135	129	121	110

Quelle: *Zihlmann*, a.a.O., S. 17.

[1] Nominelles schweizerisches Nettovolkseinkommen. [2] Gesamter Inlandverbrauch. [3] Beförderte Mengen.
[4] BIGA-Index der in der Industrie beschäftigten Arbeiter.

schiedliche Verhältnis zwischen positiven, die Industrialisierung fördernden, und negativen, hemmenden Faktoren ist im weiteren mitverantwortlich für den regional unterschiedlichen industriellen Wachstumstrend.

Angesichts der Vielschichtigkeit des Industriepotentials der Region Basel darf für diesen Raum ein Parallellaufen der industriellen Entwicklung (im speziellen des Beschäftigungsganges) mit den Hauptindikatoren des schweizerischen Konjunkturverlaufs angenommen werden. Die Folgen eines ungleich über die Industriegruppen gestreuten konjunkturellen Rückschlages könnten deshalb nicht in einer starken Abweichung des Wachstums der regionalen Industrie von der gesamtschweizerischen Wachstumsquote, wohl aber in einer zur schweizerischen Entwicklung parallel laufenden Umstrukturierung des regionalen Industriegesamts bestehen.

Der *allgemeine schweizerische Konjunkturverlauf*, gemessen anhand der generellen statistischen Indikatoren: Konsumtionsvolumen, Produktionsvolumen und Beschäftigung, wurde von Zihlmann für die Jahre 1947–1959 mittels der Hilfsgrößen Volkseinkommen, Elektrizitätsumsatz, SBB-Güterverkehr und Beschäftigungsgang dargestellt[45].

[45] Hans Zihlmann, «Die Wanderungen im Kanton Basel-Stadt seit dem Zweiten Weltkrieg», in: *Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt*, Nr. 75, Basel 1960.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die wirtschaftliche Expansion in der Schweiz bisher dreimal von kurzen Rezessionen unterbrochen worden, nämlich in den Jahren 1949, 1952 und 1957/58. Teilweise sind diese Perioden rückläufiger Wirtschaftsentwicklung als Folgeerscheinung des amerikanischen Konjunkturverlaufs zu erklären. In Tabelle 14 sind diese temporären Rückschläge am deutlichsten in der Reihe der Transportgütermengen der SBB zu verfolgen, bei welchen in allen drei Fällen ein Rückgang eingetreten ist. Im Beschäftigungsgang haben sich nur die Rückschläge von 1949 und 1957 in einer Abnahme der Zahl der Fabrikarbeiter niedergeschlagen, während 1952 nur eine Verlangsamung des Wachstums eingetreten ist. Gegenüber den restlichen Indikatoren reagiert der Beschäftigungsgang zudem mit einem «time-lag» von einem Jahr. Auf das Nettovolkseinkommen und den Elektrizitätsumsatz wirkt sich nur die erste Dämpfung von 1949 in Form einer Abnahme der absoluten Werte aus, während die beiden späteren Rezessionen überhaupt nicht nachgewiesen werden können.

Ein Vergleich mit den Fabrikarbeiterzahlen im Kanton Basel-Stadt[46] zeigt ein ähnliches Bild. Die Gesamtzahl der Basler Fabrikarbeiter ist in den Jahren 1949/50, 1952 und 1958 gesunken.

Wieweit einzelne Industriezweige von diesen Dämpfungserscheinungen betroffen wurden, wäre zwar am Beispiel der gesamten Schweiz festzustellen, ist aber für eine beschränkte Region deshalb schwierig, weil die konjunkturbedingten Einflüsse nicht von den Folgen der Veränderungen der Standortfaktoren getrennt werden können. Da selbst für die am schwersten betroffenen Branchen die rezessionsbedingten Rückschläge nur von sehr kurzer Dauer waren und durchweg sehr rasch von einem noch intensiveren Wachstum abgelöst wurden, dürfen die Einflüsse konjunktureller Schwankungen auf die industrielle Expansion der Region Basel als unbedeutend aus unseren weiteren Betrachtungen ausgeklammert werden. Auch ist eine Umstrukturierung der Basler Industrie aus diesen Gründen nicht gegeben.

Eine wesentliche Verlagerung der Schwerpunkte könnte dagegen in einem Zeitraum «ständiger» Hochkonjunktur die unterschiedliche Wachstumsintensität der einzelnen Industriezweige bewirken. Obwohl für Industrieregionen mit einer mehrheitlich ausgewogenen Struktur eine tiefgreifende Umstrukturierung in einem relativ kurzen Zeitraum von knapp 15 Jahren nicht zu erwarten ist, können bedingt durch das Absterben oder Stagnieren einzelner Industriezweige bei gleichzeitigem verstärktem Wachstum in anderen Branchen und dem Entstehen neuer Produktionszweige bereits sichtbare

[46] Ein Vergleich mit den Fabrikarbeiterzahlen für die gesamte Region ist nicht möglich, da für den Kanton Baselland eine gemeindeweise Auszählung der Resultate der Fabrikstatistik nur für einige Jahre vorgenommen wurde (1946, 1950, 1956, 1961).

Umschichtungen auftreten. Die Gründe dafür sind meist in einer Veränderung der Produktionstechnik im Gefolge erweiterter wissenschaftlicher Erkenntnisse, in Umschichtungen in der Nachfragestruktur[47] sowie in der Substituierung bekannter Produkte durch neuere Erzeugnisse[48] zu suchen.

Für die hier untersuchten Strukturveränderungen *innerhalb* der Industrieregion Basel muß aber dem dritten Faktor, den Veränderungen der Standortbedingungen, unser primäres Interesse zukommen. Durch die zahlreichen Produktionsverlagerungen aus dem Agglomerationskern wurde das industrielle Gesamtbild der umliegenden Gemeinden seit dem Zweiten Weltkrieg derart verändert, daß im Vergleich dazu die durch die gesamtschweizerischen, branchenmäßig unterschiedlichen Entwicklungstendenzen begründeten Strukturverschiebungen stark in den Hintergrund treten müssen.

Die Expansion der Industriegemeinden der Region Basel seit dem Zweiten Weltkrieg darf deshalb weitgehend unter dem ausschließlichen Blickwinkel der sich verändernden Rationalität der Industriestandorte betrachtet werden. Für die gesamte Region soll allerdings getrennt nach Kernstadt und Ergänzungsgebiet in einem spätern Abschnitt dennoch der Versuch einer Aufspaltung des Wachstums in einen gesamtwirtschaftlichen Faktor, in einen strukturellen Faktor und in einen Standortverlagerungsfaktor vorgenommen werden[49].

Die industrielle Entwicklung der Randgebiete

Bei der Darstellung der Bevölkerungsentwicklung wurden die Vorortgemeinden ausschließlich unter dem Aspekt des großstädtischen Arbeiterbedarfes betrachtet[50]. Bis 1945 lag auch die hauptsächliche Bedeutung aller bis dahin in den Agglomerationsraum einbezogenen Gemeinden tatsächlich darin, den zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften in der städtischen Industrie zu decken. Die industrielle Dezentralisation, auf deren Ursachen und Voraussetzungen noch nicht näher eingetreten werden soll, begann sich aber bereits schon viel früher abzuzeichnen. Parallel zu den Ausführungen über die Wirksamkeit bevölkerungsagglomeratorischer Momente könnten auch die industriellen Agglomerationswirkungen in zwei sich zeitlich folgende Stufen getrennt werden.

[47] So war der Niedergang der Basler Seidenbandindustrie weitgehend eine Folge der sich verändernden Modeströmungen um die Jahrhundertwende.

[48] Als Beispiel sei die vermehrte Verdrängung des Metalls aus verschiedenen Anwendungsbereichen durch stofflich andere Produkte, meist Kunststoff, angeführt, durch welche sich viele Unternehmen der Metallbranche vor der Notwendigkeit sehen, selbst ihre Produktion umzustellen, wollen sie nicht auf die Dauer im Konkurrenzkampf unterliegen.

[49] Vgl. S. 53 ff.

[50] Vgl. S. 35 ff.

Durch die günstige Verkehrslage sowie die unmittelbare Nähe des Industriezentrums Basel waren in verschiedenen Vorortgemeinden die Bedingungen und Voraussetzungen zur Ansiedelung von Industriebetrieben bereits seit dem Beginn dieses Jahrhunderts erfüllt. Verschiedentlich sind aus diesen Gründen auch nicht direkt absatz- oder rohstoffgebundene Industriebetriebe in den umliegenden Gemeinden angesiedelt worden. Schon früh kam es auch zu vereinzelten direkten Produktionsverlagerungen aus der Stadt Basel[51].

Ein eigentlicher Zwang zur industriellen Dezentralisierung und damit zur vollständigen Eingliederung von einigen Gemeinden in den industriellen Agglomerationsraum besteht aber erst unter dem Druck der allgemeinen, sich überstürzenden industriellen Expansion seit dem Zweiten Weltkrieg. Dies läßt sich am eindrücklichsten anhand einiger Vergleiche über die industrielle Entwicklung des Kantons Baselland zeigen.

Tabelle 15

Fabrikbetriebe und Fabrikarbeiter im Kanton Baselland seit 1895

Jahr	Zahl der Fabriken	Zahl der Fabrikarbeiter
1895	74	4279
1911	121	6736
1923	157	7984
1937	224	9681
1949	326	10213
1961	501	26546

Quelle: Unveröffentlichter Kommentar des Amtes für Gewerbe, Handel und Industrie des Kantons Baselland zu den Ergebnissen der Fabrikstatistik 1961.

Zwar war bereits in der Zwischenkriegszeit bei den traditionellen Industriezweigen – der Textilindustrie, der Uhrenindustrie sowie in vermindertem Maße der Trikotage-, der Metall- und Maschinenindustrie und der Ziegeleien – eine beträchtliche industrielle Expansion festzustellen, die durch die wachsende Bedeutung des Industriegebietes Pratteln noch verstärkt wurde[52]. Durch die sprunghafte Entwicklung in den Nachkriegsjahren wurde aber die industrielle Entwicklung des Baselbietes in völlig neue Bahnen gelenkt. Die Industriestruktur änderte sich unter dem Einfluß der zahlreichen

[51] Auf die Aussiedelung von Betrieben aus der Kernstadt in die umliegenden Gemeinden wird in einem späteren Abschnitt detailliert eingegangen (vgl. S. 52).

Vgl. auch Hans Annaheim, «Die Raumgliederung des Hinterlandes von Basel», in: *Wirtschaft und Verwaltung*, Heft 3/1950, S. 105, sowie Stöcklin, a. a. O., S. 75–79.

[52] Die Entwicklungsgeschichte von Pratteln ist insofern von derjenigen der übrigen Gemeinden des industriellen Ergänzungsgebietes verschieden, als in dieser Gemeinde bereits in der Zwischenkriegszeit ein sekundäres Industriezentrum heranwuchs. Vgl. S. 73.

Standortverlagerungen aus dem Kanton Basel-Stadt völlig und näherte sich derjenigen von Basel weitgehend[53]. Das industrielle Gesamtbild der Landschaft wird heute durch die Industriegemeinden der Region Basel geprägt. Abgesehen von einer allgemeinen «Verindustrialisierung» des Handwerks und Teilen des Gewerbes sind vier Hauptgründe für das rapide industrielle Wachstum des Baselbietes in den letzten 15 Jahren zu nennen[54]. Bezeichnenderweise beziehen sich alle auf die industrielle Agglomerationswirkung der Stadt Basel.

1. Die besondere geographische Lage der Stadt Basel im schweizerischen und europäischen Rang.
2. Die enge Umschließung der Stadt durch die Landesgrenzen, welche eine bauliche Entwicklung nur nach einer Seite offen lassen.
3. Die unmittelbare Stadtnähe wesentlicher Kantonsteile.
4. Der Ausbau der Rheinhäfen von Birsfelden und Muttenz.

Der bedeutendste Industriezweig im Kanton Baselland war ursprünglich die Textilindustrie, die im Jahre 1895 noch rund 37% aller Fabrikarbeiter beschäftigte. Allgemein bekannt ist vor allem die traditionelle Seidenbandweberei, die namentlich als Heimindustrie wichtig war. Heute beträgt der Anteil der Textilindustrie nurmehr 7,5%, und die Heimposamenterei ist zufolge Überalterung und Konzentration der Seidenbandweberei in den Fabrikbetrieben auf einen unbedeutenden Rest zusammengeschrumpft.

Der zweite traditionelle Zweig, dessen Anfänge ebenfalls weit ins letzte Jahrhundert zurückreichen, die um Waldenburg zentralisierte Uhrenindustrie[55], ist in den letzten Jahrzehnten ebenfalls von den wachstumsintensiveren «neuen» Industriezweigen stark überflügelt worden. Immerhin steht die Uhrenindustrie 1961 mit 8,3% aller Fabrikarbeiter noch immer an vierter Stelle[56].

[53] Vgl. S. 52ff.

[54] Es ist dies eine detaillierte Darstellung eines an sich allgemein bekannten Tatbestandes. Sie wurde nur deshalb wiedergegeben, weil sie auch der Ansicht der offiziellen Stellen des Kantons Baselland entspricht, was zeigt, daß man sich dort bewußt ist, in welch starkem Maße die Industrialisierung des Kantons vorerst auf die wenigen Gemeinden des industriellen Einzugsgebietes von Basel ausgerichtet ist.

[55] Eine eingehende Beschreibung der Industrialisierungsgeschichte des Waldenburgertales findet sich in: Heinrich Weber, «Geschichte von Waldenburg» in: *Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Baselland*, Bd. III. Liestal 1957.

[56] Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Uhrenbranche ein sehr arbeitsintensiver Industriezweig ist, in welchem die Quote der weiblichen Arbeitskräfte mit zur Zeit rund 50% sehr hoch ist. Noch höhere Anteile weisen lediglich die Gruppen Textilien, Bekleidung und Ausrüstung auf.

Obwohl heute das industrielle Bild des Kantons sehr vielfältig wirkt, ist doch eine starke Dominanz der drei wichtigsten Branchen, der Chemie, der Metallindustrie sowie der Gruppe Maschinen und Apparate, unverkennbar. Diese drei Zweige vereinigten 1961 knapp 50% aller Fabrikarbeiter und rund 40% aller Fabrikbetriebe auf sich.

Tabelle 16
Beschäftigte Personen im Kanton Baselland nach Branchen 1961

	Zahl der Fabrikbetriebe	Fabrikarbeiter absolut	Fabrikarbeiter in Prozent
Nahrungs- und Genußmittel	29	1024	3,9
Textilien	28	2001	7,5
Bekleidung und Wäsche (inkl. Schuhindustrie)	27	1715	6,5
Ausrüstungsgegenstände	15	370	1,4
Holzindustrie	84	1742	6,6
Herstellung und Bearbeitung von Papier	13	843	3,2
Buchdruck und verwandte Industrien	23	628	2,3
Leder und Kautschuk	10	1445	5,4
Chemie	35	2888	10,8
Erden und Steine	23	1597	6,0
Herstellung und Bearbeitung von Metallen	94	5489	20,7
Maschinen, Apparate und Instrumente	78	4479	16,9
Uhren, Bijouterie	36	2192	8,3
Zentrale Anlagen für Kraft und Wasserleistung	6	133	0,5
Zusammen	501	26546	100

Quelle: Fabrikstatistik 1961.

Gerade in den drei bedeutendsten Zweigen ist die Orientierung nach dem Industriegebiet von Basel sehr ausgeprägt. Von den im Kanton beschäftigten Chemiearbeitern sind 94,5% im Bezirk Arlesheim und in der Gemeinde Pratteln beschäftigt. In der Metallindustrie sind es deren 74,1%, im Maschinen- und Apparatebau 65,1%. Der Anteil des Bezirks Arlesheim und der Gemeinde Pratteln am Total der Fabrikarbeiter beträgt dagegen nur 63,1%.

Wenn auch im Vergleich zu früheren Phasen der industriellen Entwicklung eine beschränkte Ausgeglichenheit der Industriestruktur des Kantons Baselland erreicht worden ist, so sind doch die einseitige geographische Lagerung der Fabrikbetriebe und die Ansätze zu einer noch verstärkten Dominanz der drei momentanen Hauptbranchen nicht zu übersehen. Die zur Zeit stark diskutierte Frage, wie eine intensivere Industrialisierung der «Berggebiete» (das heißt der Regionen des Jurakammes) erreicht werden könnte, scheint deshalb aus kantonaler Sicht durchaus nicht unberechtigt, wenn auch generell einige Zweifel und Bedenken hinsichtlich des Erfolges solcher ge-

zielter Industrialisierungsanstrengungen sowie der volkswirtschaftlichen Wünschbarkeit einer auf eine zu starke Streuung hinzielenden Industrialisierungspolitik angebracht werden müssen.

Faktoren des industriellen Wachstums in Stadt und Region Basel

Es wurde bereits festgestellt, wie sehr das starke Verharrungsvermögen der meisten Industrien an einem einmal eingenommenen Standort als eines der Haupthindernisse den Bestrebungen zur Erreichung einer stärkeren Streuung der industriellen Aktivität über das ganze Land entgegenwirkt und damit entscheidend für die nur beschränkte, unechte Dezentralisation der letzten 15 Jahre verantwortlich gemacht werden muß. Sind es generell meist betriebsinterne Gründe, wie die Befürchtung, einen großen Teil der angestammten Arbeitskräfte zu verlieren, die gegen eine Betriebsverlagerung über weitere Strecken sprechen, so lassen im Falle von Basel vielfach ernste Bedenken hinsichtlich eines Verlustes der aus der günstigen Verkehrslage von Basel im schweizerischen und gesamteuropäischen Raum resultierenden Standortvorteile eine Betriebsverlegung nur in ganz engen geographischen Grenzen möglich erscheinen.

Verdeutlicht wird die Tendenz, den Standort nur innerhalb der Stadt- oder Agglomerationsgrenzen zu verlagern, wenn man sich vor Augen hält, daß von 99 Betrieben, die von 1921 bis Mitte 1962 aus dem Kanton Basel-Stadt wegzogen, 81 innerhalb des Raumes des Ergänzungsgebietes und der verstädterten Zone verblieben. Besonders stark zeigt sich diese Tendenz in den letzten 10 Jahren.

Die Gründe, die bis 1945 Unternehmen zur Abwanderung aus Basel-Stadt trieben, waren meist sehr spezieller Natur. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß von den in der Zeit von 1921 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges abgewanderten Unternehmungen ein Drittel den heutigen Agglomerationsraum verließen. Noch bis 1950 ist dieser Anteil relativ hoch, während in den letzten 12 Jahren Betriebsverlegungen über die Agglomerationsgrenzen hinaus seltene Ausnahmen darstellten. Die Gemeinden des Ergänzungsgebietes verdanken damit ihren ungeheuer raschen industriellen Aufschwung in der Nachkriegszeit dem Zusammenwirken zweier entscheidender positiver Standortfaktoren.

Durch ihre unmittelbare Nähe zur Stadt und ihre günstige Lage an den von Basel wegführenden Hauptverkehrsachsen partizipieren vor allem die Gemeinden Birsfelden, Münchenstein, Muttenz und Pratteln an den Vorteilen der günstigen Verkehrslage. Sie bieten sich zudem den aus der Stadt verdrängten Unternehmungen durch ihre geringe Entfernung zum Zentrum

Tabelle 17

Aus dem Kanton Basel-Stadt weggezogene Fabrikbetriebe

Jahre	Betriebe insgesamt	Beschäftigte zur Zeit des Wegzugs[2]	Neue Niederlassung	
			Agglomerationsraum Basel[3]	Übrige Schweiz
1921–1944	24	520	16	8
1945–1950	17	620	12	5
1951–1955	19	270	17	2
1956	8	200	8	–
1957	8	180	8	–
1958	6	60	4	2
1959	4	120	4	–
1960	4	180	4	–
1961	5	190	5	–
1962 (1. Halbjahr)	4	180	3	1
1962 (2. Halbjahr[1])	4	230	3	1
1921 bis 29. Juli 1962	99	2520	81	18
Geplante Wegzüge	4	230	3	1
Total	103	2750	84	19

Quelle: Zusammengestellt nach den Angaben des Fabrikinspektorates Basel-Stadt.

[1] Firmen, von denen bekannt ist, daß sie einen Wegzug unmittelbar planen. [2] Geschätzte Werte, gerundet.
[3] Umfaßt industrielles Ergänzungsgebiet und verstädterte Zone.

in hervorragender Weise zur Ansiedelung an. Ebenso richtet sich der Hauptteil des Zuzuges von Industriebetrieben aus Gebieten außerhalb der Region vermehrt auf die umliegenden Gemeinden[57].

Hat die Zahl der Fabrikarbeiter im Kanton Basel-Stadt seit 1946 um 34,2% zugenommen, so beträgt die Wachstumsquote im Ergänzungsgebiet 149,3%. Der Anteil dieser umliegenden Industriegemeinden am Total der beschäftigten Arbeiter der Region erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 18% auf fast 25%.

Tabelle 18

Fabrikarbeiter im Kanton Basel-Stadt und im industriellen Ergänzungsgebiet

Gebiete	1946	1950	1956	1961
Basel-Stadt	23008	23741	27956	30869
Ergänzungsgebiet	5025	5660	8965	12529
Industrieregion (Kerngebiet)	28033	29401	36921	43398

[57] Für den Zuzug von Fabrikbetrieben lassen sich keine genauen Zahlen angeben, weil in den Fabrikregistern meist nicht unterschieden wird zwischen zugezogenen Betrieben und solchen, die durch Betriebserweiterung in die Definition des Fabrikbetriebes hineingewachsen sind. Sowohl für das Ergänzungsgebiet, wie auch noch in vermehrtem Masse für den Kanton Basel-Stadt dürften aber die Zuzüge nur einen sehr bescheidenen Umfang erreichen.

Schon bei der Darstellung der Bestimmungsgrößen des regionalen industriellen Wachstums wurde die Möglichkeit verworfen, daß die Expansion der Industrien der Region Basel allein durch strukturbedingte Momente, wie die unterschiedliche Exponiertheit der einzelnen Industriezweige gegenüber konjunkturellen Rückschlägen oder die unterschiedliche Wachstumsintensität, induziert sein könnte. Dennoch sollen zunächst drei Faktoren als die Hauptbestimmungsgründe des regionalen industriellen Wachstums näher untersucht werden: das Wachstum der übergeordneten wirtschaftlichen Einheit, der strukturelle Aufbau der regionalen Industrie im Vergleich zur Industrieverteilung insgesamt und das Verhältnis von positiven und negativen Standortfaktoren[58].

Es sei versucht, diese drei Faktoren zu quantifizieren:

a_1, a_0 = Fabrikarbeiter von Basel-Stadt bzw. Ergänzungsgebiet bzw. Kerngebiet im Zeitpunkt 1 bzw. 0

A_1, A_0 = Fabrikarbeiter in der ganzen Schweiz im Zeitpunkt 1 bzw. 0

c_1, c_0 = Anteil der Region (Basel-Stadt bzw. Ergänzungsgebiet bzw. Kerngebiet) am gesamtschweizerischen Total

A_1^i, a_1^i, c_1^i = aufgegliedert nach Branchen (i-te Branche)

$$\frac{a_1}{a_0} = \frac{\sum a_1^i}{\sum a_0^i} = \frac{\sum A_1^i \cdot c_1^i}{\sum A_1^i \cdot c_0^i} \cdot \frac{\sum A_1^i \cdot c_0^i}{\sum A_0^i \cdot c_0^i}$$

Weiter ist:

$$\frac{a_1}{a_0} = \frac{A_1}{A_0} \cdot \frac{a_1/a_0}{A_1/A_0}$$

$$\frac{a_1}{a_0} = \frac{A_1}{A_0} \cdot \frac{\sum A_1^i \cdot c_0^i / \sum A_0^i \cdot c_0^i}{A_1/A_0} \cdot \frac{\sum A_1^i \cdot c_1^i}{\sum A_1^i \cdot c_0^i}$$

Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Region ist damit in zwei Hauptkomponenten, eine gesamtwirtschaftliche und eine regionale, zerlegt. Die gesamtwirtschaftlichen Einflüsse sind enthalten in der Beschäftigungsexpansion in der ganzen Schweiz ($A_1 : A_0$), wobei angenommen werden kann, daß sich eine Beschleunigung oder Dämpfung dieser Größe auch in der Entwicklung der einzelnen Regionen niederschlägt.

[58] Vgl. S. 44 ff.

Die Summe aller regionalen Einflüsse ist im *Regionalfaktor* enthalten:

$$\frac{\sum A_1^i \cdot c_0^i / \sum A_0^i \cdot c_0^i}{A_1/A_0} \cdot \frac{\sum A_1^i \cdot c_1^i}{\sum A_1^i \cdot c_0^i}$$

Ein Regionalfaktor von 100 zeigt ein völliges Übereinstimmen des regionalen mit dem schweizerischen Wachstum an. Steigt der Wert des Regionalfaktors über 100, so deutet dies auf das Vorhandensein regionaler Beschleunigungskräfte bzw. Dämpfungseinflüsse bei einem Wert von unter 100 hin.

Die regionale Komponente kann weiter aufgegliedert werden in strukturbedingte Divergenzen (*Strukturfaktor*)

$$\frac{\sum A_1^i \cdot c_0^i / \sum A_0^i \cdot c_0^i}{A_1/A_0}$$

und Folgen der räumlichen Verlagerung[59] (*Standortverlagerungsfaktor*)

$$\frac{\sum A_1^i \cdot c_1^i}{\sum A_1^i \cdot c_0^i}$$

Der Strukturfaktor zeigt an, ob und wie weit das wirtschaftliche Wachstum der Region dadurch mitbestimmt wird, daß die regionale Wirtschaftsstruktur wachstumsgünstig oder wachstumsungünstig war. Bei einem Überwiegen wachstumsintensiver Zweige steigt der Strukturfaktor über 100, entsprechend nimmt er einen Wert von unter 100 an, wenn eine Dominanz schwach expandierender Zweige gegeben ist.

Im Standortverlagerungsfaktor schlägt sich das Verhältnis zwischen relativen Standortvorteilen und relativen Standortnachteilen nieder. Bei einem Wert von über 100 wurde das regionale Wachstum durch relativ günstige Standortfaktoren intensiviert bzw. bei einem Wert von unter 100 durch ein Überwiegen der Nachteile gedämpft.

Theoretisch wäre eine ähnliche Aufgliederung, wie sie hier für den regionalen Faktor vorgenommen wurde, auch für den gesamtwirtschaftlichen Faktor denkbar, indem die Einflüsse des Produktionswachstums und des Produktivitätsfortschrittes auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum gesondert

[59] Der Begriff der räumlichen Verlagerung umfaßt in diesem Falle nicht nur die tatsächlich erfolgten Standortverlegungen und die Ausgliederung von Filialbetrieben, sondern – dies vor allem bei Vergleichen zwischen verschiedenen räumlich getrennten Regionen – auch generell Anteilsverschiebungen der Beschäftigten in den Teilregionen am Gesamtraum auf Grund einer beschleunigten Expansion in einigen Gebieten.

untersucht würden. Da aber für die Schweiz keine Produktionsstatistik veröffentlicht wird, muß auf eine derartige weitergehende Aufgliederung verzichtet werden.

Für den Kanton Basel-Stadt, das industrielle Ergänzungsgebiet und die Industrieregion insgesamt ergeben sich, errechnet nach der Zahl der Fabrikarbeiter in den drei Perioden 1946–1950, 1950–1956 und 1956–1961 die folgenden Werte[60]:

Tabelle 19

Wachstumsfaktoren der industriellen Arbeitskräfte in der Region Basel

	$a_1 : a_0$	Gesamtwirtschaftsfaktor	Strukturfaktor	Standortverlagerungsfaktor	Regionaler Faktor
I 1946–1950					
Basel-Stadt	103,2	102,4	100,4	100,4	100,8
Ergänzungsgebiet .	112,6	–	98,6	111,5	110,0
Kerngebiet	104,9	–	100,0	102,4	102,4
II 1950–1956					
Basel-Stadt	117,8	124,7	98,6	95,8	94,4
Ergänzungsgebiet .	158,4	–	101,7	124,9	127,0
Kerngebiet	125,6	–	99,1	101,5	100,6
III 1956–1961					
Basel-Stadt	110,4	116,6	103,7	91,3	94,7
Ergänzungsgebiet .	139,7	–	103,1	116,2	119,8
Kerngebiet	117,5	–	103,5	97,4	100,8

Im Kanton Basel-Stadt liegt die Zunahme der Arbeitskräfte ($a_1 : a_0$) in der ersten Periode noch knapp über dem gesamtschweizerischen Mittel, fällt aber nach 1950 stark darunter, während sich für die Gemeinden des industriellen Ergänzungsgebietes durchweg ein bedeutend höheres Wachstum ergibt. Die gegenüber Periode I und III relativ hohen Werte im Zeitraum von 1950–1956 lassen sich – abgesehen von der ungleichen Länge der Beobachtungszeiträume (vgl. Fußnote [60]) – zu einem guten Teil aus dem Umstand erklären, daß die Beschäftigtenzahlen im Jahre 1950 unter dem Eindruck der Rezession von 1949 teilweise Tiefstwerte unter dem Niveau von 1948 erreichten[61].

[60] Da für 1945 und 1955 – das Jahr der gewerblichen Betriebszählung – eine weniger detaillierte Auszählung der Resultate der Fabrikstatistik vorgenommen wurde, war auch eine Aufgliederung nach Branchen und Gemeinden für 1945 bzw. 1955 für die Gemeinden des Ergänzungsgebietes nicht möglich. Wir sahen uns so gezwungen, trotz statistischen Bedenken die Beobachtungszeiträume verschieden lang zu wählen. Die Resultate sind deshalb nur innerhalb einer Periode direkt vergleichbar, während sich für Vergleiche zwischen den Perioden I, II und III nur eine mittelbare Basis ergibt.

[61] Zum Beispiel Basel-Stadt: 1948: 26018/1950: 23741.

Der ungünstige Einfluß der sich verschlechternden Produktionsbedingungen in Basel-Stadt auf das unterdurchschnittliche Wachstum in den Perioden II und III läßt sich deutlich mittels des ständig abnehmenden Wertes des Standortverlagerungsfaktors belegen. Zwischen 1946 und 1950 vermochten die regionalen Standortvorteile des Raumes Basel sich im Kerngebiet noch in Form eines im Vergleich zum gesamtschweizerischen Wert verstärkten Wachstums auszuwirken, während für die beiden folgenden Perioden das Überwiegen der Nachteile eine wachstumshemmende Konsequenz hatte. Im Gegensatz dazu rücken die Gemeinden des Ergänzungsgebietes in eine immer günstigere Position, was sich in einem durchweg hohen Standortverlagerungsfaktor niederschlägt.

Für den Strukturfaktor ist im Kanton Basel-Stadt keine einheitliche Tendenz festzustellen. Im Ergänzungsgebiet dagegen ist eine leichte, aber stetige Verbesserung zu erkennen, was vor allem auf den im Vergleich zu Basel größeren Anteil der wachstumsintensiven Industriezweige zurückzuführen ist. Gesamtschweizerisch liegt die Zunahme zwischen 1950 und 1961 in fünf Industriezweigen über dem Durchschnitt, nämlich in der Metallindustrie, im Maschinen- und Apparatebau, im graphischen Gewerbe, in der Chemie und in der Industrie der Steine und Erden. Gerade diese stark expandierenden Industriezweige sahen sich als erste gezwungen, die Grenzen der Kernstadt zu durchbrechen, wodurch sich ein struktureller Vorteil für das Ergänzungsgebiet heranbildete[62]. Wenn sich andererseits in Periode III der Strukturfaktor für Basel-Stadt wieder wesentlich zu verbessern vermochte, so ist dies weitgehend darauf zurückzuführen, daß sich mehr und mehr auch die weniger wachstumsintensiven Industriezweige unter dem steigenden Druck der Überballungserscheinungen der Notwendigkeit von Betriebsverlegungen gegenübersehen[63] und damit das Gewicht der stärker wachsenden Branchen, vor allem der chemischen Industrie, des Apparatebaus und der graphischen Industrie, in Basel-Stadt wieder im Steigen begriffen ist.

Die Werte für das gesamte Kerngebiet zeigen, daß die günstige Position des Hauptindustriegebiets von Basel innerhalb der gesamtschweizerischen Industrie weit weniger als früher eine Folge der vorteilhaften regionalen Standortfaktoren, sondern vermehrt der wachstumsfördernden Struktur ihrer Industrie ist. Der Rückgang des Standortverlagerungsfaktors des gesamten Kerngebiets in Periode III auf einen ungünstigen Wert von unter 100 scheint aber weniger auf eine sinkende Rationalität des Standortes «Nord-

[62] Vgl. S. 57 ff.

[63] Beispielsweise entfallen in der Nahrungs- und Genußmittelbranche und in der Bekleidungsindustrie die bedeutendsten Betriebsverlegungen von Basel nach Gemeinden des Ergänzungsgebietes auf die dritte Periode.

westschweiz» im Vergleich zu anderen schweizerischen Industrieregionen, denn auf eine gewisse Übersättigung des untersuchten Kerngebietes zurückzuführen zu sein, die eine vermehrte Ausrichtung der intraregionalen Standortverlagerung nach Gemeinden außerhalb des industriellen Ergänzungsgebiets zur Folge hat.

Wir kommen so zur folgenden vorläufigen Schlußfolgerung: Von 1946 bis 1950 vermochte sich die Zahl der Fabrikarbeiter in Stadt und Region Basel dank günstigen Standort- und Strukturbedingungen überdurchschnittlich zu erhöhen. Nach 1950 wirkten sich die Agglomerationsnachteile in der Stadt Basel stark hemmend auf das wirtschaftliche Wachstum aus, während die vorgelagerten Industriegemeinden vermehrt von ihrer günstigen Lage zu profitieren vermochten, was sich in einem vor allem auf die Verbesserung des Standortverlagerungsfaktors zurückzuführenden überdurchschnittlichen Wachstum niederschlug. Bereits lassen aber die Werte für die letzte Periode auf eine in nächster Zukunft auch auf die Gemeinden des Ergänzungsgebiets übergreifende Sättigung schließen. Der Strukturfaktor des Ergänzungsgebiets hat sich nicht mehr stark verbessert, und auch die Spanne zwischen den Werten des Standortverlagerungsfaktors in Basel und im Ergänzungsgebiet ist trotz dem weiteren starken Absinken in der Kernstadt kleiner geworden. Äußeres Zeichen dieser Entwicklung ist zum Beispiel die Tatsache, daß sämtliche 5 Betriebe der Maschinenindustrie, die ihre Fabrikationsstätten zwischen 1956 und 1961 verlegt haben, in Gemeinden der verstädterten Zone und nicht des industriellen Ergänzungsgebiets übergesiedelt sind.

Das Wachstum einzelner Industriezweige in Basel-Stadt und im industriellen Ergänzungsgebiet

Es fragt sich, ob alle Industriezweige von der Verschlechterung der Standortfaktoren im Agglomerationskern mit gleicher Intensität betroffen werden und welche Differenzen sich hinsichtlich der Entwicklungstendenz in den einzelnen Branchen in Stadt und Ergänzungsgebiet ergeben.

Eine ähnlich detaillierte quantitative Aufgliederung der regionalen Wachstumsfaktoren, wie für die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen insgesamt, läßt sich für die einzelnen Branchen nicht vornehmen, da mit dem Wegfallen des Strukturfaktors sämtliche Differenzen zum gesamtschweizerischen Wachstum auf die regionalen Standortfaktoren zurückgeführt würden. Dabei bliebe aber die Tatsache der unterschiedlichen Struktur innerhalb der einzelnen Branchen, der dadurch verursachten abweichenden Expansionsintensität, des ungleich großen Anteils des Exportes an der Gesamtproduktion der einzelnen Betriebe und anderes mehr unberücksichtigt.

Tabelle 20

Fabrikarbeiter nach Industriezweigen im Kanton Basel-Stadt

Industriezweige	Grundzahlen			
	1946	1950	1956	1961
Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Getränke	1 678	2 043	2 182	2 150
Textilindustrie	1 896	1 418	1 500	1 253
Bekleidungs- und Wäscheindustrie, Ausrüstungsgegenstände	2 006	2 061	2 285	2 225
Holzindustrie	1 551	1 531	1 496	1 576
Herstellung und Bearbeitung von Papier[1]	512	232	154	122
Buchdruck, Buchbinderei	1 794	2 065	2 629	3 217
Leder, Kautschuk, Plastik[1]	–	82	55	89
Chemische Industrie	7 864	8 513	10 057	12 032
Industrie der Steine und Erden	325	261	220	321
Metallindustrie	1 953	1 841	2 547	2 365
Maschinen- und Apparateindustrie	3 163	3 415	4 510	5 186
Uhrenindustrie, Bijouterie	13	10	5	17
Musikinstrumente	–	–	35	31
Kraft-, Gas- und Wasserlieferung	253	269	281	285
Total	23 008	23 741	27 956	30 869

	Index Basel-Stadt, wenn 1946 = 100		
	1950	1956	1961
Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Getränke	121,8	130,0	128,1
Textilindustrie	74,8	79,1	66,1
Bekleidungs- und Wäscheindustrie, Ausrüstungsgegenstände	102,7	113,9	110,9
Holzindustrie	98,7	96,5	101,6
Herstellung und Bearbeitung von Papier[1]	61,3	40,8	41,2
Buchdruck, Buchbinderei	115,1	146,5	179,3
Leder, Kautschuk, Plastik[1]	–	–	–
Chemische Industrie	108,3	127,9	153,0
Industrie der Steine und Erden	80,3	67,7	98,8
Metallindustrie	94,3	130,4	121,1
Maschinen- und Apparateindustrie	108,0	142,6	164,0
Uhrenindustrie, Bijouterie	76,9	38,5	130,8
Musikinstrumente	–	–	–
Kraft-, Gas- und Wasserlieferung	106,3	111,1	112,6
Total	103,2	121,5	134,2

Quelle: «Fabrikzählungen», *Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt* (1946/1950/1956/1961).

[1] In der Fabrikstatistik von 1946 wurde die Trennung in «Papier» und «Leder, Kautschuk und Plastik» noch nicht vorgenommen. Die errechnete Zuwachsrate bezieht sich deshalb auf die Gesamtheit der in den beiden Branchen beschäftigten Arbeiter. Auf der Basis 1950 = 100 betragen die Zuwachsraten für beide Zweige getrennt: Papier: 1956: 66,4; 1961: 52,6; Leder, Kautschuk und Plastik: 1950: 67,1; 1961: 108,5.

Tabelle 21

Facharbeiter nach Industriezweigen, industrielles Ergänzungsgebiet

Industriezweige	Grundzahlen			
	1946	1950	1956	1961
Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Getränke	315	385	407	739
Textilindustrie	262	208	212	189
Bekleidungs- und Wäscheindustrie, Ausrüstungsgegenstände	105	166	156	313
Holzindustrie	222	270	443	577
Herstellung und Bearbeitung von Papier[1]	434	313	520	602
Buchdruck, Buchbinderei	97	114	191	432
Leder, Kautschuk, Plastik[1]	–	340	827	1 021
Chemische Industrie	1 035	1 030	1 727	2 661
Industrie der Steine und Erden	773	801	829	945
Metallindustrie	794	931	2 041	2 738
Maschinen- und Apparateindustrie	951	1 079	1 546	2 231
Uhrenindustrie, Bijouterie	–	4	12	11
Musikinstrumente	–	–	–	–
Kraft-, Gas- und Wasserlieferung	37	19	56	70
Total	5 025	5 660	8 967	12 529

	Index Ergänzungsgebiet, wenn 1946 = 100			Index Ergänzungsgebiet, wenn Index BS = 100
	1950	1956	1961	1961
Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Getränke	122,2	129,2	234,6	183,1
Textilindustrie	79,4	80,9	72,1	109,1
Bekleidungs- und Wäscheindustrie, Ausrüstungsgegenstände	158,1	148,6	298,1	268,8
Holzindustrie	121,6	199,5	259,9	255,8
Herstellung und Bearbeitung von Papier[1]	150,5	310,4	374,0[2]	1 056,7[2]
Buchdruck, Buchbinderei	117,5	196,9	445,4	248,4
Leder, Kautschuk, Plastik[1]	–	–	–	395,4[2]
Chemische Industrie	99,5	166,9	257,1	168,0
Industrie der Steine und Erden	103,6	107,2	122,3	123,8
Metallindustrie	117,3	257,1	344,8	284,7
Maschinen- und Apparateindustrie	113,5	162,6	234,6	143,0
Uhrenindustrie, Bijouterie	–	–	–	–
Musikinstrumente	–	–	–	–
Kraft-, Gas- und Wasserlieferung	51,4	151,4	189,2	168,0
Total	112,6	178,4	239,3	185,8

[1] In der Fabrikstatistik von 1946 wurde die Trennung in «Papier» und «Leder, Kautschuk und Plastik» noch nicht vorgenommen. Die errechnete Zuwachsrate bezieht sich deshalb auf die Gesamtheit der in den beiden Branchen beschäftigten Arbeitskräfte. Auf der Basis 1950 = 100 betragen die Zuwachsraten für beide Zweige getrennt: Papier: 1956: 166,1; 1961: 192,3. Leder, Kautschuk und Plastik: 1956: 234,2; 1961: 300,3. Dabei ist zu bemerken, daß das Wachstum der letzteren Branche fast ausschließlich durch das Tempo der Expansion eines einzigen Unternehmens, der Fabrik für Firestone-Produkte in Pratteln, bestimmt wird.

[2] Approximative Werte; 1946 geschätzt.

Tabelle 22 Zunahme der Fabrikarbeiter nach Industriezweigen; Betriebsverlegungen nach Zielort

Industriezweige	Prozentuales Wachstum nach Branchen (1946 = 100)				Betriebsverlegungen aus dem Kanton Basel-Stadt nach Zielort[2]					
					Absolut				Arbeitskräfte der verlegten Betriebe in % des Bestandes in Basel-Stadt am Ende der Periode	
					Ergänzungsgebiet		Verstädterte Zone			
	Basel-Stadt	Ergänzungsgebiet	Schweiz	2:1	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Ergänzungsgebiet	Verstädterte Zone
I 1946–1950	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	121,8	122,2	110,7	100,3	1	15	–	–	0,7	–
Textilindustrie	74,8	79,4	105,2	106,1	–	–	1	20	–	1,4
Bekleidung, Wäsche, Ausrüstung	102,7	158,1	104,8	153,9	1	20	–	–	1,0	–
Holzindustrie	98,7	121,6	99,0	123,2	–	–	–	–	–	–
Herstellung und Bearbeitung von Papier[1]	61,3	150,5	86,2	245,5	2	70	–	–	30,2	–
Buchdruck, Buchbinderei	115,1	117,5	122,6	102,1	–	–	–	–	–	–
Leder, Kautschuk und Plastik[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Chemische Industrie	108,3	99,5	98,8	91,9	–	–	–	–	–	–
Industrie der Steine und Erden	80,3	103,6	104,2	129,0	–	–	–	–	–	–
Metallindustrie	94,3	117,3	105,4	124,4	2	55	–	–	3,0	–
Maschinen- und Apparateindustrie	108,0	113,5	98,2	105,1	4	190	–	–	5,6	–
Total	103,2	112,6	102,4	109,0	10	350	1	20	–	–
II 1950–1956 (1950 = 100)										
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	106,8	105,7	113,0	99,0	1	6	–	–	0,3	–
Textilindustrie	105,8	101,9	107,1	96,3	1	6	–	–	0,4	–
Bekleidung, Wäsche, Ausrüstung	110,9	94,0	115,5	84,8	2	16	–	–	0,7	–
Holzindustrie	97,9	164,1	118,2	168,0	4	55	2	25	3,7	1,7
Herstellung und Bearbeitung von Papier	66,4	166,1	122,6	250,1	3	55	2	135	35,7	87,7

Buchdruck, Buchbinderei	127,3	167,5	122,8	131,6	–	–	–	–	–	–
Leder, Kautschuk und Plastik	67,1	243,2	122,4	362,4	–	–	–	–	–	–
Chemische Industrie	118,1	167,7	120,8	141,5	2	55	–	–	0,5	–
Industrie der Steine und Erden	84,3	103,5	122,4	122,8	2	16	–	–	7,3	–
Metallindustrie	138,3	219,2	140,8	158,5	3	34	1	10	1,3	0,4
Maschinen- und Apparateindustrie	132,1	143,3	140,0	108,5	2	30	–	–	0,7	–
Total	117,8	158,4	124,7	134,5	20	273	5	170	–	–
III 1956–1961 (1956 = 100)										
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	98,5	181,6	112,3	184,4	2	125	–	–	5,8	–
Textilindustrie	83,5	89,2	101,8	106,8	–	–	–	–	–	–
Bekleidung, Wäsche, Ausrüstung	97,4	200,6	116,6	206,0	3	100	–	–	4,5	–
Holzindustrie	105,3	130,2	110,1	123,6	2	16	–	–	1,0	–
Herstellung und Bearbeitung von Papier	79,2	115,8	117,1	146,2	–	–	–	–	–	–
Buchdruck, Buchbinderei	122,4	226,2	126,2	184,8	3	46	–	–	1,4	–
Leder, Kautschuk und Plastik	161,8	123,5	106,2	76,3	–	–	–	–	–	–
Chemische Industrie	119,6	154,1	125,4	128,8	2	30	–	–	0,2	–
Industrie der Steine und Erden	145,9	114,0	118,9	78,1	1	10	–	–	3,1	–
Metallindustrie	92,9	134,1	124,0	144,3	5	218	2	23	9,2	1,0
Maschinen- und Apparateindustrie	115,0	144,3	124,2	125,5	–	–	5	145	–	2,8
Total	110,4	139,7	116,6	126,3	18	545	7	168	–	–

Quelle: Errechnet nach den Ergebnissen der Eidgenössischen Fabrikstatistik von 1946, 1950, 1956 und 1961.

[1] Papier- und Lederindustrie werden in der Fabrikzählung 1946 noch nicht gesondert ausgewiesen. Bei sämtlichen aus Basel weggezogenen Unternehmen handelt es sich jedoch um Betriebe der Papierindustrie.

[2] Die Zahl der in den verlegten Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte ist geschätzt und bezieht sich auf das Datum der Streichung im Baselstädtischen Fabrikregister.

Hingegen lassen sich aus dem Verhältnis zwischen der Wachstumsdifferenz von Stadt und Ergänzungsgebiet und der Zahl der erfolgten Betriebsverlegungen sehr differenzierte qualitative Merkmale der Dezentralisationsneigung in den einzelnen Industriezweigen herausarbeiten.

Die Entwicklung sämtlicher Industriezweige ist seit 1946 durch ein verstärktes Wachstum im Ergänzungsgebiet und eine geringere Zunahme im Kanton Basel-Stadt gekennzeichnet. Nur gerade die Textilindustrie verzeichnet in beiden Zonen eine rückläufige Tendenz, was allerdings angesichts der Tatsache, daß dieser Industriezweig auch gesamtschweizerisch das geringste Wachstum aufweist und seit 1950 praktisch stagniert, nicht zu überraschen vermag. Ebenfalls gesunken ist in Basel die Zahl der in der Industrie der Steine und Erden sowie in der Gruppe Papier, Leder, Kautschuk, Plastik arbeitenden Personen, während die Holzindustrie noch 1961 annähernd die gleiche Anzahl Arbeitskräfte wie 1945 beschäftigte.

Aus unserer Betrachtung ausgeschlossen werden müssen die Uhren- und Bijouterieindustrie, die Musikinstrumentefabrikation sowie die Betriebe der Kraft-, Gas- und Wasserversorgung. Die beiden ersteren beschäftigen in der Region Basel eine zu geringe Zahl von Arbeitskräften, so daß der Aussagewert der errechneten Wachstumsraten äußerst gering ist. Bei den Werken zur Kraft-, Gas- und Wasserversorgung handelt es sich fast ausschließlich um Staatsbetriebe, für welche die Maßstäbe der betriebswirtschaftlichen Standortwahl ihre Bedeutung verlieren.

Die Einwirkung des gesamtwirtschaftlichen Faktors auf das regionale branchenmäßige Wachstum darf hier weitgehend vernachlässigt werden. Die gesamtschweizerischen Quoten werden als Konglomerate einer Vielzahl von Einzelgrößen immer ein ausgeglicheneres Bild ergeben als die durch verschiedene Zufallsmomente mitbestimmten regionalen Zuwachsraten. Einzig in Branchen, in denen sowohl in Basel als auch im Ergänzungsgebiet das Wachstum erheblich hinter dem schweizerischen Wert zurücksteht oder diesen bedeutend übersteigt, könnte ein solcher Vergleich als Beweis für das Wirken von speziellen regionalen wachstumshemmenden bzw. -fördernden Standortfaktoren herangezogen werden. Aus der Gegenüberstellung aller drei Beobachtungszeiträume ergibt sich jedoch keine einheitliche Tendenz, so daß eine Erklärung der Abweichungen des regionalen Wachstums von den schweizerischen Werten einer sehr detaillierten branchenmäßigen Analyse bedürfte. Da eine derartige Erweiterung der Untersuchung nicht im Sinne unseres Gesamtzieles liegt, beschränkt sich unser Interesse allein auf die Unterschiede in der Expansionsgeschwindigkeit in Stadt und Region Basel.

In Tabelle 22 sind in den Spalten 9 und 10 die Summen der in den verlegten Betrieben zur Zeit ihres Wegzuges beschäftigten Arbeitskräfte mit

dem Totalbestand im Kanton Basel-Stadt zu Ende der betreffenden Beobachtungsperiode in Beziehung gesetzt[64].

Wenn sich auch die effektiven Standortverlagerungstendenzen nicht gänzlich in den tatsächlich erfolgten Betriebsverlegungen ausdrücken und das genaue Datum des Wegzuges von vielen Zufallsfaktoren mitbeeinflußt sein kann, so schlagen sich Veränderungen der Rationalität von Industriestandorten doch gerade in der Zahl der Betriebsverlegungen deutlich nieder. Zudem lassen sich die übrigen Erscheinungsformen der Standortverlagerung, wie die betriebsinterne Verschiebung des Produktionsschwergewichtes auf in den Außengebieten ansäßige Filialbetriebe, und das schnellere Wachstum einzelner Branchen in den Randzonen, statistisch nur schwer erfassen.

Immerhin läßt sich der Anteil, den die verlegten Betriebe am Gesamtwachstum des Ergänzungsgebietes ausmachen, approximativ errechnen.

Tabelle 23

Anteil der verlegten Betriebe an der Zunahme der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen im Ergänzungsgebiet 1946–1961

Industriezweige	Zunahme der Fabrikarbeiter 1946–1961 Absolut	Bestand an Beschäftigten 1961 in den zwischen 1946 und 1961 aus Basel verlegten Betrieben[1]	
		Absolut	In Prozent von (1)
	(1)	(2)	(3)
Nahrungs- und Genußmittelindustrie .	424	197	46
Bekleidungs- und Wäscheindustrie . .	208	117	56
Holzindustrie	355	98	28
Herstellung und Bearbeitung von Papier	400	272	68
Buchdruck, Buchbinderei	335	98	29
Chemische Industrie	1626	177	11
Industrie der Erden und Steine	172	25	15
Metallindustrie	1944	594	31
Maschinen- und Apparateindustrie . .	1280	492	38
Leder, Kautschuk, Plastik	789	–	–
Total	7504	2070	28

Quelle: Errechnet nach den Angaben des Fabrikinspektorats Basel-Stadt und den Ergebnissen der Fabrikstatistik 1961.

[1] Nach Fabrikzählung 1961 erscheinen 11 von 48 ausgewanderten Unternehmen – ausschließlich Kleinbetriebe – nicht mehr in den Gemeinden des Ergänzungsgebietes, sei es, daß sie ihren Standort weiter verlegt, die Produktion eingestellt, mit anderen Unternehmen fusioniert haben oder daß sie die Qualifikationen zur Berücksichtigung in der Fabrikstatistik nicht mehr erfüllten. Alle diese Betriebe wurden in der Tabelle mit einem Bestand von fünf Arbeitskräften eingesetzt.

[64] Einerseits handelt es sich dabei um Minimalwerte, da das interne Wachstum der verlagerten Betriebe seit dem Datum ihres Wegzuges unberücksichtigt bleibt, andererseits ist nicht feststellbar, in welchem Umfang der bisherige Arbeiterstamm der Verlegung gefolgt ist.

Da die Existenz zonaler Standortverschiedenheiten zwischen der Kernstadt und dem industriellen Ergänzungsgebiet sich letztlich in den unterschiedlichen Zuwachsraten manifestiert, kann die Frage nach der ungleichen Intensität der Auswirkungen der Agglomerationsnachteile einmal aus einem Vergleich zwischen diesen beiden Zuwachsraten im Zeitraum zwischen 1946 und 1961 beantwortet werden (vgl. Tabelle 21).

Dabei sticht im Ergänzungsgebiet vor allem die *Papierindustrie* mit einer den Basler Wert um das Neunfache übersteigenden Zuwachsrate heraus. Diese außerordentlich starke Standortverlagerungstendenz äußerte sich in zahlreichen Betriebsverlegungen. Diese aus der Kernstadt ins Ergänzungsgebiet zugezogenen Betriebe sind zu 68% für das rasche Expandieren im Ergänzungsgebiet verantwortlich. Im Kanton Basel-Stadt ist dagegen das Total der in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter bis 1961 auf 30% des Bestandes von 1946 abgesunken, was angesichts des hohen Anteils der gewanderten Betriebe am Total der Basler Papierindustrie nicht erstaunlich ist. Dieser belief sich in den Perioden I und II auf rund 30% bzw. 36% des Beschäftigtentotals in dieser Branche im Jahre 1950 bzw. 1956. In Periode II macht sich zudem eine verstärkte Verlegungstendenz in die verstädterte Zone bemerkbar. Es verwundert deshalb angesichts dieses radikalen Auszuges der papierschaffenden und -verarbeitenden Industrie aus Basel-Stadt nicht, wenn es seit 1956 zu keinen neuen Betriebsverlegungen mehr gekommen ist. Die Zuwachsrate im Ergänzungsgebiet beruhte in dieser letzten Periode allein noch auf dem Wachstum der bestehenden Betriebe und blieb deshalb erheblich hinter den Extremwerten von Periode I und II zurück.

Die zweitgrößte Wachstumsdifferenz zwischen den beiden Zonen ergibt sich für die *Metallindustrie*, in welcher die Zunahme im Ergänzungsgebiet das Dreifache der Rate von Basel-Stadt erreicht, obwohl dieser Industriezweig bis 1956 auch in der Kernstadt zu den am stärksten expandierenden Branchen gehört. Die gewanderten Betriebe sind aber nur zu ungefähr 31% am Wachstum des Ergänzungsgebietes beteiligt, wobei der größte Teil der Verlegungen auf die letzte Periode entfällt.

Die bedeutsamste Verlagerung zwischen der Stadt Basel und ihrem Ergänzungsgebiet ergibt sich für die Metallindustrie in Periode II von 1950 bis 1956. Immerhin scheint auch in diesem Zweig der wachstumshemmende Einfluß der negativen Standortfaktoren in der Kernstadt bereits vor 1950 einzusetzen. Er steigerte seine Intensität zu Ende der zweiten Periode und führte namentlich nach 1956 zu verschiedenen Betriebsverlegungen. Die Metallindustrie, der in vielen Fällen ein großer Raumbedarf eigen ist, darf in verschiedener Hinsicht als Musterbeispiel für die Darstellung der intraregional deglomerierenden Tendenz in den Industriegebieten bezeichnet

werden. Gerade in diesem Industriezweig sind die ersten vereinzelten Dezentralisationserscheinungen schon um die Jahrhundertwende zu beobachten. Die Bedeutung der Betriebsverlegung aus dem Kern in die unmittelbar umliegenden Gebiete wurde bereits von STÖCKLIN[65] klar erkannt. «Ein Schulbeispiel industrieller Dezentralisation verkörpert der Entwicklungsgang eines Eisenkonstruktionswerkes in Pratteln[66]. Das Unternehmen wurde 1883 in Basel als Kleingewerbebetrieb gegründet; nach mehrmaligem Wechsel des Standortes in der Stadt selbst, der durch die Erweiterung des Betriebes notwendig geworden war, erfolgt 1894 eine Verlegung außerhalb der Stadt.

Der Standort Pratteln ist bedingt durch den günstigen Eisenbahnknotenpunkt. Selbstverständlich waren auch hier bei der Wahl des Standortes billigere Bodenpreise und Arbeitskräfte mitbestimmend[67, 68].»

Im Beobachtungszeitraum zwischen 1946 und 1961 sind in der Metallindustrie – klammert man die in mancher Hinsicht eine Ausnahme bildende Papierindustrie aus – die Dezentralisationskräfte stärker wirksam als in allen anderen Industriezweigen. Sie ist deshalb seit 1956 zum bedeutsamsten Industriezweig des Ergänzungsgebietes geworden, währenddem 1946 die chemische Industrie und der Maschinen- und Apparatebau noch einen beträchtlich größeren Anteil am Arbeitskräftetotal dieser fünf Gemeinden ausmachten und die Industrie der Steine und Erden nur um weniges zurückstand.

Weniger deutlich kann die Standortverlagerungstendenz in der *chemischen Industrie* nachgewiesen werden, obgleich die Ausdehnungsmöglichkeiten der Basler Chemiekonzerne an ihren alten, traditionsgebundenen Standorten praktisch erschöpft sind und große Teile der Produktion bereits auf bestehende Unterbetriebe im Agglomerationsraum (J. R. Geigy und Sandoz AG in Schweizerhalle) oder auf aus diesem Grunde neu eröffnete Zweigwerke (CIBA in Stein) verlegt werden mußten. Da es sich dabei aber um betriebsinterne Umschichtungen handelt, die in unseren Tabellen nicht berücksichtigt werden konnten, und in dieser Branche die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe gering ist, gibt unsere Statistik der Betriebsverlegungen die bestehenden Ballungsnachteile nur ungenügend wieder. Der Anteil der verlagerten ganzen Unternehmungen am Wachstum der chemischen Industrie

[65] STÖCKLIN, a. a. O., S. 77.

[66] Es handelt sich dabei um die BUSS AG.

[67] Die gleiche Begründung für die Betriebsverlegungen führt bereits von Mangoldt an. Vgl. R. VON MANGOLDT, *Die städtische Bodenfrage*, Göttingen 1907, S. 604: «Die für die mit schweren Gütern arbeitende Industrie, zum Beispiel Walzwerke, im allgemeinen notwendige flache Bauart wird in den Großstädten wegen der Bodenpreise allmählich zur völligen Unmöglichkeit».

[68] Vgl. hierzu auch: «Die fortschrittliche Gemeinde», eine Darstellung der industriellen Entwicklung der Gemeinde Pratteln, in: SHZ, Nr. 6/1962.

des Ergänzungsgebietes ist deshalb von allen Industriezweigen mit nur 11% weitaus der geringste. Zwischen 1946 und 1950 lag das Wachstum der chemischen Industrie an ihrem angestammten Standort Basel noch bedeutend über demjenigen im Ergänzungsgebiet. Ab 1950 ändert sich dieses Verhältnis eindeutig zugunsten des Ergänzungsgebietes, wobei zusätzlich zu berücksichtigen ist, daß in diesem Zeitraum auch die bereits in der Region ansäßigen Klein- und Mittelbetriebe vermehrt von der günstigen Konjunkturentwicklung zu profitieren vermochten, und daß es sich bei den von den Großunternehmen aus dem Agglomerationskern ausgegliederten Produktionszweigen teilweise um sehr arbeitsintensive Fertigungsprozesse handelt. In der verminderten Wachstumsdifferenz in Periode III spiegeln sich der teilweise Abschluß der ersten Ausgliederungsstufe sowie die Tatsache, daß durch die Fertigstellung umfangreicher neuer Produktionsanlagen in den Basler Stammfabriken nochmals eine intensivere Ausnützung des knappen Bodens erreicht werden konnte. Im Gegensatz zur Metallindustrie ist bei chemischen Prozessen eine intensivere Bodennutzung durch eine höhergeschossige Bauweise durchaus möglich.

Die Gruppe der unter dem Begriff *Maschinen- und Apparatebau* zusammengefaßten Unternehmen erscheint unter dem Blickwinkel der Standortbeurteilung äußerst heterogen. Für Unternehmen mit relativ schweren Rohmaterialien und Endprodukten besteht eine ähnliche Verlagerungstendenz wie für die entsprechenden Gruppen der Metallindustrie, während für die große Zahl der Kleinbetriebe, vor allem im Apparatebausektor, die vielfach den Charakter reiner Zulieferungsindustrien tragen, der Druck der Überballung vorerst unbedeutend sein dürfte. Dank diesen sich kompensierenden Effekten ist die Wachstumsdifferenz zwischen Stadt und Ergänzungsgebiet noch relativ gering.

Mit fast einem Drittel ist andererseits der Anteil der ausgewanderten Betriebe am Wachstum des Ergänzungsgebietes bedeutend. Ein Vergleich der drei Untersuchungszeiträume ergibt zudem eine parallele Entwicklung der Wachstumsdifferenz und des Anteils der gewanderten Betriebe am Total der Arbeitskräfte von Basel-Stadt. In Periode I erreicht der Anteil der in den verlegten Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte mit 5,6% bei einer Wachstumsrelation von 1:1,44 zugunsten des Ergänzungsgebietes einen Höchstwert. Mit dem Absinken der Wachstumsdifferenz in Periode II sinkt auch die Abwanderungsquote auf 0,7% und erreicht im letzten Zeitraum bei einem erneuten Ansteigen der Wachstumsrelation wieder einen Wert von 2,8%.

Aus dem Umstand, daß der neue Standort aller fünf Unternehmen, die zwischen 1956 und 1961 eine Produktionsverlagerung vorgenommen haben, im Raume der verstädterten Zone liegt, könnte bereits auf eine gewisse

Überballung im Ergänzungsgebiet geschlossen werden. Allerdings handelt es sich bei diesen fünf Betrieben ausschließlich um Unternehmen der Apparatebaubranche, für die an sich eine verminderte Dezentralisationsneigung besteht. Da zudem im Jahre 1962 erneut drei Maschinenfabriken mit insgesamt 205 Arbeitern ihre Produktionsstätten von Basel ins Ergänzungsgebiet verlegt haben, scheint in Periode II die große Bedeutung der verstädterten Zone als Zielort der Betriebsverlegungen mehr zufälliger Natur zu sein.

Die wachstumsintensivste Branche in Basel-Stadt ist die *graphische Industrie*. Die Differenz zur Zunahme im Ergänzungsgebiet ist allerdings trotzdem beträchtlich, was sich aber aus der geringen Bedeutung des Buchdruckes und der verwandten Industrien im Ergänzungsgebiet zu Beginn der Beobachtungen erklären läßt. In Periode I und II war dieser Unterschied weitgehend konstant, wuchs aber in Periode III bedeutend an. Entsprechend erfolgten auch die ersten, wenn auch bescheidenen Betriebsverlegungen erst nach 1956.

Die starke Absatzorientierung auf ein bestehendes kommerzielles und industrielles Zentrum, die in den meisten Betrieben dieser Branche die übrigen Standortfaktoren in den Hintergrund treten läßt, dürfte deshalb bis heute die Ballungsnachteile noch knapp überwiegen. In nächster Zukunft dürfte allerdings auch hier mit einer verstärkten Verlagerungstendenz zu rechnen sein.

Ebenfalls einen starken Zug zur Ansiedlung in der Nähe einer Bevölkerungsagglomeration weist traditionell die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* auf. Bis 1956 hielt sich aus diesem Grunde das Wachstum in Stadt und Ergänzungsgebiet annähernd die Waage. Erst nach 1956 ergab sich eine durch das Überwiegen der Ballungsnachteile bedingte Verlagerungstendenz, die vor allem in der Bedeutung der gewanderten Betriebe für die Basler Nahrungsmittelindustrie erkennbar wird (Arbeiter in den zwischen 1956 und 1961 verlagerten Betrieben zur Zeit des Wegzuges = 5,8% des Bestandes in Basel-Stadt 1961). An der vor allem in Periode III einsetzenden beschleunigten Expansion im Ergänzungsgebiet waren die gewanderten Betriebe zu fast 50% beteiligt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der *Bekleidungsindustrie*, die zwar im Gegensatz zur Nahrungsmittelbranche nicht vorwiegend absatzorientiert ist, die sich aber dennoch erst in Periode III in größerem Maße zu Betriebsverlegungen gezwungen sah. Der Anteil der seit 1956 verlagerten Betriebe am Wachstum dieser Branche im Ergänzungsgebiet in Periode III war mit zirka 65% recht beträchtlich.

In der *Holzindustrie* bestand von 1946 an eine beträchtliche Wachstumsspanne zwischen der Kernstadt und dem Ergänzungsgebiet. Während dieser Zweig in Basel-Stadt praktisch stagnierte, lagen die Zuwachsraten für das Ergänzungsgebiet durchweg weit über den gesamtschweizerischen Werten.

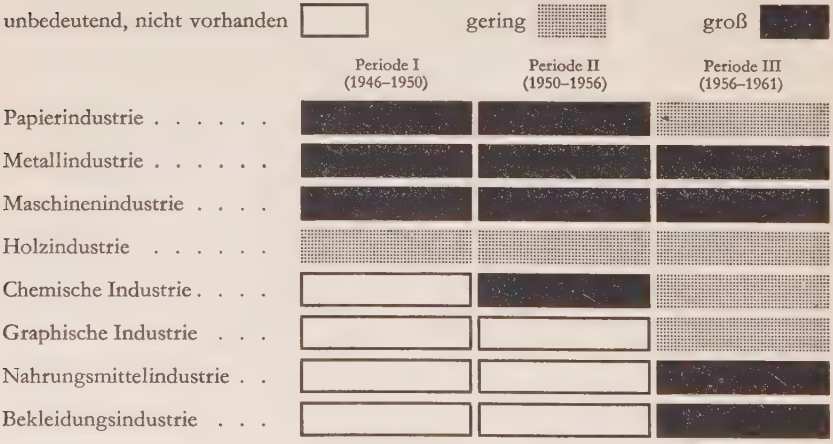
Diese Erscheinung war allerdings weniger eine Folge von Betriebsverlegungen, die nur zu 28% für das Wachstum der Holzindustrie im Ergänzungsgebiet verantwortlich waren, als einer verstärkten Expansion der bestehenden Betriebe und einer Konzentration der Neugründungen auf die umliegenden Gemeinden. Die intensive Bautätigkeit im Ergänzungsgebiet und in der verstädterten Zone dürfte zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen haben.

Die *Industrie der Steine und Erden* sowie die Gruppe *Leder, Kautschuk, Plastik* dürfen ihrer geringen Bedeutung für die Wirtschaft des Kantons Basel-Stadt wegen unberücksichtigt bleiben. Die im Ergänzungsgebiet ansäßigen Betriebe des erstgenannten Zweiges sind zu einem großen Teil stark an ein bestehendes Rohstoffvorkommen gebunden (Ziegeleien), während die Leder- und Kautschukindustrie praktisch nur aus der Fabrik für Firestone-Produkte in Pratteln besteht.

Die eingangs gestellte Frage, ob und mit welcher Intensität sich die Ballungsnachteile in den einzelnen Industriezweigen auswirken, ist damit zumindest annäherungsweise beantwortet. Unter Würdigung aller verfügbaren statistischen Unterlagen kann der Einfluß der ballungsbedingten wachstumshemmenden Faktoren wie folgt dargestellt werden:

Abbildung 3

Der wachstumshemmende Einfluß der Agglomerationsnachteile auf die Entwicklung der Industrie von Basel-Stadt ist



Danach besteht eine starke Standortverlagerungstendenz in der Maschinen-, Metall- und Papierindustrie seit 1945, wobei in der Papierbranche dank

der Verlagerungen in den beiden ersten Perioden sich in Periode III der Zug zur Dezentralisation stark verringerte. Ebenfalls seit 1946 neigt die Holzindustrie, wenn auch in sehr vermindertem Ausmaß, zur Dezentralisation. In der Nahrungs- und Genußmittel-, der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustrie sowie im graphischen Gewerbe war ein Überwiegen der Ballungsnachteile erst in Periode III gegeben, während die chemische Industrie bereits seit 1950 eine verstärkte Dezentralisierungstendenz aufweist.

Faktoren der räumlichen industriellen Expansion

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die Veränderungen der Rationalität, die sich für die Industriestandorte als Folge der Überballung in der Stadt Basel ergaben, für die einzelnen Industriezweige gesondert untersucht. Noch wurde aber nicht festgehalten, in welchen Größen sich diese zunehmende Überballung niederschlägt, welches die konkreten Gründe für die erfolgten Betriebsverlegungen sind und welche speziellen Faktoren die Standortbeurteilung in den einzelnen Industriezweigen beeinflussen.

Die generellen Gründe für die Verlegung liegen in jüngster Zeit fast ausschließlich in der fehlenden Ausdehnungsmöglichkeit im Zentrum sowie in wachsenden Unannehmlichkeiten in den sich mehr und mehr zu Wohn- und Bürozentren verdichtenden Quartieren der Stadt. Viele Unternehmen – vor allem in der Metall- und Maschinenbranche – sind zudem in den letzten Jahrzehnten von kleinen Handwerkbetrieben zu ansehnlichen Industrieunternehmungen angewachsen. Sie sitzen heute ohne Ausdehnungsmöglichkeit inmitten der Wohnquartiere, was umgekehrt vielfach erhebliche Unannehmlichkeiten für die Anwohner durch Lärmentwicklung und andere störende Einflüsse zur Folge hat. Zudem wird der Zu- und Wegtransport erheblich erschwert.

Der Auszug aus der Stadt wird in vielen Fällen dadurch erleichtert, daß mit dem Erlös aus dem Verkauf des teuren Fabrikareals in der Stadt die Kosten für die Errichtung der neuen, meist viel moderneren Produktionsstätten weitgehend gedeckt werden können. Hauptgrund dafür, daß der neue Standort möglichst im Raum der engeren Agglomerationsgemeinden gesucht und eine Betriebsverlegung aus der Region hinaus meist gar nicht erwogen wird, ist die Befürchtung, einen großen Teil der Arbeitskräfte – vor allem der Facharbeiter – zu verlieren[69]. Ebenso mögen traditionelle Bindungen an regionale Bezugs- und Absatzmärkte eine gewisse Rolle spielen.

[69] Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde keine Befragungsaktion durchgeführt. Hingegen vermittelt eine Untersuchung der Prognos AG in Basel, in welcher 40 Industrie- und Gewerbebetriebe der Agglomeration Basel zur Standortswahl und -politik befragt

Für alle Industriezweige erhält damit der Faktor *Arbeitskräfte* hervorragende Bedeutung. Die Arbeitsorientierung erfolgt aber gerade entgegengesetzt zur theoretischen Annahme, die eine Ausrichtung der Standortwahl nach noch vorhandenen realen oder potentiellen Arbeitskraftreserven vorsieht. Da von brachliegenden Arbeitskräften wohl seit Jahren in der ganzen Schweiz kaum gesprochen werden kann[70], richtet sich die Arbeitskraftorientierung heute gerade auf die Gebiete höchsten Beschäftigungsgrades in der Annahme, daß dank der besonders großen Arbeitsplatzmobilität in stark industrialisierten Gegenden eben dort am ehesten die notwendigen Arbeitskräfte rekrutiert werden können[71]. Intraregional kann allerdings gerade in der Region Basel der Arbeitskraftorientierung im ursprünglichen Sinne noch eine gewisse Bedeutung zukommen, indem durch das bestehende Lohngefälle und die Lebenshaltungskostendifferenz zwischen der Schweiz und Deutschland[72] für die schweizerischen Betriebe in unmittelbarer Grenznähe in der badischen Nachbarschaft noch gewisse potentielle Arbeitskraftreserven nachzuweisen sind.

Aus der günstigen *Verkehrslage* der Region Basel insgesamt ergeben sich für eine Reihe von Industriezweigen – so vor allem für die chemische Industrie und die Metallbaubranche, in vermindertem Ausmaß für die Maschinen- und Teile der Nahrungsmittelindustrie –, die zu einem bedeutenden Teil von ausländischen Rohstoff- und Halbfabrikatmärkten abhängig sind, entscheidende Standortvorteile. Für die Bestimmung des Standortes innerhalb der Region sind diese Gründe aber nur insofern von Belang, als das Vorhandensein günstiger Verkehrsverhältnisse bei einer Standortneuwahl zum hauptsächlichen Bestimmungsfaktor wird. Durch den Ausbau der Rheinhäfen von Birsfelden und Muttenz wurde für die Gemeinden Birsfelden, Muttenz und

wurden, einen interessanten Querschnitt durch die Ansichten der einzelnen Betriebe. Eine grobe Wiedergabe der Hauptergebnisse dieses unveröffentlichten Berichtes findet sich in der Besprechung von Peter.

Vgl. Alfred Peter, «Standortwahl und Standortpolitik in der Agglomeration Basel», in: *Schweizerische Handelszeitung*, Nr. 40b/1962.

[70] Wohl kann in einzelnen Kantonen an Hand des Auspendlerüberschusses aus dem Kantonsgebiet noch eine beträchtliche potentielle Arbeitskraftreserve nachgewiesen werden. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß es selbst dann, wenn es gelingt, durch eine intensivierte Industrialisierungspolitik in diesen Gebieten die notwendige Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, eine Rückgliederung der außerkantonalen Pendler auf erhebliche Schwierigkeiten stößt und meist an den Unterschieden in Lohn und Sozialleistungen scheitert.

[71] Besonders stark ist die Orientierung nach bestehenden industriellen Schwerpunkten bei Betrieben mit einem hohen Bedarf an gelernten Fachkräften.

[72] Vgl. Marcel Banz, Die deutschen und französischen Grenzgänger auf dem baselstädtischen Arbeitsmarkt. Basel 1964, S. 52ff.

Pratteln zusätzlich zur günstigen Lage in bezug auf das Schienen- und Straßennetz ein weiterer Attraktionsfaktor geschaffen. Da festgestellt wurde, daß bei einer vorzunehmenden Standortverlegung auch in nicht direkt transportorientierten Betrieben der Frage nach der innerregionalen Verkehrslage[73] primäre Bedeutung zukommt, wird klar, daß sich die Expansion der Basler Industrie hauptsächlich entlang der Hauptausfallachsen in Richtung Bern, Luzern, Zürich einerseits (Birsfelden, Muttenz, Pratteln) und, wenn auch in stark vermindertem Ausmaß, in Richtung Süden andererseits (Münchenstein) vollziehen mußte. Das Leimental scheint schon durch das Fehlen eines Anschlusses an das SBB-Netz wenig für eine Industrialisierung prädestiniert.

Eine direkte Rohstofforientierung ist wohl nur für die an die Tonvorkommen gebundenen Ziegeleien des Leimentales gegeben, deren Standort zudem an die Nähe eines bedeutenden Verbrauchszentrums gebunden ist, da bei einem Transport der spezifisch billigen Massenprodukte über größere Distanzen (30–50 km je nach Artikel) prohibitive Transportkosten anfallen. Aus dem gleichen Grunde sind einige Betriebe der Genußmittelbranche (Brauereien) an den Produktionsstandort in der Nähe einer Bevölkerungsagglomeration gebunden.

Eine noch größere, wenn auch politisch bedingte Attraktionskraft des Standortes Basel-Stadt ergibt sich für die von den kantonalen Submissionsbestimmungen betroffenen Betriebe des Installations- und Baugewerbes. Gesamthaft kann aber doch der relativ geringe Anteil der direkt rohstoff- oder absatzgebundenen Unternehmen am Industriegesamt der Region Basel festgestellt werden.

Endlich wäre eine *Energieorientierung* denkbar. Verschiedene Umfragen haben jedoch gezeigt, daß – von wenigen Ausnahmen (zum Beispiel Aluminiumherstellung) abgesehen – der Anteil der Energiekosten am Gesamtaufwand der Unternehmungen in allen Industriezweigen heute derart gering ist, daß für die Standortbeurteilung dem Faktor Energiebeschaffung praktisch keine Bedeutung zukommt. Die Belieferung mit dem wohl wichtigsten

[73] «Die Verkehrslage meint hier viel eher ungenügende oder verstopfte Straßen, fehende Parkplätze und Geleiseanschlüße, als eine ungünstige Plazierung im nationalen und internationalen Verkehrsnetz.» Alfred Peter, a.a.O.

Bei einem gleichmäßigen Ausbau des regionalen Verkehrsnetzes (zum Beispiel durch einen direkten Anschluß des Birsigtales an das schweizerische und internationale Schienen- und Autobahnnetz) vermöchten wohl die angesichts der räumlichen Beschränktheit der Region geringen Lagedifferenzen keine selektive Wirkung mehr auszuüben. Hingegen würde bei einer Verlegung über die regionalen Grenzen hinaus der Beurteilung des Faktors Verkehrslage weiterhin vermehrte Bedeutung zukommen.

Energieträger Elektrizität ist zudem im Gebiet der gesamten Schweiz ausreichend und zu annähernd gleichen Bedingungen sichergestellt[74], während für die Versorgung mit flüssigen und festen Brennstoffen der Region Basel aus dem direkten Zugang zur Rheinschiffahrt geringfügige Vorteile erwachsen. Für die innerregionale Standortbeurteilung ist aber der Faktor Energieversorgung bedeutungslos.

Die Grenzen der unechten, intraregionalen Dezentralisation werden damit durch die Forderung nach einem optimalen Verhältnis zwischen wachstumshemmenden Ballungsnachteilen (Raummangel, schlechte Verkehrsverhältnisse) und regionalen Standortvorteilen (Verkehrslage, allgemeine Agglomerationsvorteile) sehr eng gehalten und die Ausdehnungsrichtungen genau bestimmt. Die hauptsächlichste Standortverlagerungstendenz wird sich also nach den Gebieten richten, in denen die notwendigen Ausdehnungsmöglichkeiten noch bestehen, in denen die Verkehrsverhältnisse günstiger sind, als in der Kernstadt, die aber zugleich optimal an der guten Verkehrslage des Raumes Basel und an den Fühlungsvorteilen einer größeren Bevölkerungs- und Industrieagglomeration im weitesten Sinn partizipieren. Eine sekundäre Wirkung kann von einer teilweisen Arbeitskraftorientierung, vor allem nach den Wohngebieten der deutschen Grenzgänger, ausgehen[75].

Fragen wir uns nun, in welchem Verhältnis diese beiden entgegengesetzten Komponenten auf die räumliche Entwicklung der einzelnen Industriezweige im Ergänzungsgebiet eingewirkt haben.

Unter den Gemeinden des industriellen Ergänzungsgebietes nimmt *Allschwil* eine Sonderstellung ein. Durch das Fehlen direkter Straßen- und Schienenverbindungen sowohl zum Ausland als auch zu den innerschweizerischen Verbrauchszentren und durch ihre periphere Lage kommt diese Gemeinde, ebenso wie das Leimental, für eine Ansiedelung von transportabhängigen Betrieben nicht in Frage. Auch sind die Ausdehnungsmöglichkeiten derart beschränkt, daß Industrien mit großem Raumbedarf kaum mehr das notwendige Industriegelände finden könnten.

[74] Die Voraussage von Salin, die elektrische Energie vermöchte bei einem geeigneten Ausbau des Elektrizitätsnetzes eine deglomerierende Wirkung auf die im 19. Jahrhundert um die Kohlenlager gewachsenen industriellen Ballungen auszuüben, hat sich in Deutschland teilweise bewahrheitet. Da sich die Entwicklung der schweizerischen Industriezentren unter völlig anderen Aspekten vollzog, vermochte der Faktor Elektrizitätsversorgung nie aktiv zu einer Auflockerung der Industriestandorte beizutragen. Es ist daher im jetzigen Zeitpunkt zweifelhaft, ob die Entwicklung neuer Energieträger, etwa der Atomenergie, die Standortwahl der schweizerischen Industrien in der Zukunft wird beeinflussen können.

Vgl. Edgar Salin, «Standortverschiebungen der deutschen Wirtschaft», Sonderdruck aus: *Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft*, Berlin 1929, S. 104.

[75] Vgl. Ausführungen über die Errichtung des Werkes «Stein» der CIBA AG, S. 97 ff.

Andererseits bieten sich durch die unmittelbare Nähe zur Stadt Basel sowie die günstige Lage hinsichtlich der elsässischen Grenzgänger arbeitsintensiven, transportunabhängigen Klein- und Mittelbetrieben günstige Expansionsbedingungen. So entwickelte sich Allschwil zum Zentrum der regionalen papierverarbeitenden Industrie und neben Basel zum wichtigsten Standort für die Bekleidungs-, Ausrüstungs- und Holzindustrie sowie für das graphische Gewerbe. Es wurde zum wichtigsten Zielort der in diesen Branchen erfolgten Betriebsverlegungen aus Basel-Stadt. Der bedeutendste Industriezweig in Allschwil bleibt aber nach wie vor die an die Tonvorkommen gebundene Ziegeleiindustrie, wenn auch ihr Anteil am Beschäftigtentotal angesichts der raschen Expansion anderer Branchen erheblich gesunken ist.

Den entgegengesetzten Sonderfall bildet die Gemeinde *Pratteln*, die sich bereits in der Zwischenkriegszeit zum wichtigsten Nebenindustriezentrum der Region Basel zu entwickeln vermochte. Da die vor dem Zweiten Weltkrieg von außerregionalen Gebieten nach Pratteln zugezogenen oder dort neu gegründeten Unternehmen als Hauptgrund für die Wahl ihres Standortes Pratteln durchweg die günstige Lage im schweizerischen und internationalen Verkehrsnetz nennen – eine Bedingung, die in Basel-Stadt ebensogut, wenn nicht besser erfüllt gewesen wäre – und da es zudem bereits zu einigen wenigen Produktionsverlagerungen aus der Kernstadt nach Pratteln gekommen ist, muß die Entwicklung dieser Gemeinde unter dem Gesichtspunkt einer allerersten Stufe der industriellen Auflockerung betrachtet werden. Zwar war, nicht zuletzt dank der ungünstigen Konjunkturlage, für die in der Kernstadt ansäßigen Betriebe eine genügende Ausdehnungsmöglichkeit noch durchaus gegeben. Für neu zu gründende und vor allem für zuziehende Unternehmen mit einem größeren Raumbedarf schienen hingegen die Möglichkeiten zur Ansiedelung in der Stadt Basel selbst bereits weitgehend erschöpft[76].

Wenn sich gerade Pratteln und nicht etwa die Basel näher gelegene Gemeinde Muttenz zum ersten Ausweichindustriegebiet in der Region Basel entwickelte, so mag dies verschiedene Gründe haben, die allerdings heute nicht leicht rekonstruiert werden können. Durch die günstige Lage am Ausgang des Ergolztales und an der Verzweigung zweier Haupteisenbahnstränge nach Bern, Luzern und dem Gotthard einerseits und nach Zürich andererseits ergeben sich Standortvorteile sowohl hinsichtlich der Transport- wie auch der Arbeitskraftorientierung. Das mögliche Einzugsgebiet für Arbeitskräfte erstreckt sich weit ins Ergolz- und Rheintal und war vor dem Zweiten Weltkrieg ungleich schwächer ausgenutzt, als dasjenige von Muttenz. In der

[76] Als Beispiele für Zuzüge von außen seien erwähnt: Fabrik für Firestone-Produkte AG (1934) und Schindler Waggon AG (1944).

Gemeinde Pratteln schienen zudem die Raumverhältnisse vor allem für die an einen eigenen Geleiseanschluß gebundenen Betriebe günstiger. Das Pratteler Industriegebiet liegt heute in nächster Nähe der Bahnlinie, eine Möglichkeit, die in Muttenz kaum bestanden hätte, wurde doch dort das für eine Industrieansiedelung in erster Linie in Frage kommende Gelände vollständig von den Anlagen des Rangierbahnhofes beansprucht[77]. Endlich ist es denkbar, daß die zufällige Ansiedelung einiger Industriebetriebe im Raum Pratteln eine Sogwirkung auf andere Unternehmen auslöste, auch wenn in ihrem besonderen Fall keine rationalen Faktoren für diesen Standort sprachen[78].

Da Pratteln schon vor Beginn der beschleunigten Nachkriegsexpansion einen hohen Industrialisierungsgrad erreicht hatte, war es 1950 im Ergänzungsgebiet das Hauptzentrum für die Metall- und Maschinenindustrie, für die chemische Industrie und die Leder- und Kautschukbranche. Heute steht in der chemischen Industrie die Gemeinde Muttenz und für die Metallindustrie der Raum von Münchenstein und Dornach an erster Stelle. Wichtigster Industriezweig in Pratteln bleibt aber nach wie vor die chemische Industrie,

Tabelle 24

Intraregionale Betriebsverlegungen aus Basel-Stadt nach Branchen und Zielort 1945–1962

	Allschwil	Birsfelden	Münchenstein	Muttenz	Pratteln	Arlesheim	Augst	Ettingen	Reinach	Binningen
Nahrungsmittel	2	1	–	2	–	–	–	–	–	–
Textilien	1	–	–	–	–	1	1	–	–	–
Bekleidung	6	1	–	–	–	–	–	–	–	–
Holz	3	–	2	1	–	–	–	–	2	–
Papier	2	2	–	1	–	1	–	–	–	1
Buchdruck	1	–	1	1	–	–	–	–	–	–
Leder, Kautschuk	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–
Chemie	1	1	–	2	–	–	–	–	–	–
Steine, Erden	1	1	1	–	–	–	–	–	–	–
Metall	3	1	3	3	–	–	–	–	1	2
Maschinen	1	2	1	5	1	–	–	1	4	–
Total	21	9	9	15	1	2	1	1	7	3

Quelle: Nach Angaben des Gewerbeinspektorates Basel-Stadt.

[77] Die Erschließung des für Muttenz heute wichtigsten Industriegebietes von Schweizerhalle wurde erst nach 1945 intensiv vorangetrieben.

[78] Eine solche irrationale Attraktionskraft scheint heute vom Raum Stein auszugehen. Vgl. S. 97 ff.

Tabelle 25

Fabrikarbeiter nach Gemeinden in Prozent des Bestands von Basel-Stadt

1950	Allschwil	Birsfelden	Münchenstein	Muttenz	Pratteln	Arlesheim	Reinach	Aesch	Dornach[1]
Nahrungsmittel	1,3	1,6	3,2	8,3	4,7	1,2	–	–	–
Textilien	0,7	7,3	6,7	–	–	25,9	–	13,6	–
Bekleidung	8,1	–	–	–	–	–	–	–	–
Holz	6,4	–	1,3	3,5	6,4	2,9	1,2	3,3	–
Papier	101,3	31,9	–	1,7	–	–	–	–	–
Buchdruck	–	0,4	3,9	0,5	0,6	0,6	–	–	–
Leder, Kautschuk	51,2	–	–	–	363,4	–	–	–	–
Chemie	0,2	–	0,5	4,9	6,5	0,2	–	–	–
Steine, Erden	160,2	–	8,8	40,2	97,7	–	–	–	–
Metall	2,2	–	15,8	5,3	27,3	0,6	4,5	12,7	–
Maschinen	1,8	5,3	3,9	6,1	14,4	0,8	–	1,3	–
1961									
Nahrungsmittel	1,8	12,2	3,5	9,3	7,4	2,0	–	–	–
Textilien	0,9	4,6	7,3	2,3	–	36,7	–	15,4	–
Bekleidung	11,5	1,3	0,9	–	0,4	–	2,3	2,9	–
Holz	12,3	0,4	10,4	5,6	7,9	4,2	1,6	13,0	1,3
Papier	259,0	110,7	–	123,8	–	134,4	–	–	–
Buchdruck	4,5	2,5	3,8	2,1	0,5	0,9	0,2	0,1	–
Leder, Kautschuk	–	–	106,7	–	1040,4	–	67,4	–	–
Chemie	0,4	1,1	0,7	11,9	8,0	0,6	–	–	–
Steine, Erden	135,8	12,1	9,3	55,5	81,6	–	–	–	–
Metall	12,0	6,1	36,8	31,1	29,8	–	10,9	10,4	43,6
Maschinen	4,8	10,5	0,8	9,4	17,6	4,2	3,3	5,6	–

Quelle: *Eidgenössische Fabrikstatistik* 1950 und 1961.

[1] Für die Gemeinde Dornach fehlen die Angaben für 1950.

die zusammen mit der Maschinen- und Kautschukindustrie mehr als zwei Drittel aller Arbeitskräfte beschäftigt.

Haben also die transportunabhängigen Industriezweige ihren Hauptschwerpunkt im Ergänzungsgebiet in der Gemeinde Allschwil, so konzentriert sich die transportorientierte Industrie (Chemie, Metall, Maschinen) hauptsächlich im Raum von Münchenstein, Muttenz und Pratteln. Nebenzentren finden sich zudem für die Textilindustrie in Arlesheim und Aesch, für die Bekleidungs- und Ausrüstungsindustrie und die Holzindustrie in Aesch, für die Leder-, Kautschuk- und Plastikindustrie in Reinach und für die Metallindustrie in Dornach. Für die Metall- und Maschinenindustrie und

Tabelle 26 Prozentuale Verteilung der Arbeitskräfte auf die Industriezweige

Wirtschaftsgruppen	Basel-Stadt	Allschwil	Birsfelden	Münchenstein	Muttenz	Pratteln	Total Ergänzungsgebiet	Aesch	Arlesheim	Dornach[1]	Reinach
1950											
Nahrungsmittel .	8,6	2,4	8,0	8,4	15,8	4,2	6,8	–	5,0	–	–
Textilien	6,0	0,9	25,8	12,3	–	–	3,7	37,8	72,7	–	–
Bekleidung . . .	8,7	14,8	–	–	–	–	2,9	–	–	–	56,8
Holz	6,4	8,7	–	2,6	5,0	4,2	4,8	10,0	8,7	–	33,1
Papier	1,0	21,0	18,5	–	0,4	–	5,5	–	–	–	–
Buchdruck . . .	8,7	–	2,3	10,4	1,0	0,6	2,0	–	2,4	–	–
Leder, Kautschuk .	0,3	3,7	–	–	–	12,9	6,0	–	–	–	10,1
Chemie	35,9	1,8	–	6,0	39,3	23,9	18,2	–	3,8	–	–
Steine und Erden .	1,1	37,3	–	3,0	9,8	11,0	14,2	–	–	–	–
Metall	7,8	3,7	–	37,5	9,1	21,8	16,4	43,7	2,1	–	–
Maschinen . . .	14,4	5,4	45,4	17,3	19,6	21,4	19,1	8,5	5,3	–	–
Uhren	–	0,3	–	–	–	–	0,1	–	–	–	–
Kraft, Gas, Wasser	1,1	–	–	2,5	–	–	0,3	–	–	–	–
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	–	100
1961											
Nahrungsmittel .	7,0	1,9	17,9	4,7	6,0	3,9	5,2	–	4,1	–	–
Textilien	4,1	0,6	4,0	5,6	0,9	–	5,6	19,3	43,9	–	–
Bekleidung . . .	7,2	12,9	2,0	1,3	–	0,2	2,8	6,4	–	–	9,1
Holz	5,1	9,8	0,5	10,1	2,6	3,0	5,8	20,5	6,3	1,9	4,5
Papier	0,4	15,9	9,2	–	4,5	–	5,1	–	15,7	–	–
Buchdruck . . .	10,4	7,4	5,5	7,4	2,0	0,4	3,1	0,4	2,7	–	1,2
Leder, Kautschuk .	0,3	–	–	5,8	–	22,7	7,1	–	–	–	10,5
Chemie	39,0	2,2	9,3	5,5	42,5	23,6	18,0	–	6,5	–	–
Steine und Erden .	1,0	22,0	2,7	1,8	5,3	6,4	6,2	–	–	–	–
Metall	7,7	14,3	9,9	53,4	21,8	17,3	21,4	24,7	–	98,1	44,9
Maschinen . . .	16,8	12,5	37,0	2,5	14,5	22,4	19,2	28,8	20,8	–	29,8
Uhren	0,1	0,6	–	–	–	–	0,1	–	–	–	–
Kraft, Gas, Wasser	1,0	–	2,2	1,8	–	0,2	0,4	–	–	–	–
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: *Eidgenössische Fabrikstatistik* 1950 und 1961.

[1] Für die Gemeinde Dornach fehlen die Angaben für 1950.

für die Chemie ist damit für Intensität und Richtung der intraregionalen industriellen Dezentralisation neben der Bodenfrage und verschiedenen speziellen Gründen vorwiegend das Kriterium der günstigen Verkehrslage und -verhältnisse entscheidend, während für die weitgehend transportunabhängigen Branchen als genereller Faktor nur die Bodenfrage, in sekundärer Hinsicht das Arbeitskraftproblem Berücksichtigung erheischen.

Im folgenden Kapitel sollen nun die Faktoren, welche die einzelbetriebliche innerregionale Standortbeurteilung zur Hauptsache beeinflussen, in ihrer momentanen Erscheinungsform dargestellt werden.

Tabelle 27

Zunahme der Fabrikarbeiter nach Gemeinden seit 1946

	Grundzahlen		Index, wenn 1946 = 100			
	1946	1950	1954	1957	1960	1961
Basel-Stadt	23008	103,2	114,9	126,8	131,1	134,2
Allschwil	1039	107,9	139,0	163,6	177,3	190,9
Birsfelden	382	104,7	162,3	220,4	296,3	384,3
Münchenstein . .	731	105,7	151,8	161,3	194,0	222,7
Muttenz	893	117,6	165,2	269,3	339,3	377,4
Pratteln	1980	117,0	149,6	189,3	186,4	206,1
Reinach	45	224,4	531,1	651,1	1040,0	1273,3
Arlesheim	534	94,6	96,8	184,6	191,2	196,1
Aesch	349	146,1	197,7	226,1	265,9	287,1

Quelle: Errechnet auf Grund einer Detailzählung der Resultate der eidgenössischen Fabrikzählungen 1946 bis 1961.

Die Faktoren der intraregionalen Standortwahl in heutiger Sicht

Die Landesgrenze als spezieller Faktor

Aus der engen Umschließung der Region Basel durch zwei Staatsgrenzen ergibt sich ein erster wichtiger Bestimmungsfaktor für die räumliche Expansion der Industrie- und Bevölkerungsagglomeration. Ihre mögliche Ausdehnung wird auf die südlich und östlich anstoßenden Gebiete beschränkt.

Annaheim[79] betont zwar, daß in weltoffenen Zeiten das Hinterland von Basel, das sich wirtschaftlich, kulturell und sozial vorwiegend nach der Stadt ausrichtete, auch bedeutende Teile der elsässischen und badischen Nachbarschaft einschloß und daß ein beidseitiger reger und wertvoller Austausch von Anregungen immer bestand. Er weist aber umgekehrt auch darauf hin, daß seit dem 19. Jahrhundert die zunehmende Stauwirkung der Landesgrenze im ausländischen Grenzsaum zur Entstehung typischer Ersatzgebilde für das natürliche Zentrum Basel beitrug. Als solche nennt er im badischen Grenzgebiet Lörrach und Leopoldshöhe.

Zudem führte der Zweite Weltkrieg zu einer derartigen Zäsur der wechselseitigen Beziehungen zwischen Basel und seiner ausländischen Nachbarschaft, daß der ausländische Teil des Beziehungsraumes der Stadt zur Bedeutungslosigkeit herabsinken mußte. Auf Grund neuerer Untersuchungen über die Bedeutung des Grenzgängerverkehrs für den Arbeitsmarkt von Basel-Stadt kommt Banz[80] allerdings zum Schluß, daß das Hinterland von Basel, obwohl politisch uneinheitlich, wirtschaftlich immer noch ein Ganzes bildet. Die badischen und elsässischen Grenzorte konnten seiner Meinung nach bis zum Ersten Weltkrieg dem geographischen Wohnplatz von Basel direkt zugerechnet werden, während sie heute nurmehr Wohnorte zweiten und dritten Grades darstellen. Dennoch habe sich aber die starke Anziehungskraft der Stadt Basel auf weite Teile der anstoßenden Grenzgebiete noch immer deutlich erhalten.

Verfolgt man die Entwicklung der Grenzgängerzahlen im Raume Basel nach dem Zweiten Weltkrieg, so kann man dieser Behauptung eine teilweise Berechtigung bestimmt nicht absprechen. Seit 1949 weist der Kanton Basel-Stadt die zweithöchste Zahl ausländischer Berufspendler aller schweizerischen Kantone auf. Nur gerade der Kanton Tessin nimmt auf Grund der

[79] Annaheim, a.a.O., S. 90.
[80] Banz, a.a.O.

peripheren Lage und seiner besonders arbeitsintensiven Industrien eine Sonderstellung ein und beschäftigt eine noch größere Zahl von Pendelwanderern als Basel.

Die Zahl der im Kanton Basel-Stadt beschäftigten Grenzgänger ist seit 1949 in fast ständigem Steigen begriffen und erreichte im August 1961 mit 7788 Arbeitskräften einen vorläufigen Höchstwert. Von den 3333 in den Kanton Baselland einpendelnden Grenzgängern kann zudem angenommen werden, daß ihre Arbeitsplätze hauptsächlich im Gebiet der Gemeinden des industriellen Ergänzungsgebiets von Basel liegen.

Die Grenzgänger sind damit auf dem Arbeitsmarkt der Industrieregion Basel von annähernd gleicher Bedeutung, wie die aus den Gemeinden der verstädterten Zone täglich ins Kerngebiet pendelnden Arbeitskräfte. Von einer Bildung zusätzlicher Nebenwohngebiete im deutschen oder französischen Grenzraum kann allerdings trotzdem nicht gesprochen werden. Diese ausländischen Arbeitskräfte rekrutieren sich aus einem ungleich größeren Raum, als ihn etwa die zehn Gemeinden der verstädterten Zone darstellen[81]. Die Anteile der nach der Region Basel auspendelnden Beschäftigten am Total der berufstätigen Wohnbevölkerung der Gemeinden dürfte deshalb ungleich tiefer liegen als in den angrenzenden schweizerischen Ergänzungsgebieten. Einige größere Gemeinden, wie Lörrach, Weil am Rhein und St-Louis, sind zudem selbst stark industrialisiert, während in den kleineren Ortschaften die Landwirtschaft noch einen bedeutenden Teil der Erwerbstätigen absorbiert.

Auch liegt die Vermutung nahe, daß angesichts der ebenfalls starken industriellen Expansion im badischen Grenzraum das starke Ansteigen der Grenzgängerzahlen in den letzten Jahren nur dank einem bedeutsamen Zustrom von Ostflüchtlingen in den südbadischen Raum möglich wurde. Das Wachstum der deutschen Nachbargemeinden in den letzten 15 Jahren dürfte zu einem größeren Teil auf diese gelenkte Zuwanderung als auf die Attraktionskraft der Industrieregion von Basel zurückzuführen sein. Zur Verifizierung dieser unbewiesenen Annahme wäre allerdings eine detaillierte Analyse der Industrie- und Bevölkerungsstruktur des badischen Grenzsaumes erforderlich. Für die vorliegende Untersuchung können wir uns aber mit der Feststellung begnügen, daß für die Industrien der Region Basel im Hinblick auf eine ausreichende Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften den ausländischen Grenzgebieten, vor allem der badischen Nachbarschaft, eine vitale Bedeutung zukommt.

In früheren Zeiten hatten aber die Gebiete jenseits der Landesgrenzen noch eine Vielzahl anderer, über die Bedeutung Basels als Arbeitsplatz hinausreichender Bindungen an die Stadt. Nicht nur stand in der Zeit vor 1914 der

[81] Banz, a.a.O.

damals schon bedeutsamen Zahl von Einpendlern nach Basel eine ebenso gewichtige rückläufige Bewegung gegenüber, sondern die Industrialisierung des südbadischen Raumes, vor allem des unteren Wiesentales, war auch eng mit der Industrie- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Basel verknüpft.

Es waren im 19. Jahrhundert besonders die chemische Industrie und die Textilindustrie, in vermindertem Ausmaß Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelherstellung, die sich durch die deutsche Schutzzollpolitik, vor allem nach dem Anschluß des Landes Baden an den deutschen Zollverein im Jahre 1833, gezwungen sahen, ihre Produktion ganz oder teilweise in die nahen Grenzgebiete zu verlegen. Im Laufe der Jahre sind diese Betriebe allerdings zum größten Teil in deutsche Hände übergegangen, aber noch 1932 konnte Weh einen überwiegenden Anteil schweizerischer Betriebe und Unternehmungen an der Industrie des oberbadischen Grenzsaumes nachweisen[82]. So betrug damals ihr Anteil an der Textilindustrie 62,2%, an der chemischen Industrie 50,0% und an der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 33,3% aller Betriebe bzw. 52,8%, 49,0% und 81,3% aller beschäftigten Arbeitskräfte.

Parallel zu dieser industriellen Aussiedelung und durch sie maßgeblich gefördert verlief die Entwicklung des schweizerisch-deutschen Grenzgängerverkehrs. So konnte Weh noch behaupten[83]: «Kennzeichnend für diesen Verkehr an der oberbadisch-schweizerischen Grenze ist das Überwiegen schweizerischer Grenzgänger nach deutschen Standorten.»

Wurden im Jahre 1930 noch 659 in Basel wohnhafte, aber im Ausland, vorwiegend in Deutschland, arbeitende Berufstätige gezählt, so sank diese Zahl bis zum Jahre 1941 teilweise infolge der unsicheren politischen Verhältnisse auf 238, glitt aber auch nach dem Kriege bis auf 99 im Jahre 1950 ab. Die Zahl der deutschen und französischen Grenzgänger dürfte damit heute weitgehend mit dem positiven Pendlersaldo zugunsten von Basel identisch sein.

Weniger eng waren von je her die wirtschaftlich-industriellen Verflechtungen von Basel mit dem elsässischen Hinterland. Einmal machte sich bereits früh die wachsende Attraktionskraft von Mülhausen bemerkbar, und zum zweiten schien die Weite des Raumes einem starken Arbeiteraustausch eher hemmend im Wege zu stehen; dies im Gegensatz zur badischen Grenzzone, wo die verschiedenen sich nach Süden hin öffnenden Flußtäler eine verstärkte Ausrichtung auf das Industriezentrum von Basel geradezu implizierten. So betrug 1960 der Anteil der französischen Einpendler nur rund ein Sechstel des Grenzgängertotals.

[82] Max Weh, *Die Landesgrenze als Standortfaktor*, Diss., Basel 1932, S. 58.
[83] Weh, a. a. O., S. 24.

So sehr damit die Bedeutung der angrenzenden badischen und elsässischen Randzonen für den Arbeitsmarkt der Industrieregion Basel erwiesen ist, so gering ist die Bedeutung dieser Gebiete für die industrielle Dezentralisationstendenz der letzten Jahre. Neben rationalen mögen heute vielfach noch psychologische Gründe dafür verantwortlich sein, daß Standortverlegungen in keinem Fall über die Landesgrenzen vorgenommen werden, obgleich geographisch die oberrheinische Tiefebene das natürliche Expansionsfeld für die Basler Industrie darstellen müßte. Auf längere Sicht hätten vielleicht zollpolitische Befürchtungen im Hinblick auf die EWG eine ähnliche Entwicklung wie die Schutzzollpolitik des letzten Jahrhunderts auslösen können, hätten nicht schweizerischerseits relativ rasch die ersten Annäherungsversuche an die EWG stattgefunden. Auch sind umgekehrt die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa – weit entfernt davon, die künftige Entwicklung klar voraussehen zu lassen – noch nicht dazu angetan, dem Faktor «Staatsgrenze» bei der industriellen Standortwahl verminderte Bedeutung zukommen zu lassen. Die Eingliederung der natürlichen ausländischen Ergänzungsgebiete in die Agglomeration Basel ist deshalb für die nächste Zukunft noch sehr unwahrscheinlich. Die räumliche, bevölkerungsmäßige und industrielle Expansion wird sich deshalb auch weiterhin auf das schweizerische Hinterland beschränken müssen.

Die Arbeitsorientierung

Die Trennung von Wohn- und Arbeitsort

Unter den Begriff der Pendelwanderung sind nach allgemeiner Terminologie diejenigen Arbeitsk räfte zu subsumieren, die in einer anderen als ihrer Wohngemeinde arbeiten. Für eine Berücksichtigung in der Pendelwanderungsstatistik werden aber meist einige zusätzliche einschränkende Bedingungen vorausgesetzt:

1. Erfaßt werden nur Berufstätige. Die ebenfalls bedeutsame Pendelwanderung der Schüler und Studenten bleibt unberücksichtigt.

2. Das Kriterium für das Vorliegen einer Pendelwanderung ist das tägliche Überschreiten einer Gemeindegrenze auf dem Weg vom Wohn- zum Arbeitsort. In Streusiedlungen kann aber ein Arbeitsweg innerhalb einer Gemeinde distanzmäßig wesentlich größer sein als beim Überschreiten der Gemeindegrenze. Es stellt sich deshalb die berechtigte Frage, ob der Berufsverkehr aus solchen Gemeinden, die mit der Stadt eine bauliche Einhei bilden und die sogar am Netz der öffentlichen Stadtverkehrsmittel ange-

schlossen sind, noch als Pendelwanderung im eigentlichen Sinne anzusehen ist. Es bietet sich jedoch angesichts der heutigen Verflechtung der Pendlerströme kaum ein anderes Kriterium, um die Pendelwanderung klar zu definieren, als das Überschreiten einer Gemeindegrenze. Da auch sämtliche statistischen Angaben auf diesem Kriterium aufbauen, mußte auch für die folgenden Ausführungen die offizielle Definition zugrunde gelegt werden.

3. Neben den «Tagespendlern» besteht oft eine nicht zu übersehende Bewegung von «Wochenpendlern», die in den Statistiken ebenfalls unberücksichtigt bleiben.

Fragen wir nun nach den Voraussetzungen, die eine Pendelwanderung überhaupt ermöglichen, und nach den Gründen, die diesem Phänomen seine heutige Bedeutung zukommen ließen. Eine räumliche Auflösung von Wohn- und Arbeitsstätte war erst mit der Gewährung der Freizügigkeit und der Durchsetzung des Prinzips der Gewerbefreiheit denkbar. Sie wurde durch die Industrialisierung und die damit verbundene Bildung von Schwerpunkten stark gefördert. Der Ausbau der modernen Verkehrsmittel hat zudem die Beweglichkeit der Bevölkerung ganz allgemein stark erhöht. War das Problem der Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte bereits seit längerer Zeit Gegenstand heftiger staats- und wirtschaftspolitischer Diskussionen[84], so vermochte die neuere Art der «Landflucht», die Trennung von Wohn- und Arbeitsort in Form der Berufspendler, erst in den letzten Jahrzehnten eine vermehrte Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Grundlegende Voraussetzung für das Entstehen einer gewichtigen Pendelwanderung ist das Bestehen einer Attraktionskraft eines industriellen Zentrums, die in einem Angebot an Arbeitsplätzen, wie es in den umliegenden Gemeinden nicht besteht, begründet liegt. So ist heute noch in wenig industrialisierten Gegenden die Pendelwanderung aus den reinen Bauerngemeinden in die kleinen Industriezentren der Ausdruck eines im Gefolge der verstärkten Industrialisierung stehenden sozialen Umschichtungsprozesses, der in latenter Weise zur Abwanderung drängt. Wenn diese Abwanderung in vielen Fällen nicht zu einer vollständigen Preisgabe des bisherigen Wohnsitzes führt, so müssen dafür vor allem persönliche Gründe verantwortlich gemacht werden. So verhindert oft eine gewisse Verwurzelung mit

[84] Sombart sieht das Problem der Verstädterung als eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. «Der Abstrom der Bevölkerung vom Lande ist eine mit Notwendigkeit im Gefolge kapitalistischer Produktionsweise und rascher Vermehrung der Bevölkerung auftretende allgemeine Erscheinung.»

Vgl. Werner Sombart, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, 1. Halbband, München und Leipzig 1927, S. 383.

der Heimatgemeinde, verbunden mit der Möglichkeit der nebenberuflichen landwirtschaftlichen Tätigkeit eine tatsächliche Abwanderung. Auch mögen oft die niedrigeren Lebenshaltungskosten in den Landgemeinden von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Ein größeres industrielles Zentrum wird aber in Zeiten beschleunigter Expansion bald einmal seinen Arbeitskraftbedarf nicht mehr aus eigenen Reserven decken können. Die Pendelwanderung ist dann nicht mehr nur möglich, sie wird notwendig. Treten die umliegenden Gemeinden in die Agglomerationswirkung zweiter Stufe ein, so ist eine nochmals verstärkte Pendelwanderung zumindest aus diesem Gebiet unausweichlich[85]. Zudem schlägt sich die zentral nach der Kernstadt ausgerichtete Fernwanderung vor allem in den Vorortgemeinden nieder[86]; durch eine allerdings beschränkte Auswanderung aus der Kernstadt in die Randgebiete wird die Pendlerzahl nochmals erhöht.

Eine weitere Akzentverschiebung erfährt der Pendelverkehr mit der Verlagerung von Teilen der industriellen Produktion aus dem Agglomerationskern. Grundsätzlich wäre anzunehmen, daß mit der Aussiedelung von Industriebetrieben der Pendelwanderung innerhalb der Industrieregion eine sinkende Bedeutung zukommen müßte, indem dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, die Arbeitskräfte wieder zurück an ihren Wohnort zu binden. Wohl ist in den Gemeinden des industriellen Ergänzungsgebietes der Region Basel der Anteil der Auspendler nach der Stadt zum Teil kleiner als in den Gemeinden der verstädterten Zone. Dies dürfte allerdings weniger auf eine Abwanderung von Berufspendlern in die neugeschaffenen Arbeitsplätze ihrer Wohngemeinde als auf eine durch das industrielle Wachstum induzierte Zuwanderung von außen zurückzuführen sein. Bei einem großen Teil der Arbeitnehmer besteht nämlich trotz dem heutigen Überangebot an Arbeitsplätzen vor allem in den gelernten Berufen ein gewisses Verharrungsvermögen am ursprünglichen Arbeitsplatz. Auch kommt für die Gemeinden des industriellen Ergänzungsgebietes den Verkehrsverhältnissen wenigstens soweit eine geringe Bedeutung zu, als sie an das Netz der städtischen öffentlichen Verkehrsmittel angeschlossen sind.

Obwohl keine Aufgliederung der Pendelwanderer nach ihrer Stellung im Beruf und nach der Branchenzugehörigkeit vorgenommen werden konnte, darf auch angenommen werden, daß ein beträchtlicher Teil der Auspendler nach der Kernstadt auf die Gruppe der Angestellten und der Arbeitnehmer in nichtindustriellen Dienstleistungsbetrieben, die nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung bilden, entfällt. Gerade für diese aber stehen bei

[85] Vgl. S. 39ff.
[86] Vgl. Kull, a.a.O.

Teilverlegungen in die Außengemeinden kaum neue Arbeitsplätze bereit, da die Verwaltungsabteilungen vielfach in der Stadt belassen werden. Für die Pendelwanderung von Wohngegenden außerhalb des Kerngebietes wird die durch eine industrielle Dezentralisierung hervorgerufene Verkürzung des Arbeitsweges oft dadurch uninteressant, daß die Verkehrsverbindungen zur Stadt besser ausgebaut sind als in die Gemeinden des Ergänzungsgebietes[87].

Die Pendelwanderung in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland seit 1950[88]

Das Problem der Verflechtung der Pendlerströme ist vor allem im Hinblick auf eine vorzunehmende Regionalplanung von erstrangiger Bedeutung. Bei der Festlegung von Industriezonen muß zu einem großen Teil – zumindest für die nähere Zukunft – auf die heutige Industrie- und Bevölkerungsverteilung abgestellt werden. Auch die Planung der Verkehrswege hat sich sowohl an der zu erreichenden als auch an der gegebenen Lagerung der Schwerpunkte auszurichten.

Bei der einzelbetrieblichen Standortbeurteilung ist eine direkte Beeinflussung der Standortwahl durch Richtung und Intensität der Pendlerströme zum Beispiel in Form einer Ausrichtung der Betriebsverlegungen nach den Hauptwohngebieten der Einpendler in die Kernstadt kaum wahrscheinlich, denn eine Rückgliederung dieser Auspendler durch Schaffung neuer Arbeitsplätze an ihrem Wohnort ist wie bereits erwähnt in einem Gebiet mit gut ausgebauten Verkehrswegen nur sehr schwer zu bewerkstelligen. Hingegen ist bei Verlegungen an den Rand der heute bestehenden Industrie- und Bevölkerungsagglomeration durch die Eingliederung vorwiegend bäuerlicher Gemeinden in den engeren Beziehungsraum eine günstigere Versorgung mit Arbeitskräften in beschränktem Umfang durchaus denkbar.

Im Kanton Baselland finden sich bei einem gesamtschweizerischen Vergleich hinsichtlich der Pendelwanderung ähnlich extreme Verhältnisse, wie sie schon in bezug auf das Bevölkerungswachstum festgestellt werden konnten. Hauptsächliche Gründe für die große Zahl von nicht am Wohnort

[87] Zum Beispiel sind die Fahrpläne der öffentlichen Transportmittel meist auf die Arbeitszeiten in der Kernstadt ausgerichtet.

[88] Die Untersuchung des Pendlerverkehrs muß sich weitgehend auf die Kantone Basel-Stadt und Baselland beschränken, da für die übrigen direkt in Frage stehenden Kantone, Aargau, Bern und Solothurn, für 1960 noch keine Resultate zugänglich sind. Es muß immerhin darauf hingewiesen werden, daß es sich bei diesen nicht berücksichtigten Zupendlern um eine relativ bedeutsame Zahl handelt. So betrug ihr Anteil an den Einpendlern nach Basel-Stadt im Vergleich zu den auf der Landschaft wohnhaften Beschäftigten 1930 9,9%, 1941 9,0% und 1950 sogar 16,5%.

Tabelle 28

Wegpendler in Prozenten der berufstätigen Wohnbevölkerung

Jahr	Baselland	Schweiz
1910	21,7	8,7
1930	33,8	12,4
1941	35,4	13,3
1950	40,8	17,0
1960	50,2	•

Quelle: *Die Pendelwanderung im Kanton Baselland 1960*, Amt für Gewerbe, Handel und Industrie Baselland, Mitteilung Nr. 7.

arbeitenden Berufstätigen sind auch hier die einseitige Ausrichtung großer Kantonsteile auf das Industriegebiet von Basel sowie die topographisch bedingte relative Konzentration der übrigen Industriebetriebe auf das Ergolz- und Waldenburgertal. Dieser zweite Umstand brachte es mit sich, daß der Anteil der nicht am Wohnort arbeitenden Berufstätigen im Kanton Baselland bereits seit fünfzig Jahren immer erheblich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt lag[89]. Die extrem hohe Quote der Pendelwanderer im Kanton Baselland in den letzten 15 Jahren wird aber weitgehend durch die sehr einseitige Ausrichtung auf das Industriegebiet von Basel begründet. Anhand

Tabelle 29

Pendelwanderung im Kanton Baselland 1950 und 1960

	Auspendler nach Arbeitsort, absolut							
	Basel-Stadt	Aargau	Bern	Solothurn	Übrige Schweiz	Ausland	Baselland	Total
1950	11 532	76	63	661	10	22	7 949	20 313
1960	19 911	166	92	647	280	48	13 422	34 566
	In Prozent der Berufstätigen							
1950	23,2	0,2	0,1	1,3	0,0	0,0	16,0	40,2
1960	28,9	0,2	0,1	0,9	0,4	0,1	19,6	50,2

Quelle: *Die Pendelwanderung im Kanton Baselland 1960*, Amt für Gewerbe, Handel und Industrie Baselland, Mitteilung Nr. 7.

[89] Es ist zu beachten, wie sehr bei nationalen und internationalen Vergleichen über die Pendelwanderung die Frage nach der in den verschiedenen Städten verfolgten Eingemeindungspolitik bedeutsam wird. Die ausgewiesenen Pendlerzahlen im Kanton Baselland sind nicht zuletzt deshalb so enorm hoch, weil die in Basel arbeitenden Berufstätigen aus Gemeinden, die in organischer und städtebaulicher Sicht mit der Stadt eine Einheit bilden, wie etwa Allschwil, Binningen und Birsfelden, in der Statistik als Pendelwanderer auftreten.

der Zahlen für 1950 und 1960 läßt sich dieser Tatbestand eindrücklich demonstrieren. Die Auspendler nach dem Kanton Basel-Stadt machen den weitaus größten Teil der nicht an ihrem Wohnort beschäftigten Berufstätigen aus. So sind 1950 23,7%, 1960 28,9% sämtlicher im Kanton Baselland ansäßigen Berufstätigen im Kanton Basel-Stadt beschäftigt.

Demgegenüber entspricht die Quote der innerhalb des Kantons und in andere Kantone als Basel-Stadt auspendelnden Arbeitskräfte 1950 mit 17,6% der Berufstätigen ziemlich genau dem schweizerischen Mittel. Auch für 1960 dürfte sich nach Vorliegen der vollständigen Resultate der Volkszählung ein ähnliches Bild ergeben.

Hauptsächliche Zielorte der außerkantonalen Pendelwanderung waren 1960 außer Basel-Stadt die Gemeinden Dornach mit 447 und Olten mit 174 im Kanton Baselland wohnhaften Berufstätigen. Daneben spielen entsprechend der geographischen Lage des Kantons für das Oberbaselbiet die Industriezentren von Aarau, Schönenwerd und Zofingen sowie das aargauische Fricktal, für den Bezirk Arlesheim die bernischen Gemeinden des Birstales eine gewisse, sekundäre Rolle[90]. Ebenfalls bedeutsam ist die Zahl von 70 täglich nach Zürich auspendelnden Berufstätigen. Die Gründe, die zu einer solchen Fernpendelwanderung führen, sind jedoch grundsätzlich anderer, meist individuell persönlicher Natur, als die Motive, die dem Nahpendlerverkehr zugrunde liegen.

Im Kanton Baselland selbst waren es 1950 insgesamt nur 8 Gemeinden, die einen positiven Pendlersaldo ausweisen konnten. Darunter fielen die Gemeinde Pratteln, der Großteil des Ergolztales mit Liestal, Lausen, Sissach und Gelterkinden sowie die Hauptzentren der Uhrenfabrikation, Hölstein, Niederdorf und Waldenburg. Für 1960 kann trotz dem vorläufigen Fehlen der genauen Zahlen für die außerkantonalen Zupendler bereits festgestellt werden, daß sich diese Situation nicht wesentlich geändert hat, außer daß

[90] Von 1185 im Jahre 1960 außerhalb der beiden Halbkantone Basel-Stadt und Baselland beschäftigten und im Kanton Baselland wohnhaften Berufstätigen arbeiten in:

Dornach	447	Olten	174	Rheinfelden	54
Duggingen	35	Trimbach	6	Kaiseraugst	25
Grellingen	20	Dulliken, Schönenwerd	20	Magden, Möhlin	39
Laufen	17	Aarau	8	Mumpf, Stein, Frick, Brugg, Baden	12
		Zofingen	28	Zürich	70
		Bern	20		

Quelle: *Die Pendelwanderung im Kanton Baselland 1960*, Amt für Gewerbe, Handel und Industrie Baselland, Mitteilung Nr. 7.

Oberdorf ebenfalls in die Klasse der Gemeinden mit einem Zupendlerüberschuß aufgestiegen ist und daß wahrscheinlich auch Muttenz sich dem Zustand einer ausgewogenen Pendlerbilanz nähert.

Die Nebenwohngebiete der Industrieregion Basel[91]

Das seit 1945 immer deutlicher sichtbar werdende Auseinanderfallen von Bevölkerungs- und Industrieagglomeration führt naturgemäß zu einem ständig wachsenden Umfang des regionalen Pendlerverkehrs und zu einer verstärkten Verflechtung der Pendlerströme untereinander. Richtete sich die Pendelwanderung in früheren Zeiten fast ausschließlich auf das Industriezentrum von Basel-Stadt, so steigt mit der wachsenden Bedeutung der Gemeinden des Ergänzungsgebiets für das regionale Industriepotential sowohl die Zupendlerbewegung von außerhalb des Kerngebietes in die umliegenden Gemeinden als auch die Intensität des innerregionalen Arbeitskraftaustausches[92].

Für die Stadt Basel liegen die hauptsächlichen Nebenwohngebiete in den direkt angrenzenden Gemeinden Binningen, Allschwil, Birsfelden und Münchenstein. Die Pendelwanderung aus dem Gebiet von Muttenz und Pratteln ist entsprechend dem hohen Industrialisierungsgrad dieser beiden Gemeinden bedeutend schwächer. Als weitere, sekundäre Nebenwohnzentren sind das übrige Leimental – in erster Linie Bottmingen und Oberwil – sowie die Gemeinden Reinach und Arlesheim zu nennen.

Für die Industrien der Gemeinden Allschwil und Birsfelden bilden neben der Stadt Basel die übrigen Gemeinden des Ergänzungsgebietes und Binningen die wichtigsten Wohnorte der berufstätigen Zupendler. Demgegenüber greift der Einzugsbereich von Münchenstein, Muttenz und Pratteln bereits wesentlich über den engeren Agglomerationsraum hinaus. So ist für die Gemeinde Pratteln der Raum von Augst, Arisdorf, Frenkendorf, Füllinsdorf und Liestal, für Münchenstein das Gebiet von Arlesheim, Dornach,

[91] In Kapitel 3 wurde die Bedeutung der Pendelwanderung bereits aus der Sicht der Wohnorte der Basler Berufspendler dargestellt (vgl. Tabelle 10). Wir werden uns deshalb an dieser Stelle darauf beschränken, aus der Sicht der Arbeitsorte die hauptsächlichen Nebenwohngebiete der Industriegemeinden der Region Basel aufzuzeigen.

[92] Im Jahre 1950 standen den 13418 schweizerischen Zupendlern in den Kanton Basel-Stadt 2774 Auspendler nach schweizerischen Arbeitsorten, zum überwiegenden Teil in die Gemeinden des Ergänzungsgebiets, gegenüber (vgl. *Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1961*, S. 23). Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit standen leider für 1960 die Zahlen der aus Basel-Stadt auspendelnden Berufstätigen noch nicht zur Verfügung, eine gewichtige Auspendlerbewegung dürfte jedoch weiterhin nur nach den Industriegemeinden des Ergänzungsgebietes gegeben sein.

Tabelle 30 Verflechtung der Pendlerströme in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland[1] 1960

Wegpendler	Zupendler									
	Basel-Stadt	Allschwil Schönenbuch	Birsfelden	Münchenstein	Muttenz	Pratteln	Binningen Bottmingen	Oberwil	Übriges Leimental	Arlesheim
Allschwil	3540	1	31	55	57	35	86	3	2	3
Birsfelden	2438	29	•	56	350	72	26	2	2	9
Münchenstein	2224	18	38	•	131	40	17	4	5	151
Muttenz	1820	9	73	68	•	413	22	1	4	12
Pratteln	556	6	26	17	347	•	8	1	1	5
Schönenbuch	49	15	–	–	1	–	1	–	–	–
Binningen	3840	89	34	53	108	30	31	27	29	5
Bottmingen	559	8	5	12	8	4	54	10	12	5
Oberwil	763	9	7	9	14	8	119	•	70	5
Übriges Leimental	691	9	7	19	9	10	93	69	76	11
Arlesheim	688	4	11	187	44	10	–	1	–	•
Reinach	1241	9	10	137	47	15	8	5	9	97
Aesch/Pfeffingen	435	4	9	120	16	10	2	2	6	85
Augst/Arisdorf/Giebenach	68	–	6	4	45	150	2	–	–	1
Frenkendorf/Füllinsdorf	187	–	7	4	102	304	3	–	–	1
Liestal	214	3	2	3	51	126	6	–	1	–
Übriger Bezirk Liestal	98	1	3	2	49	122	3	–	–	1
Bezirk Sissach	346	6	4	3	155	306	10	1	2	4
Bezirk Waldenburg	54	–	1	3	16	51	1	–	–	1
Total Baselland	19911	220	274	752	1550	1706	492	126	219	396

Wegpendler	Zupendler									
	Reinach	Aesch Pfeffingen	Augst Arisdorf Giebenach	Frenkendorf Füllinsdorf	Liestal	Übriges Baselbiet	Total Baselland	Übrige Schweiz	Ausland	Total
Allschwil	6	6	2	4	16	7	314	49	9	3912
Birsfelden	9	8	7	6	20	15	611	39	4	3092
Münchenstein	75	29	–	–	9	6	523	74	4	2825
Muttenz	5	1	3	10	79	20	720	39	1	2580
Pratteln	–	5	17	52	213	60	758	27	3	1344
Schönenbuch	1	–	–	–	–	–	18	–	–	67
Binningen	22	6	–	7	22	16	479	44	11	4374
Bottmingen	1	2	–	–	5	4	130	8	3	700
Oberwil	10	2	–	–	4	1	258	5	4	1030
Übriges Leimental	17	16	–	–	3	1	340	38	2	1081
Arlesheim	30	22	–	2	16	–	327	102	2	1119
Reinach	•	56	–	–	6	2	401	87	3	1732
Aesch/Pfeffingen	78	31	–	2	8	–	373	265	–	1163
Augst/Arisdorf/Giebenach	–	–	13	4	64	10	299	23	–	390
Frenkendorf/Füllinsdorf	–	1	2	109	645	81	1259	16	1	1463
Liestal	1	3	3	63	•	189	451	34	–	699
Übriger Bezirk Liestal	2	–	2	18	735	238	1176	14	–	1288
Bezirk Sissach	1	2	3	57	711	2256	3521	267	1	4135
Bezirk Waldenburg	–	–	–	20	208	1163	1464	54	–	1572
Total Baselland	258	190	52	354	2764	4069	13422	1185	48	34566

Quelle: *Die Pendelwanderung im Kanton Baselland* 1960, Amt für Gewerbe, Handel und Industrie Baselland, Mitteilung Nr. 7.

[1] Für die außerkantonalen Zupendler stehen noch keine Zahlen zur Verfügung.

Reinach und Aesch von großer Bedeutung für die Versorgung mit Arbeitskräften. Muttenz ist dagegen zur Deckung des Arbeitskraftbedarfs stärker auf das Kerngebiet und das Leimental ausgerichtet. Der Pendelverkehr aus dem oberen Baselbiet, das heißt aus den Bezirken Sissach und Waldenburg, richtet sich ungefähr zu gleichen Teilen hauptsächlich auf das Industriegebiet von Muttenz und Pratteln und auf die Kernstadt Basel.

Lohnkostendifferenzen als Standortfaktoren

Neben der Frage der Verfügbarkeit von Arbeitskräften kann bei einer Standortneuwahl auch das Problem der unterschiedlichen Lohnaufwendungen Berücksichtigung erheischen. Zwar sind in den meisten Industriezweigen die Lohnsätze durch Gesamtarbeitsverträge für die ganze Schweiz auf ein annähernd gleiches Niveau fixiert, doch differieren die ausbezahlten Lohnsummen zwischen den einzelnen Landesteilen oft erheblich, indem die vertraglichen Minima unterschiedlich überschritten werden. So ist nicht zu bezweifeln, daß in verschiedenen Branchen eine Standortverlegung aus der Region Basel in wenig industrialisierte Gebiete, zum Beispiel in die Kantone Tessin oder Wallis, mit nicht unbedeutenden Lohnkosteneinsparungen verbunden sein kann.

Unterschiede in den Lohnzahlungen bestehen aber nicht nur zwischen den einzelnen geographisch getrennten Regionen des ganzen Landes, sondern auch innerhalb der Kantone zwischen Gebieten mit städtischem, halbstädtischem und ländlichem Siedlungscharakter.

Tabelle 31

Löhne verunfallter Arbeiter im Jahre 1961 nach Ortsklassen.
Durchschnittliche Stundenverdienste, wenn ländliche Verhältnisse = 100[1]

	Großstädte		Übrige städtische Verhältnisse		Halbstädtische Verhältnisse	
	1949	1961	1949	1961	1949	1961
Gelernte und angelernte Arbeiter .	127	119	115	109	109	105
Ungelernte Arbeiter	126	117	113	108	107	104
Frauen	114	119	108	110	105	106

Quelle: *Die Volkswirtschaft*, Heft 8/1962, S. 355.

[1] Die Zahlen sind, da nur die Löhne der verunfallten Arbeiter erfaßt werden können, unter verschiedenen Vorbehalten zu werten; so ist die Zusammensetzung der Verunfallten namentlich in beruflicher Hinsicht von Kanton zu Kanton und innerhalb desselben von Ortverhältnis zu Ortverhältnis verschieden.

Bei den männlichen Arbeitskräften zeigt sich sowohl für die gelernten als auch für die ungelernten Berufe im Zeitraum zwischen 1949 und 1961 eine erhebliche Angleichung der Löhne in den verschiedenen Ortsklassen, wäh-

rend bei den Frauen, vor allem in den Großstädten, eine weitere Verstärkung der Differenz zu den ländlichen Gebieten eingetreten ist.

Tabelle 32

Löhne verunfallter Arbeiter in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland nach Ortsklassen 1961 (durchschnittliche Stundenverdienste)

	Gelernte und angelernte Arbeiter				Ungelernte Arbeiter			
	Städtisch	Halbstädtisch	Ländlich	Total	Städtisch	Halbstädtisch	Ländlich	Total
Basel-Stadt . .	4,28	–	–	4,28	3,57	–	–	3,57
Baselland[1] . .	4,12	4,02	3,84	4,05	3,41	3,45	3,16	3,38
	Männer zusammen[2]				Frauen			
	Städtisch	Halbstädtisch	Ländlich	Total	Städtisch	Halbstädtisch	Ländlich	Total
Basel-Stadt . .	4,07	–	–	4,07	2,58	–	–	2,58
Baselland[1] . .	3,80	3,86	3,45	3,78	2,37	2,41	2,38	2,38

Quelle: *Die Volkswirtschaft*, Heft 8/1962.

[1] Die Unterscheidung in städtisch, halbstädtisch und ländlich basiert auf einer heute veralteten Erhebung über die Mietpreise, dient aber noch verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen als Grundlage. Zur Zeit wird ein neues Abgrenzungsschema ausgearbeitet.
[2] Einschließlich der Verdienste erwachsener Arbeiter, deren Berufsstellung nicht ermittelt werden konnte.

Selbst zwischen den beiden Halbkantonen Basel-Stadt und Baselland scheint nach Tabelle 32 ein bedeutendes Lohngefälle zu bestehen. Die in allen Erwerbsgruppen festzustellenden Differenzen zwischen den städtischen Gebieten in Basel-Stadt und der entsprechenden Klasse in Baselland sowie in verstärktem Ausmaß zwischen der Stadt und den halbstädtischen und ländlichen Zonen der Landschaft dürfte aber kaum auf ein bestehendes «echtes» Lohngefälle zwischen diesen beiden Kantonen zurückzuführen sein. Vielmehr beruhen die Unterschiede eher auf ihrer ungleichartigen industriellen Struktur. Die ausbezahlten Löhne sind in den wachstumsintensiven Hauptindustriezweigen von Basel-Stadt – vor allem in der chemischen Industrie – allgemein höher als etwa in der Textilindustrie von Liestal oder der Uhrenindustrie des Waldenburgertales.

Eine Senkung der Lohnkosten bei einer Betriebsverlegung innerhalb der Region nördlich des Jurakammes (Kanton Baselland und aargauisches Fricktal) wäre zwar auf Grund der sicher auch innerhalb der Branchen bestehenden minimen Lohndifferenzen theoretisch denkbar. In der Praxis werden aber die vollkommene Markttransparenz der Arbeitnehmer innerhalb dieses kleinen Raumes sowie die Verflechtung der Pendlerbewegungen ohnehin zu einer baldigen Angleichung an das städtische Lohnniveau führen[93]. Lohn-

[93] Vgl. die Ausführungen über die industrielle Entwicklung der Region von Stein, S. 97 ff.

kostenüberlegungen können deshalb im Rahmen eines auf die Kantone Basel-Stadt und Baselland und das Fricktal beschränkten Gebiets keinen rationalen Standortfaktor darstellen.

Verkehrslage und Verkehrsverhältnisse

Die gute Verkehrslage der Region Basel im schweizerischen und gesamteuropäischen Raum war eine wesentliche Voraussetzung der Bildung und des schnellen Wachstums ihrer Industrien. Zur innerregionalen Standortbeurteilung spielt sie aber nur insofern eine Rolle, als sie den Rahmen, innerhalb welchem eine industrielle Auflockerung sich zu vollziehen hat, verhältnismäßig eng hält. Große Bedeutung wird dagegen bei einer Neuwahl des Standortes den Verkehrsverhältnissen beigemessen. Für alle stark transportabhängigen Industriezweige (Metall, Maschinen, Chemie) sind neben den mangelnden Ausdehnungsmöglichkeiten im Stadtgebiet die Schwierigkeiten, die sich aus Straßentransporten durch die verkehrsreiche Innerstadt sowie aus dem teilweisen Fehlen von eigenen Bahnanschlüssen ergeben, die Hauptgründe für eine Betriebsverlegung. Bei der Neuwahl des Standortes sind deshalb günstige Zufahrtswege auf Straße und Schiene absolute Vorbedingungen. Günstige Verkehrsverhältnisse bedeuten eine möglichst gute Verbindung zu den nach der Schweiz führenden Hauptverkehrsachsen und eine reibungslose Abwicklung der Bahntransporte. Als spezielle Faktoren können die Notwendigkeit eines eigenen Geleiseanschlusses und einer direkten Verbindung zur Rheinschiffahrt hinzutreten.

Die Richtungen der industriellen Expansion wurden deshalb, wie bereits früher erwähnt, weitgehend durch den Verlauf der Hauptschienen- und Straßenstränge und in vermindertem Maße durch den Ausbau der Rheinhäfen von Birsfelden und Muttenz bestimmt. Wegen seines fehlenden Anschlusses an das SBB-Netz und durch den teilweise mangelhaften Ausbau der Straßenverbindungen war hingegen das Birsigtal von Anfang an für eine Industrialisierung ungeeignet; es entwickelte sich aus diesem Grunde zum hauptsächlichsten Nebenwohngebiet der Stadt Basel.

Das Birstal weist demgegenüber günstigere Verhältnisse auf. Für den Bahntransport ergeben sich jedoch Schwierigkeiten, weil Lieferungen von und nach der Innerschweiz und dem nördlichen Ausland die teilweise überlasteten Güterbahnhöfe der Region Basel passieren müssen. Erhebliche Verspätungen und andere störende Einflüsse sind die Folge. Die günstigste Lage weisen in dieser Beziehung Muttenz und Pratteln dank ihrem direkten Zugang zu den wichtigsten von Basel wegführenden Straßen- und Schienenachsen auf.

Entscheidende Nachteile können Industriebetrieben aber nicht nur aus ihrer ungünstigen innerregionalen Verkehrslage erwachsen, sondern vor allem auch infolge ungenügender Kapazitäten der Güterbahnhöfe und Verbindungsgeleise. Bei einer Verlagerung aus der Kernstadt in eine Gemeinde des Ergänzungsgebiets oder der verstädterten Zone könnte daher der Frage einer reibungslosen Abwicklung des Eisenbahngüterverkehrs entscheidende Bedeutung zukommen. Es soll deshalb im folgenden über eine Gegenüberstellung der Umladekapazitäten der einzelnen Güterbahnhöfe und der tatsächlich umgeschlagenen Güter der Versuch unternommen werden, innerhalb der Region diejenigen Gemeinden herauszustellen, in denen ein reibungsloserer Verlauf des Eisenbahngüterverkehrs am ehesten erwartet werden könnte.

Bei einer Berechnung der Kapazität eines Güterbahnhofes muß zwischen Stückgut- und Wagenladungsverkehr unterschieden werden. Berechnungsgrundlage für den Stückgutverkehr ist die vorhandene Lagerfläche, für den Wagenladungsverkehr die zur Verfügung stehende Geleiselänge[94]. Nach dem

Tabelle 33

Umladekapazitäten der Güterbahnhöfe der Region Basel

Bahnhof	*Stückgutverkehr* Lagerraum			*Wagenladungsverkehr* Geleiselänge[2]	
	Sollfläche[3] in m²	vorhandene Fläche in m²	1:2	Sollänge[4] in m	vorhandene Länge in m
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Muttenz	230	140	1,64	285	1600
Pratteln	595	580	1,03	–[5]	2200
Frenkendorf	140	120	1,17	165	790
Münchenstein . . .	260	180	1,44	1170	3500
Dornach	375	80	4,69	195	1180

Quelle: Zusammengestellt nach den Angaben verschiedener Dienststellen der SBB.

[1] Für den Güterbahnhof Wolf waren keine Angaben erhältlich. Die für die Bewältigung des Stückgutverkehrs notwendige Sollfläche dürfte rund das Doppelte des vorhandenen Raumes betragen.
[2] Umfaßt Freiverlad und Industriegeleise.
[3] Bei einer angenommenen Lagerdauer von 24 Stunden.
[4] Bei einer angenommenen Standzeit von 24 Stunden.
[5] Die Geleiselänge für den Freiverlad beträgt 400 m. Die Länge der Anschlußgeleise (vor allem Schweizerhalle) war nicht erhältlich. Auch in Pratteln dürfte jedoch die Gesamtgeleiselänge ausreichend bemessen sein.

[94] Bei der Projektierung neuer Anlagen (Hallen) wird die Kapazität von der SBB unter Hinzurechnung eines Entwicklungszuschlags von 30% nach einem festen Schema berechnet. So rechnet man zum Beispiel bei Empfangshallen für Stückgutverkehr mit je 15 m² Lagerraum je Tonne plus verschiedenste Zuschläge zum Beispiel für den angenommenen Anteil der Sperrgüter, für die Zufahrtswege, administrative Kleinbauten, durchschnittliche Lagerdauer usw.

von der SBB für die Neuprojektierung angewandten Schema wurden deshalb die Kapazitäten der Güterbahnhöfe der Region Basel berechnet und einem durchschnittlichen Tagesumschlag im dritten Quartal 1962 gegenübergestellt.

Für alle untersuchten Bahnhöfe ergibt sich eine erhebliche Überlastung im Stückgutverkehr[95], während für den Wagenladungsverkehr an allen Stationen noch genügend Spielraum zu bestehen scheint. Die zugrunde gelegten theoretischen Sollkapazitäten haben allerdings die Annahme eines möglichst rationellen Güterumschlages zur Grundlage. Bei einem Mehranfall von Umschlagsgütern[96] können diese Kapazitäten auf ein nicht genau zu bestimmendes Maß erweitert werden, indem man zum Beispiel die Ware stapelt, die Verbindungswege ebenfalls belegt oder den Direktanstoßern an Verbindungsgeleise nahelegt, ihre Stückgutsendungen nicht mehr am entsprechenden Verladebahnhof aufzugeben, sondern sie je nach Zielort direkt waggonweise ab Industriegeleise zu versenden. Alle diese Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung haben aber eine sinkende Rationalität des Güterumschlages und Störungen in Zustellung und Versand zur Folge.

Ist auch für den Wagenladungsverkehr die theoretische Kapazität der vorhandenen Geleiseanlagen auf allen Stationen bei weitem noch nicht erreicht, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß für eine reibungslose Abwicklung des Wagenladungsverkehrs nicht allein eine ausreichende Geleiselänge für den Ein- und Auslad, sondern vor allem auch die Möglichkeit eines raschen Abtransportes Voraussetzung sind.

In der Stadt Basel ist diese Bedingung gerade für die im Großbasler Industriegebiet an der französischen Grenze gelegenen Betriebe nicht erfüllt, da ihre sämtlichen Schienentransporte den Engpaß des überlasteten Bundesbahnhofs passieren müssen und dadurch zum Teil erhebliche Verzögerungen entstehen.

Obgleich die Überlastung im Stückgutverkehr, worin sich die Überbeanspruchung der SBB am nachhaltigsten dokumentiert, in den Bahnhöfen von Pratteln und Frenkendorf noch nicht ein derartiges Ausmaß wie in den übrigen Stationen erreicht zu haben scheint, dürfte sich aber auch bei einer Betriebsverlegung aus der Kernstadt in eine dieser beiden Gemeinden hinsichtlich des Stückgutverkehrs nur eine unwesentliche Besserstellung ergeben.

[95] Die Überlastung des hier nicht berücksichtigten Basler Güterbahnhofs «Wolf» zwang schon verschiedentlich zur Verhängung einer Annahmesperre für sich auf alle schweizerischen Bahnhöfe erstreckenden Stückgutsendungen mit Bestimmung Basel.

[96] Für die Berechnung der Kapazitäten sind vor allem die ankommenden Stückgutsendungen von Interesse; der Platzaufwand für die Versandgüter ist demgegenüber weit geringer.

Andere Faktoren

Bei der Gesamtdarstellung der Faktoren der innerregionalen Standortwahl wurden die Verfügbarkeit an Bauland und die Höhe der Bodenpreise als wichtige Bestimmungsfaktoren angeführt.

Die in den Ortsplanungen ständig wechselnde Begrenzung der Industriezonen, die mangelhaften Unterlagen über die bei Handänderungen erzielten Bodenpreise sowie die Fülle der den Bodenpreis bestimmenden Zufallsfaktoren machen aber leider im Rahmen dieser Arbeit Aussagen über die Struktur der Landpreise für Industrieland in der Region Basel unmöglich.

Wichtiger noch als der Landpreis dürfte immer mehr das Kriterium der Verfügbarkeit von Bauland werden. Wohl könnte anhand der gemeindeweisen Ortsplanungen die theoretische Fläche des überbaubaren Industrielandes annähernd bestimmt werden, für den einzelnen Betrieb dürften aber, sofern er seine Standortwahl nicht primär nach anderen Faktoren ausrichtet (zum Beispiel Arbeitskraftorientierung, Verkehrsverhältnisse), die Bestimmungsgründe bei der Wahl des Baulandes sehr spezieller, teils irrationaler Natur sein.

Einen weiteren, bis anhin völlig ausgeklammerten Faktor stellt die Trennung der Stadt Basel von ihren Nebenwohn- und Nebenindustriegebieten durch die Kantonsgrenze dar. Die mannigfachen verwaltungstechnischen und vor allem fiskalischen Probleme, die damit verbunden sind, können im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls nicht dargestellt werden, um so mehr als feststeht, daß in diesem Faktor kein entscheidender Bestimmungsgrund des räumlichen industriellen Wachstums begründet liegt. Einzige Ausnahme bilden dabei die den kantonalen Submissionsbestimmungen unterworfenen Betriebe des Bau- und Installationsgewerbes, die aber in unserer Untersuchung weitgehend ausgeklammert sind[97].

Eine wesentlich größere Bedeutung erlangt der Faktor «Kantonsgrenze» für die Bestimmung der Bevölkerungsentwicklung. Ihr Einfluß ist teils agglomerativ, indem den Basler Staatsbediensteten eine Wohnsitznahme im

[97] Vgl. «Großratsbeschluß über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die öffentliche Verwaltung» (vom 8. März 1934), in: *Gesamtausgabe der Basler Gesetzessammlung*, Bd. I, Basel 1961, S. 59.

Art. 1: «Die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die öffentliche Verwaltung soll in der Regel an solche leistungsfähige und solvente Firmen erfolgen, die im Kanton einen Sitz (Steuerdomizil) haben...»

Vgl. auch «Verordnung betreffend Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die öffentliche Verwaltung des Kantons Basel-Stadt» (Submissionsvorschriften) (vom 2. Juli 1937), *id.*, S. 60.

Kanton Basel-Stadt vorgeschrieben ist[98], teils deglomerativ durch ein für hohe Einkommen immer noch bestehendes Steuergefälle zwischen der Stadt Basel und den umliegenden Gemeinden des Kantons Baselland.

Tabelle 34

Standardisierte Durchschnitte der Kantons- und Gemeindesteuern; Einkommensbelastung in % des Einkommens 1961

	Kleine Einkommen[1]	Mittlere Einkommen[2]	Große Einkommen[3]
Basel-Stadt	1,5	5,9	16,5
Baselland	3,0	5,5	12,9

Quelle: *Steuerbelastung in der Schweiz 1961. Statistische Quellenwerte der Schweiz*, Heft 329, Bern 1962.

[1] Arbeitseinkommen von 3000 bis und mit 9000 Franken.
[2] Arbeitseinkommen von 10000 bis und mit 25000 Franken.
[3] Arbeitseinkommen von 30000 bis und mit 100000 Franken.

Während die «kleinen» Einkommen in Basel-Stadt erheblich weniger belastet werden als im Kanton Baselland, ist hier die Besteuerung der «mittleren» Einkommen unbedeutend geringer, der «großen» Einkommen dagegen bedeutend niedriger als in der Stadt.

[98] Vgl. «Gesetz betreffend die Dienstverhältnisse und die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons Basel-Stadt» (Beamtengesetz) (vom 25. November 1926), in: *Gesamtausgabe der Basler Gesetzessammlung*, Bd. 1, Basel 1961, S. 216.

§ 17: «Die Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter haben im Kantonsgebiet zu wohnen...» (In neuester Zeit wird allerdings dieser Paragraph nicht mehr konsequent in Anwendung gebracht.)

Schlußfolgerungen und Ausblick

Das Industriegebiet von Stein

Der industrielle Aufschwung im Raum von Stein in den letzten fünf Jahren, als dessen bedeutendste Komponente die Errichtung des Zweigwerkes «Stein» der CIBA AG zu nennen ist, wird oft zum Beweis der Überballung des gesamten Industriegebiets von Basel herangezogen. Dies scheint mit der Grundthese dieser Arbeit, daß sich die räumliche Expansion der Region Basel nur in engen, durch den Mangel an Industrieland gesetzten Grenzen vollzieht, in Widerspruch zu stehen. Da die CIBA AG bis jetzt das einzige Beispiel einer tatsächlich erfolgten Standortverlegung in diese Gegend darstellt, sollen die Gründe, die zu dieser scheinbar sprunghaften Erweiterung der Industrieregion von Basel geführt haben, am Beispiel dieses Unternehmens untersucht werden.

Bei der Wahl des Standortes für das geplante Zweigwerk war eine Fülle zum Teil recht spezieller Faktoren zu berücksichtigen, «wie das Einzugsgebiet für Arbeitskräfte, das wichtigste Betriebsmittel: Wasser – speziell Grundwasser – und die Ableitung des verbrauchten Wassers in einen Vorfluter. Zudem waren die weiteren Energiemittel, wie elektrischer Strom, Gas, Dampf, Druckluft und Vakuum zur Verfügung zu stellen[99]». Durch die Forderung nach einem ausreichenden Vorfluter für die Abwasseraufnahme war die Auswahl der in Frage stehenden Standorte bereits auf das Gebiet des Rheintales beschränkt. Die CIBA AG ließ deshalb 18 verschiedene Stellen am Rhein zwischen Basel und Konstanz auf ihre Eignung untersuchen. Die endgültige Wahl fiel nicht zuletzt deshalb auf den Standort Stein, weil man festgestellt hatte, daß von diesem Gebiet aus rund 1000 Arbeitskräfte täglich in Richtung Basel (vor allem wohl nach Rheinfelden) auspendeln, und man hoffte, durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze diese Auspendler teilweise an ihren Wohnort zurückführen zu können. Zudem schien die günstige Lage in nächster Nähe eines Rheinüberganges den Zuzug von Grenzgängern zu erleichtern, wobei man teilweise wohl auch eine Senkung der Lohnkosten erhoffte.

Aus der heutigen Struktur dieses Werkes ergibt sich aber, daß den für die Wahl entscheidenden speziellen Faktoren (Vorfluter usw.) bis anhin sehr

[99] C. W. Theiler, *Standort der Industrie*, Referat anläßlich der 50. Ausschußsitzung des Vereins für Landesplanung vom 15. November 1956 in Zürich.

geringe Bedeutung zukommt, sind doch im Werk Stein zur Zeit ausgesprochen arbeitsintensive Fertigungsprozesse untergebracht, wie etwa die Konfektionierung der Pharmazeutika. Für die Standortbeurteilung fällt somit die Frage der Verfügbarkeit einer ausreichend großen Zahl von Arbeitskräften entscheidend ins Gewicht. Gerade hier scheint aber bei der Standortbeurteilung ein entscheidender Fehler unterlaufen zu sein, indem der Bedarf an den vornehmlich weiblichen Arbeitskräften im Gebiet von Stein bei weitem nicht gedeckt werden kann und zusätzlich neben einer beträchtlichen Zahl von Gastarbeiterinnen Arbeitskräfte aus Basel zugeführt werden müssen. Auch scheint man auf dem Arbeitsmarkt der deutschen Grenzzone sehr rasch an das Einzugsgebiet des CIBA-Fabrikationsbetriebes in Wehr gestoßen zu sein, die man verständlicherweise nicht durch Abwerbung konkurrenzieren konnte. An eine Senkung der Lohnkosten ist angesichts des großen Anteils der aus Basel zugeführten Arbeitskräfte ebenfalls nicht zu denken.

Damit scheint die Rationalität des Standorts Stein für den bestehenden Betrieb vorderhand in hohem Maße zweifelhaft, wenn auch eingeräumt werden muß, daß für die künftige Entwicklung, vor allem bei Verlegung größerer Produktionsprozesse in dieses Werk, den speziellen Vorteilen dieses Standortes größere Bedeutung zukommen kann. Das Problem der Arbeitskraftbeschaffung wird aber solange ungelöst bleiben, bis eine beträchtliche Zuwanderungsbewegung in den Raum Stein erreicht werden kann.

Die Tatsache, daß selbst unter Berücksichtigung der sehr speziellen Anforderungen, die an den neu zu wählenden Standort gestellt wurden, vier der Stadt näher gelegene Industriegelände zur Diskussion standen[100], zeigt deutlich, daß dieses eine Beispiel nicht zum Beweis der sprunghaften Ausdehnung des baslerischen Agglomerationsraumes bis nach Stein herangezogen werden kann. Das Beispiel der CIBA ist deshalb nicht direkt in den Prozeß der intraregionalen Dezentralisationstendenz hineinzustellen, sondern als Einzelfall einer über die Grenzen der Region hinausreichenden Verlegung auf Grund spezieller Standortfaktoren zu sehen. Dies beweist auch die Tatsache, daß es außer dem erwähnten Fall noch nicht zu anderen ähnlichen Verlegungen in den Raum des unteren Fricktales gekommen ist. Wohl haben sich bereits andere Großunternehmen in diesem Raum Industriegelände gesichert, ohne allerdings konkrete Pläne für eine Verlegung zu besitzen[101].

[100] Ein ausreichendes Terrain wäre auch in den Gemeinden Pratteln, Augst, Kaiseraugst und Möhlin erhältlich gewesen.

[101] J. R. Geigy AG in Kaisten und Hoffmann-La Roche AG in Stein.

Bisherige Planung in der Region Basel

Vom methodischen Gesichtspunkt aus stehen jeder Landes- und Regionalplanung zwei getrennte Wege offen: die definitive Planung der übergeordneten Behörde, eventuell unter vorheriger Konsultation der betroffenen untergeordneten Gebietskörperschaften, und die wegweisende, die Planung der unteren Einheiten koordinierende Beratung und Lenkung durch staatliche Stellen sowie interkommunale und private Interessenverbände.

Die Beschreitung des ersten Weges verlangt das Vorhandensein einer gesetzlichen Grundlage zur Durchsetzung der notwendigen Vorkehrungen in den einzelnen Regionen und Gemeinden. Der starke Einfluß des Gedankens der Unantastbarkeit der Gemeindeautonomie auf die gesamte schweizerische Gesetzgebung läßt aber die Möglichkeit der von oben diktierten Planung einstweilen gänzlich wegfallen[102]. Es ist dies ein Grund, weshalb die schweizerische Landes- und Regionalplanung im Vergleich zu ausländischen Beispielen vorerst auf sehr schwachen Füßen steht und umfassende, über der Gemeindeebene stehende Planungsprogramme immer nur den Charakter von allgemeinen, unverbindlichen Richtlinien haben können.

So besteht seit 1947 ein im Auftrag der Baudepartemente der Kantone Basel-Stadt und Baselland ausgearbeiteter Regionalplan für den Raum der Stadt Basel und ihrer Umgebung[103, 104], der aber ebenso wie entsprechende Arbeiten in anderen Kantonen die räumliche Entwicklung der Region in keiner Weise zu beeinflussen vermochte und sehr bald in der Versenkung verschwand, da auch ihm die rechtliche Verbindlichkeit fehlte.

Wenn man aus der heutigen Sicht diesen ersten Plan als überaltet bezeichnen muß und teilweise die Nichtdurchführung gewisser in diesem Plan vorgesehenen Arbeiten eher als ein Vorteil zu werten ist, so bleibt die Nützlichkeit einer derart umfassenden Planungsarbeit doch unbestritten. Immerhin ist begreiflich, daß sich angesichts der fehlenden gesetzlichen Verbindlichkeit die heutige Regionalplanung im Kanton Baselland darauf beschränkt, koordinierend einzugreifen. Das Hauptgewicht der Planung liegt damit weiterhin auf der Gemeindeebene[105].

[102] Eine Ausnahme bildet vielleicht der Kanton Fribourg, wo die Planung zwar auch nicht von oben diktiert, aber doch weitgehend auf kantonaler Ebene ausgearbeitet wird.

[103] P. Trüdinger und W. Arnold, *Regionalplan Basel-Stadt und Baselland*, Herausgegeben von der Baudirektion des Kantons Baselland, Liestal 1947.

[104] Als «Umgebung» wurde das in einem Radius von 10 km um die Stadt Basel liegende Gebiet des Kantons Baselland miteinbezogen.

[105] Vgl. Georg Schwörer, *Regionalplanung im Kanton Baselland*, Fragen der Regionalplanung, Referate der Studientagung der Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz vom 15.–17. Oktober 1959 in Baden.

Sämtliche Gemeinden, die sich irgendwie in der baulichen Entwicklung befinden, haben eine eigene Ortsplanung durchgeführt. Dem Kanton steht es zu, die Planungen der Gemeinden nach regionalen Gesichtspunkten zu überprüfen und bei gegenseitiger Unvereinbarkeit die Genehmigung zu verweigern. Er kann auch Gemeinden zur Erstellung einer Ortsplanung anhalten[106]. Da der Kanton auch nach dem sich in Bearbeitung befindlichen neuen Baugesetz nicht direkt planerisch über der Gemeindeebene wird eingreifen können[107], muß sich die Tätigkeit der kantonalen Planungsstelle auch weiterhin darauf beschränken, Koordinierungsarbeiten bei der Berücksichtigung der verschiedenen Sonderwünsche der einzelnen Gemeinden zu leisten[108].

Wenn es allerdings gelingt, das kommunale Interesse aus freien Stücken den Notwendigkeiten einer regionalen Planung unterzuordnen, so kann auch eine Planung von unten durch den Zusammenschluß verschiedener Gemeinden zu sehr fruchtbaren Resultaten führen. Dies zeigt sich am Beispiel des Regionalplanes für das mittlere Rheintal[109, 110], welcher – angeregt durch die ersten Landkäufe von Industrien im Raum von Stein und Sisseln – in Zusammenarbeit aller Gemeinden des in Frage stehenden Gebietes entstanden ist. Wenn auch im vorangegangenen Abschnitt die Entwicklungschancen des Raumes von Stein unter dem Gesichtspunkt der industriellen Dezentralisierung der Region Basel eher pessimistisch bewertet werden mußten, so ist im Bestehen einer klaren planerischen Grundkonzeption auf längere Sicht für das mittlere Rheintal doch ein bedeutender positiver Faktor zu sehen, der bestehende Standortnachteile im Einzelfall sehr wohl kompensieren könnte.

Hauptergebnisse und zukünftige Entwicklungstendenzen

Bereits zu Beginn dieser Untersuchung haben wir uns die Frage nach den gesamtschweizerischen Entwicklungstendenzen hinsichtlich der Lagerung der Bevölkerungs- und Industrieschwerpunkte gestellt. Wir sind dabei zur

[106] Vgl. *Gesetz betreffend das Bauwesen* (Kanton Baselland) vom 8. März 1942, § 58.

[107] Entwurf zum neuen Baugesetz für den Kanton Baselland, Kapitel II, Ortsplanung, Kapitel III, Regionalplanung.

[108] Es ist aus der Sicht der Gemeinde durchaus verständlich, wenn zum Beispiel Binningen für die der Stadt nächstgelegenen Villenquartiere aus steuerlichen Gründen keine Gesamtüberbauung wünscht.

[109] Umfaßt die Gemeinden Mumpf, Stein, Sisseln, Kaisten, Laufenburg, Münchwilen, Eiken, Oeschgen, Frick und Gipf.

[110] Vgl. Fritz Lodewig, «Von der Aufgabe der Regionalplanung», *National-Zeitung*, Basel, Nr. 196/1962.

Erkenntnis gelangt, daß in den letzten 15 Jahren eine weitere Verstärkung der bestehenden Bevölkerungs- und Industrieballungen eingetreten ist. Im Gegensatz zu anderen Ländern besteht zwar in den schweizerischen Mittellandkantonen noch eine beträchtliche Streuung der Standorte der Industriebetriebe; eine verstärkte Industrialisierung der Alpenregion ist dagegen trotz intensiven Anstrengungen von seiten der betroffenen Kantone und Gemeinden kaum erreicht worden. Die negativen Standortfaktoren in den industriearmen Alpenkantonen, vor allem deren vielfach ungünstige Verkehrslage, ließen Standortverlegungen aus den Industriezentren nur in Ausnahmefällen zu, obwohl die steigende Ballungstendenz in den bestehenden Agglomerationen mit wachsenden Standortnachteilen verbunden ist.

Gesamtschweizerisch gesehen ist deshalb eine vollständige Auflockerung der bestehenden Ballungen und eine gleichmäßige Verteilung der industriellen Produktion auf alle Landesteile als Ziel der Landesplanung utopisch. Volkswirtschaftlich wünschbar und unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Standortbeurteilung praktisch erreichbar ist dagegen eine vermehrte Ausrichtung des industriellen Wachstums auf eine Mehrzahl kleinerer Industriezentren.

Auch bei einer derartigen gesamtschweizerischen Zielsetzung kann aber eine aktive Standortpolitik nur auf dem Wege einer Förderung der zu Regionalzentren zu entwickelnden Orte und nicht durch restriktive Maßnahmen in den bestehenden Ballungsräumen erfolgen. Voraussetzung für das Gelingen einer derart langfristigen Planungsarbeit ist die Möglichkeit, die allgemeinen Fühlungsvorteile, die heute die Attraktionskraft des städtischen Standorts im wesentlichen ausmachen, teilweise in den zu entwickelnden Unterzentren ebenfalls schaffen zu können. So hat vor allem der industriellen Entwicklung eine entsprechende Expansion des tertiären Sektors sowie der kulturelle Fühlungsvorteile begründenden Institutionen, wie Schulen, Theater usw., parallelzulaufen.

Die Ziele einer Regionalplanung sind in einem hochindustrialisierten und in einem industriearmen Gebiet entgegengesetzt gelagert. Im ersten Fall handelt es sich darum, durch eine möglichst wirtschaftliche Bodennutzung das Industrie- und Bevölkerungswachstum der Zukunft in die volkswirtschaftlich wünschbaren Bahnen zu lenken, während es das Hauptanliegen einer Regionalplanung in weniger industrialisierten Regionen sein sollte, durch eine Förderung der bei einer einzelwirtschaftlichen Standortbeurteilung günstig erscheinenden Punkte die Ansiedlung von Industriebetrieben überhaupt erst anzuregen.

Die Konzeption der Regionalzentren sollte nicht nur für die dezentralisierte Weiterentwicklung der bereits hochindustrialisierten Mittellandkan-

tone, sondern auch für die Industrieförderung in den standortmäßig eher ungünstig gelegenen Alpenkantonen wegweisend sein[111].

Da intensive Anstrengungen in dieser Richtung erst in den letzten fünf bis zehn Jahren unternommen worden sind, war im untersuchten Zeitraum von 1945 bis 1961 die Attraktionskraft des Standortes Basel dank der Fühlungsvorteile seines großstädtischen Ballungsraumes und seiner günstigen Verkehrslage unvermindert wirksam. Auch wenn es gelingen sollte, die Attraktionskraft kleinerer regionaler Zentren in den nächsten Jahren wesentlich zu erhöhen, wird sich deren Entwicklung keinesfalls auf der Basis eines Abbaus der bestehenden Konzentrationen, sondern bestenfalls in Form einer Aufnahme eines beschränkten Teils der weiteren industriellen Expansion vollziehen. Da für eine sinkende Bedeutung der regionalen Standortvorteile der Region Basel keine Anzeichen sprechen, ist auch in diesem Raum eine weitere Verstärkung der Industrie- und Bevölkerungskonzentration zu erwarten, für die es die notwendigen Vorkehrungen zu treffen gilt.

Es ist deshalb unrealistisch anzunehmen, das vornehmliche Ziel einer Landesplanung, die gleichmäßigere Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität über alle Kantone, könnte auf dem Wege eines Abbaus der bestehenden Ballungen erfolgen. Eine weitere Streuung der Industriebetriebe wird lediglich über eine Lenkung des zukünftigen Wachstums zu erreichen sein.

Seit 1945 führte die zunehmende Überballung in der Kernstadt Basel zu einer gewichtigen Erweiterung des Einzugsbereichs der Industrie- und Bevölkerungsagglomeration. Obwohl sich eine gewisse Trennung in hauptsächliche Industriegebiete (Muttenz, Pratteln, Münchenstein) und vornehmliche Wohnzonen (Leimental) abzeichnete, vollzog sich die Verstädterung der Umlandgebiete in weitgehend ungeordneten Bahnen. Die Beziehungen von Wohn- zu Arbeitsort sind unkoordiniert und schaffen vor allem für die Verkehrsströme diffuse Verhältnisse. Die räumliche Kapazität der bis 1961 in den direkten Agglomerationsraum einbezogenen Gebiete ist heute weitgehend ausgeschöpft; für die künftige Entwicklung ist also mit einem weiteren Ausgreifen des Ballungsraumes in die umliegenden Gebiete, vor allem

[111] Nach Carol sind theoretisch sechs Varianten für die künftige Entwicklung denkbar: die ungelenkte Entwicklung – die Idee der Satellitenstädte – die Konzeption der New Towns – die Vorstellung des Städtekonzerns – die Forderung nach vollständiger Dispersion und die Schaffung von Regionalzentren. Diese letzte Zielsetzung scheint auch für ihn die volkswirtschaftlich wünschbarste und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln am ehesten erreichbare aller sechs Varianten.

Vgl. Hans Carol, «Verstädterung und Regionalplanung am Beispiel des großstädtischen Raumes von Zürich», in: *Probleme der Verstädterung und Regionalplanung*, Tagung des Verbandes Schweizerischer Statistischer Ämter vom 4./5. April 1957 in Zürich.

auch in noch wenig industrialisierte Gemeinden, zu rechnen. Das Durcheinander- und Ineinanderwachsen von Wohn- und Industriezonen wird sich ohne planerische Eingriffe weiter verstärken und auch auf neue Räume übergreifen.

Die Landesgrenze wird angesichts der ungewissen Aussichten für ein politisch vereinigtes Europa auch weiterhin einen nicht leicht zu überspielenden, teils auch psychologisch verwurzelten Standortfaktor darstellen, obwohl geographisch die oberrheinische Tiefebene das ideale Vorfeld für die Industrieexpansion Basels darstellen müßte. Das räumliche Wachstum wird sich also auch in nächster Zukunft auf die bereits stark ausgelasteten schweizerischen Beziehungsräume beschränken müssen. Wegleitend für die Richtung der räumlichen Expansion ist dabei die einzelbetriebliche Standortbeurteilung; die Entwicklung der Wohnräume vollzieht sich sekundär einesteils in die für eine Industrieansiedlung weniger geeigneten Gebiete und andernteils direkt um die neu entstehenden industriellen Nebenzentren.

Für die industrielle Expansion einzelner Zweige bestehen teilweise recht unterschiedliche Aussichten, da sich die Überballung der Kernstadt nicht auf alle gleich nachteilig auswirkt und auch die Richtung der räumlichen Expansion zum Teil erheblich differiert. Die stärkste Benachteiligung durch die agglomerationsbedingten negativen Standortfaktoren in der Kernstadt ist in den wachstumsintensiven Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie nachzuweisen. In der chemischen Industrie bewirkten die Standortnachteile an den alten gewachsenen Standorten erst nach 1950 eine verstärkte Auswanderungsbewegung. Infolge der Konzentration fast der gesamten chemischen Produktion in einigen wenigen Großbetrieben ist hier, nach einer ersten Ausgliederungsstufe in Unterwerke im engeren oder weiteren Agglomerationsraum, in den letzten fünf Jahren eine Abschwächung der Standortverlagerungstendenz eingetreten. Eine zweite Welle ist aber in den nächsten fünf bis zehn Jahren wahrscheinlich. Demgegenüber bewirkte die Überballung in den wenig wachstumsintensiven Betrieben der Nahrungs- und Genußmittelbranche, der Textil- und der Holzindustrie erst seit 1955 eine verstärkte Standortverlagerungsbewegung.

Entsprechend den Haupterscheinungsformen der Überballung der Kernstadt – mangelnde Ausdehnungsmöglichkeiten und schlechte Verkehrsverhältnisse – richtet sich sowohl die direkte Auswanderung aus der Kernstadt als auch die indirekte Standortverlagerung in Form eines verstärkten Wachstums der Industrien des Ergänzungsgebiets hauptsächlich nach den Kriterien Verkehrslage und Verkehrsverhältnisse, Bodenpreis und Verfügbarkeit von Bauland aus. Die Grenzen der räumlichen Expansion werden durch den Wunsch, auch weiterhin an den in der guten Verkehrslage begründeten

regionalen Standortvorteilen und an den allgemeinen Fühlungsvorteilen eines großstädtischen Standortes teilzuhaben, sehr eng gehalten. Der Bodenpreis dürfte dabei dem Problem der Beschaffung des notwendigen Baulandes untergeordnet sein.

Beim Entstehen neuer Schwerpunkte der einzelnen Industriebranchen im Raum des industriellen Ergänzungsgebietes war die Frage der Transportabhängigkeit von entscheidender Bedeutung. So bildete sich das Schwergewicht der stark transportabhängigen Branchen Maschinen- und Metallindustrie sowie Chemie im Raum der verkehrstechnisch günstig gelegenen Gemeinden Muttenz, Pratteln und Münchenstein, während sich die Standortverlagerungstendenzen im Apparatebau, in der Holz- und Papierverarbeitungsindustrie mehrheitlich auf den Raum der Gemeinden Reinach und Aesch ausrichtete.

Im Rahmen der gesamten schweizerischen Industrie ist aber für das Kerngebiet insgesamt eine starke Verschlechterung der Stellung der Region Basel unverkennbar. Wohl war ihre Zuwachsrate 1951 bis 1956 noch etwas höher als das gesamtschweizerische Wachstum, doch war dies nicht mehr eine Folge der günstigen regionalen Standortfaktoren, sondern nur noch der wachstumsintensiven Basler Industriestruktur. Es wäre aber verfehlt, daraus eine sinkende Bedeutung des Faktors Verkehrslage für die Rationalität des Standortes «Basel» ablesen zu wollen, ist doch diese Verschlechterung des regionalen Faktors weitgehend der Ausdruck einer die Grenzen dieses engen Raumes sprengenden Expansionsprozesses. Auf längere Sicht besteht aber durchaus die Gefahr, daß in der Region Basel die Enge der räumlichen Ausdehnungsmöglichkeiten im gesamtschweizerischen Netz der Industriestandorte zu einem Standortnachteil anwächst, der auch durch die günstige Verkehrslage nicht mehr wettzumachen wäre. Eine grundlegende Umwertung der Rationalität der schweizerischen Industriestandorte generell müßte sodann eintreten, wenn durch einen Ausbau der Hochrheinschiffahrt bis zum Bodensee bei einer gleichbleibenden Bedeutung des Verkehrsträgers Wasser auch die ostschweizerischen Kantone den Zugang zur Rheinschiffahrt erhielten.

Das künftige industrielle Wachstum in der Region Basel wird deshalb weitgehend von den geographischen Ausdehnungsmöglichkeiten in diesem Gebiet abhängen. Für die einzelbetriebliche Standortbeurteilung und Standortwahl ist angesichts des heutigen Raummangels im gesamten Kerngebiet mit einer vermehrten Standortverlagerung der transportabhängigen Zweige der Metall- und Schwermaschinenindustrie sowie einzelner transportorientierter Unterbranchen (zum Beispiel Brauereien)[112] ins Gebiet der Gemeinden Prat-

[112] Zur Zeit wird in Frenkendorf die neue Fabrik der Aktienbrauerei erstellt.

teln (soweit noch Raum vorhanden), Augst und Frenkendorf zu rechnen. Dieser Raum scheint dank seiner günstigen Verkehrslage an der Verzweigung zweier Hauptschienen- und Hauptstraßenstränge sowie der relativ großen Fläche noch bebaubaren Bodens am ehesten für die Bildung eines weiteren Industriegürtels um die bestehende Agglomeration prädestiniert. Auch für die chemische Industrie stellt dieser Raum die primäre Ausdehnungsmöglichkeit dar, wobei die am Beispiel der CIBA AG angeführten speziellen Standortfaktoren (Grundwasser, Vorfluter usw.) eher für die dem Rhein nahegelegenen Gebiete sprechen dürften. Ein Zusammenwachsen der Industrieagglomeration Basel mit dem Industriegebiet von Liestal und auf längere Sicht die Bildung eines einzigen Industrieraumes im Ergolztal bis nach Sissach ist deshalb absehbar.

Für die nicht transportabhängigen Betriebe bietet sich im Raum zwischen den Gemeinden Reinach und Aesch wie auch in Ettingen eine erste Ausweichmöglichkeit; die Raumreserven der Gemeinde Allschwil scheinen dagegen heute weitgehend ausgeschöpft. Für kleine, arbeitsintensive, sehr agglomerationsgebundene Zuliefer- und Reparaturbetriebe dürften sich jedoch dort auch in Zukunft noch Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Die Ausdehnung der Bevölkerungsagglomeration dürfte sich in Zukunft weitgehend in den Raum des oberen Leimentales und der Gemeinden Reinach und Aesch vollziehen. In zweiter Linie ist eine rapide Bevölkerungsvermehrung im Raum von Augst, Arisdorf, Giebenach und Frenkendorf-Füllinsdorf im Gefolge einer verstärkten Industrialisierung dieser Gebiete zu erwarten; dies um so mehr, als durch die vorgesehene Linienführung der Autobahn die psychologische Distanz zur Kernstadt wesentlich verkürzt wird.

Solange es nicht gelingt, den Raum von Stein zu einem Regionalzentrum im Sinne der im zweiten Abschnitt dargestellten Konzeption zu entwickeln, dürfte der Anreiz für eine Verlegung ganzer Betriebe in diesem Raum durch die damit verbundene Preisgabe der allgemeinen agglomerationsgebundenen Fühlungsvorteile eher gering sein. Teilverlegungen von Großbetrieben scheinen eher möglich. Solange aber keine entscheidende, mit der Industrialisierung verbundene Zuwanderung in den Raum des mittleren Rheintales erreicht werden kann, scheint die Versorgung mit Arbeitskräften weitgehend ungesichert. Bei einer nur teilweisen Ausgliederung in den Raum von Stein in unmittelbarer Zukunft sollen deshalb vor allem weitgehend automatisierte, mit einem geringen Bedarf an Arbeitskräften verbundene Prozesse ins Auge gefaßt werden. Ein verstärktes Bevölkerungswachstum kann angesichts der heutigen Überbeschäftigung aber erst mit der Schaffung der kulturelle Fühlungsvorteile begründenden Institutionen (Bezirks- und Berufsschulen, Kino, Theater usw.) erreicht werden.

Die Regionalplanung im Raum von Basel wird sich nicht danach ausrichten können, wie weit das Postulat einer weiteren Streuung der industriellen Schwerpunkte auf gesamtschweizerischer Ebene, für dessen Realisierung sich eine aktive Landesplanung einsetzen müßte, in nächster Zukunft Richtlinie für praktische Arbeiten sein wird und wie weit derartige staatliche Planungsmaßnahmen von Erfolg gekrönt sein werden. Für eine Planung in der Region Basel gilt es, das Weiterbestehen der Attraktionskraft des Standortes «Basel» anzunehmen und die auf Grund der einzelbetrieblichen Standortwahl zu erwartende räumliche Expansion in großen Linien zu steuern. Das weitere unkontrollierte Ineinanderwachsen von Industriegebieten und Wohnzentren sollte nicht nur innerhalb der Gemeinden, sondern vor allem auch über der Gemeindeebene verhindert werden, indem zum Beispiel in dem für eine Industrieansiedelung hauptsächlich in Frage stehenden Raum von Pratteln, Augst, Kaiseraugst und Frenkendorf die noch vorhandenen Bodenreserven der Industrie vorbehalten und neue Wohnzonen vornehmlich an der Peripherie dieses Gebietes geplant werden.

Wir sind uns bewußt, welchen praktischen Schwierigkeiten eine Regionalplanung gerade angesichts ihrer weitgehenden rechtlichen Unverbindlichkeit begegnen muß, es scheint uns aber eine im Interesse sämtlicher Gemeinden der Region Basel liegende vitale Notwendigkeit für eine wirksame Vorausplanung zu bestehen. Eine weitgehende Unterordnung der kommunalen Interessen unter die Forderungen einer Gesamtplanung ist dazu erste und bedeutsamste Voraussetzung.

In der Einleitung zum oben angeführten Regionalplan von 1947 ist zu lesen[113]: «Es hat sich deshalb neuerdings die Erkenntnis durchgesetzt, daß diese Entwicklung durch Gemeindeplanung allein nicht mehr gemeistert werden kann. Die Gemeindeplanung muß auf einer weitblickenden Landes- und Regionalplanung aufbauen können, deren Aufgabe darin besteht, in umfassender Weise jeder Tätigkeit des menschlichen Lebens Platz da zuzuweisen, wo sie sich am besten entfalten kann.

Auch in unserer Region hat das Fehlen einer regionalen Planung viele verhängnisvolle Fehlentwicklungen gebracht. Es ist deshalb sehr wichtig, daß noch bevor die Nachkriegsbautätigkeit einsetzt, die regionale Planung in Fluß kommt.»

Die Verfasser hätten sich wohl kaum träumen lassen, daß man 15 Jahre später die gleiche Forderung wiederholen müßte, nachdem in dieser Zeit die Expansion der Industrie- und Bevölkerungsagglomeration Basel in einem Tempo vorangeschritten ist, wie es zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Planes nie vorausgeahnt werden konnte.

[113] Trüdinger und Arnold, a. a. O., S. 5.

Literaturverzeichnis

Annaheim, Hans, «Die Raumgliederung des Hinterlandes von Basel», in: *Wirtschaft und Verwaltung*, Vierteljahreshefte hg. vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 9. Jahrgang, Heft 3, Basel 1950.

Banz, Marcel, «Die deutschen und französischen Grenzgänger auf dem Basler Arbeitsmarkt», *Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt*, Nr. 78, Basel 1964.

Behrens, Carl Christian, *Allgemeine Standortbestimmungslehre*, Köln und Opladen 1961.

Boustedt, Olaf, «Wesen und Bedeutung der Stadtregionen», in: *Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XIV, Raum und Bevölkerung 1, Bremen 1960.

Carol, Hans, «Verstädterung und Regionalplanung am Beispiel des großstädtischen Raumes von Zürich», in: *Probleme der Verstädterung und Regionalplanung*, Tagung des Verbandes Schweizerischer Statistischer Ämter vom 4./5. April 1957 in Zürich.

Dörpmund, Heinz, «Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit», *Raumforschung und Landesplanung*, Bd. 17, Bremen 1950.

Ehlert, Rudolf, *Auswirkungen der Konkurrenz zwischen Schiene, Straße und Wasserweg im Oberrheintal* (1945–1955), Diss., Basel 1959.

Felchlin, Ernst, «Olten als Industriestandort», *Staatswissenschaftliche Studien*, Neue Folge, Bd. 34, Zürich 1958.

Flaskämper, Paul, *Bevölkerungsstatistik*, Hamburg 1962.

Frey, Max, *Theorien des Industriestandortes*, Diss., Zürich 1934.

Geering, Traugott, *Handel und Industrie der Stadt Basel*, Basel 1886.

Gewerbeverband Basel-Stadt: *Basel und sein Gewerbe*, Festgabe für Gustav Bohny, Basel 1955.

– *Jubiläumsbericht 125 Jahre Gewerbeverband Basel-Stadt.* Das Basler Gewerbe an der Arbeit, Basel 1959.

Guth, Hans, «Die Pendelwanderung im Kanton Zürich», in: *Zürcher Wirtschaftsbilder*, 1. Jahrgang, Nr. 5/6, 1945.

Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, 2 Bde., Ausgabe 1955, Bern.

von Hasse, Ernst, «Die Intensität großstädtischer Menschenanhäufungen», in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Bd. II, München 1891.

Hertle, Friedrich, «Standortprobleme der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie», in: *Veröffentlichungen der List Gesellschaft E. V.*, Bd. 12, Basel 1959.

Hunold, Albert C., *The Industrial Development of Switzerland*, Zürich 1954.

Isard, Walter, *Location and Space-Economy*, New York 1956.

– *Methods of Regional Analysis: an Introduction to Regional Science*, New York 1960.

Jaeger, Walter, *Der Standortsaufbau der Basler Industrie*, Diss., Basel 1937.

Kapp, William, *The Social Costs of Private Enterprise*, London 1950. Deutsche Übersetzung von Fritsch, Bruno, *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft*, Zürich 1958.

Kneschaurek, Francesco/Gasser, Christian, *Struktur- und Entwicklungsprobleme der schweizerischen Volkswirtschaft*, Zürich 1957.

Kull, Walter, «Die Verflechtung der Wohnbevölkerung der Kantone Basel-Stadt und Baselland», in: *Wirtschaft und Verwaltung*, Vierteljahreshefte, hg. vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 4. Jahrgang, Heft 3/1945.

Lehmann, Wolfgang, *Die Entwicklung der Standorte der schweizerischen Industrien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, Diss., Zürich 1952.

Lodewig, Fritz, «Von der Aufgabe der Regionalplanung», in: *National-Zeitung*, Basel, Nr. 196/1962.

Lossnitzer, Hans, *Wasser und Industriestandort im Hochrheingebiet*, Diss., Basel 1955.

Mangold, Walter, «Die Entstehung und Entwicklung der Basler Exportindustrie mit besonderer Berücksichtigung ihres Standortes», in: *Staatswissenschaftliche Studien*, Bd. 1, Basel 1935.

von Mangoldt, K., *Die städtische Bodenfrage*, Göttingen 1907.

Marbach, Fritz, Festschrift für: *Strukturwandlungen der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft*, Bern 1962.

Meyer-Lindemann, Hans-Ulrich, «Typologie der Theorien des Industriestandortes», *Raumforschung und Landesplanung*, Bd. 21, Bremen 1951.

Müller, Alban, *Die Entwicklung der Industrien im unteren Birstal mit besonderer Berücksichtigung des Standortes*, Diss., Basel 1940.

Niederhauser, Elisabeth, *Zur Gültigkeit und Fruchtbarkeit der industriellen Standortlehre von Alfred Weber*, Diss., Basel 1943.

Peter, Alfred, «Standortwahl und Standortpolitik in der Agglomeration Basel», in: *Schweizerische Handelszeitung*, Nr. 40b/1962.

Salin, Edgar, «Standortverschiebungen der deutschen Wirtschaft» (Sonderdruck aus *Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft*), Berlin 1929.

Schwörer, Georg, «Regionalplanung im Kanton Baselland», in: *Fragen der Regionalplanung*, Referate der Studientagung der Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz vom 15. bis 17. Oktober 1959 in Baden.

Sombart, Werner, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, 1. Halbband, München und Leipzig 1927.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Mitteilungen, Nr. 70, *Die Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt 1900–1950*, Basel 1953.

Stöcklin, Walter, *Die Stellung der Basler Vorortgemeinden in der großstädtischen Agglomeration*, Diss., Basel 1928.

Stohler, Jacques, «Der Basler Arbeitsrappen», *Staatswissenschaftliche Studien*, Neue Folge, Bd. 30, Zürich 1957.

Theiler, C. W., *Standort der Industrie*, Referat anläßlich der 50. Ausschußsitzung des Vereins für Landesplanung vom 15. November 1956 in Zürich.

Trüdinger, P., und Arnold, W., *Regionalplan Basel-Stadt und Baselland*, hg. von der Baudirektion des Kantons Baselland, Liestal 1947.

Ullrich, Peter, «Der Standort der schweizerischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung von Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortspolitik», in: *Staatswissenschaftliche Studien*, Neue Folge, Bd. 8, Bern 1951.

Weber, Alfred, *Über den Standort der Industrien, 1. Teil, Reine Theorie des Standorts*, Tübingen 1909.

– «Industrielle Standortlehre, Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes», in: *Grundriß der Sozialökonomik*, 4. Abteilung, Tübingen 1914.

– *Alfred Weber's Theory of Location of Industries*, Carl Joachim Friedrich ed., Chicago 1929.

Weber, Heinrich, «Geschichte von Waldenburg», *Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Baselland*, Bd. III. Liestal 1957.

Weh, Max, *Die Landesgrenze als Standortfaktor*, Diss., Basel 1932.

Zihlmann, Hans, «Die Wanderungen im Kanton Basel-Stadt seit dem Zweiten Weltkrieg», *Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt*, Nr. 75, Basel 1960.

Statistische Quellen

Jahresberichte des Kantonalen Arbeitsamtes des Kantons Basel-Stadt.
Statistisches Jahrbuch der Schweiz.
Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt.
Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich.
Die Volkswirtschaft.

Statistische Quellenwerke der Schweiz:

Nr. 246: Arealstatistik der Schweiz 1952, Bern 1953.
Nr. 254: Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1950, Bd. 15, Kanton Solothurn, Bern 1954.
Nr. 255: Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1950, Bd. 2, Kanton Aargau, Bern 1954.
Nr. 268: Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1950, Bd. 4, Kantone Basel-Stadt und Baselland, Bern 1955.
Nr. 281: Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1950, Berufstätige nach Arbeits- und Wohnort, Bern 1956.
Nr. 316: Vierte Eidgenössische Betriebszählung vom 25. August 1955, Bd. 4, Die Gewerbebetriebe in den Kantonen (ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL), Bern 1960.
Nr. 318: Vierte Eidgenössische Betriebszählung vom 25. August 1955, Bd. 6, Die Gewerbebetriebe in den Gemeinden, Bern 1960.
Nr. 326: Eidgenössische Volkszählung 1960, Wohnbevölkerung in den Gemeinden, Bern 1961.
Nr. 329: Steuerbelastung in der Schweiz 1961, Bern 1962.

Amt für Gewerbe, Handel und Industrie Baselland, Abteilung Statistik:
Mitteilung Nr. 2, Die Wohnbevölkerung des Kantons Baselland nach ihrer Heimat, 1960.
Mitteilung Nr. 7, Die Pendelwanderung im Kanton Baselland 1960.
Mitteilung Nr. 9, Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte im Kanton Baselland 1961.
Bevölkerungsfortschreibung per Ende Jahr (1942–1959).

Gesetze

Gesamtausgabe der Basler Gesetzessammlung, Bd. I, Basel 1961.
Gesetz betreffend das Bauwesen im Kanton Baselland vom 8. März 1942.
Entwurf zum neuen Baugesetz für den Kanton Baselland.

Zeitungen und Zeitschriften

Basler Nachrichten.
National-Zeitung, Basel.
Schweizerische Handelszeitung.
Raumforschung und Raumordnung, Köln.

Lebenslauf

Am 28. Juli 1937 wurde ich, Peter Dufner, von Basel, als Sohn des Otto Dufner, kaufmännischer Angestellter, und der Frieda, geborene Tschudin, in Basel geboren. Nach dem Besuch der Primarschule trat ich im Frühjahr 1948 in das Realgymnasium in Basel ein, wo ich 1956 die Maturitätsprüfung bestand. Im gleichen Frühjahr immatrikulierte ich mich an der Universität Basel. Während meiner Studienzeit war ich während zwei Jahren als Assistent der wirtschaftswissenschaftlichen Seminare tätig.

Ich besuchte Vorlesungen und Seminarien der folgenden Herren Professoren und Dozenten: Angehrn, von Beckerath, Bombach, Guth, Henn, Imboden, Möller, Neumark, Niehans, Salin, Schaffner, Schwenter, Simonius, Spiro, Stopper, Weber, Zimmermann.

Meine Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Edgar Salin. Zum Zeitpunkt der Drucklegung bin ich in einem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung auf dem Gebiet der industriellen Marktforschung tätig.